

POLITISCHE STUDIEN 461

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

66. Jahrgang | Mai-Juni 2015 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

/// IM FOKUS

DIE UKRAINE-KRISE UND DER WESTEN

Mit Beiträgen von

Christian Hacke | Klaus Naumann | Michael Rühle | Robin Sköries, Johannes Varwick



/// BRENDAN SIMMS Politische-Studien-Zeitgespräch: Europas Zukunft liegt in der politischen Union

/// HANS-HERBERT HOLZAMER Mare Nostrum – das „Versprechen der Menschlichkeit“

/// CHRISTIAN HACKE Die Weltordnung des 21. Jahrhunderts in der Krise

www.hss.de



„Israels Existenzrecht ist seit 2008 Teil von Deutschlands **STAATSRÄSON**.“

EINE BEZIEHUNG, DIE NIEMALS „NORMAL“ SEIN KANN

Mit ihrer Aussage, Israels Existenzrecht sei Teil von Deutschlands Staatsräson, führte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 eine neue Gewichtung in den Beziehungen zwischen Israel und Deutschland ein, die sie seitdem mehrfach betont hat. Jede Bundesregierung sah sich nach dem Abgrund des millionenfachen Judenmordes der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Nach einem schweren Start in den zwischenstaatlichen Beziehungen nahmen Deutschland und Israel erst vor 50 Jahren, am 12. Mai 1965, offizielle, „ganz normale“ diplomatische Beziehungen auf. Viele arabische Staaten reagierten mit dem Abbruch ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik. In Israel protestierten Holocaust-Überlebende massiv gegen den Amtsantritt des ersten deutschen Botschafters.

Die deutsch-israelischen Beziehungen haben sich seitdem in vielen Bereichen intensiviert. Nach den USA ist Deutschland der wichtigste Partner Israels. Die Israelis haben eine überraschend positive Einstellung gegenüber Deutschland, das unter den europäischen Nationen sogar mit Abstand ihr beliebtestes Land ist. Anders sieht dies in der deutschen Öffentlichkeit aus. Israel und „die Juden“ lassen hierzulande kaum jemanden kalt. Umfragen zeigen, Israel gehört zu den unbeliebtesten Staaten. Erschreckend sind die Befunde über massive Vorurteile und einen latenten Antisemitismus bei bis zu 20 % der Deutschen, der sich zunehmend ungeniert und offen äußert.

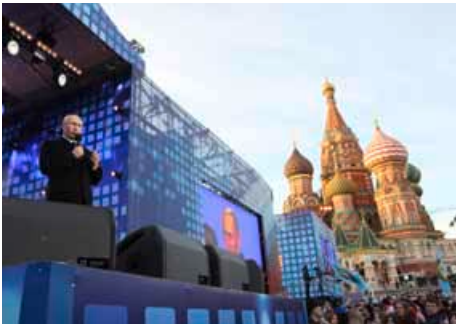
Die Verschlechterung des Israelbildes bei Teilen der deutschen Öffentlichkeit steht in deutlicher Diskrepanz zur pro-israelischen Nahostpolitik der Bundesregierung, aber auch zu der lebendigen Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen. Trotz eines Eintretens für eine Zweistaatenlösung sind die einzigartigen und auch in Zukunft noch lange nicht „normalen“ Beziehungen zu Israel der zentrale Eckpfeiler der gegenwärtigen deutschen Nahostpolitik.

Dr. Renate Höpfinger
ist Leiterin von Archiv, Bibliothek und IuD-Stelle sowie
stv. Leiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der
Hanns-Seidel-Stiftung, München.

INHALT



16



44



54



12

IM FOKUS

- 12 DIE UKRAINE-KRISE UND DER WESTEN**
Einführung
ANDREA ROTTER
- 16 RUSSLAND, DIE UKRAINE UND EUROPA**
Wege aus der Krise
KLAUS NAUMANN
- 25 DIE NATO UND DIE UKRAINE-KRISE**
Mehr als nur kollektive Verteidigung
MICHAEL RÜHLE
- 35 DIE UKRAINE-KRISE VOR EINER WEITEREN ESKALATION?**
Kalter Krieg 2.0
CHRISTIAN HACKE
- 44 RUSSLANDS (NEUE) AUßENPOLITIK IM POSTSOWJETISCHEN RAUM**
Revisionismus und defensiver Imperialismus als Analysekatgorie
JOHANNES VARWICK / ROBIN SKÖRIES

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 EUROPAS ZUKUNFT LIEGT IN DER POLITISCHEN UNION**
Kräfte maximieren statt diffundieren
BRENDAN SIMMS

ANALYSEN

- 54 MARE NOSTRUM – DAS „VERSPRECHEN DER MENSCHLICHKEIT“**
Gegen die Verbrechen wider die Menschlichkeit
HANS-HERBERT HOLZAMER

REZENSIONSESSAY

- 61 DIE WELTORDNUNG DES 21. JAHRHUNDERTS IN DER KRISE**
Historischer und zeitgeschichtlicher Hintergrund
CHRISTIAN HACKE

AKTUELLES BUCH

- 70 WARUM AUCH DEUTSCHE IN DEN JIHAD ZIEHEN**
Terrorgruppen in Syrien
DINAH ELISA KHWAIS

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 73 REZENSIONEN**
- 85 LESEEMPFEHLUNG**
- 86 ANKÜNDIGUNGEN**
- 90 IMPRESSUM**

/// Kräfte maximieren statt diffundieren

EUROPAS ZUKUNFT LIEGT IN DER POLITISCHEN UNION

BRENDAN SIMMS /// ist Professor für die Geschichte der internationalen Beziehungen am Centre of International Studies der Universität Cambridge. Im nachfolgenden Gespräch geht er einigen Fragen wie „Welche Kräfte treiben Europa voran – Überzeugungen oder Konflikte?“ und „Welche Rolle spielt Deutschland in diesem Konzert der Mächte?“ nach. Als Vorsitzender und Mitbegründer des Project for Democratic Union hat er da seine eigene Sicht der Dinge und scheut auch nicht vor provokativen Thesen zurück.

Politische Studien: Herr Professor Simms, Sie sind in Irland geboren und lehren an der Universität Cambridge. Fühlen Sie sich als Europäer und was treibt Sie an, sich für Europa einzusetzen?

Brendan Simms: Ja, ich fühle mich als Europäer. Im Laufe meines Studiums und meiner Forschungstätigkeit habe

ich auch lange Zeit in Deutschland verbracht. Leider sehen wir im Moment, dass die Idee einer europäischen Staatsbürgerschaft, die das Potenzial bietet, aus uns allen primär Europäer zu machen, noch etwas hohl wirkt. Das hängt auch damit zusammen, dass das Prinzip der staatlichen Souveränität zwar noch immer verteidigt wird, diese Souveränität aber für viele Staaten schon längst verwirkt ist. Denken Sie an die Bedin-

“

Gegenwärtig steht es um die europäische Integration historisch **SCHLECHT**.



„Wir Europäer haben ein enormes Potenzial. Um es zu verwirklichen, müssen aber die politischen Strukturen der Eurozone fundamental geändert werden“, so die Einschätzung von Brendan Simms.

gungen der Bankenrettung in Irland oder der Programme für Griechenland. Auch außenpolitisch ist Europa nicht wirklich handlungsfähig. Individuelle Staatsbürger haben schon lange keinen Einfluss mehr auf die wichtigen Entscheidungen, die uns tagtäglich betreffen. Dabei haben wir Europäer ein enormes Potenzial. Um es zu verwirklichen, müssen aber die politischen Strukturen der Eurozone fundamental geändert werden. Gegenwärtig steht es um die europäische Integration historisch schlecht. Das ist für mich der Anlass, nach Lösungswegen aus Europas Misere zu suchen.

Politische Studien: In Ihrer Strukturierung historischer Prozesse sehen Sie Deutschland zwischen der Mobilisierung und Eindämmung von Kräften, als ein Ge-

bilde, das, im Sinne Henry Kissingers, zu groß für Europa und zu klein für die Welt ist. Wie sieht Ihr Lösungsweg zur mobilisierten Eindämmung oder eingedämmten Mobilisierung aus?

Brendan Simms: Bei der Schaffung der Europäischen Union und später der Eurozone ging es darum, Deutschland nicht nur einzudämmen, sondern seine wirtschaftliche Stärke für Europa nutzbar zu machen. Die Hoffnung des europäischen Projekts war, dass der Währungsunion notwendigerweise die wirtschaftliche und politische Integration folgen würde. Unglücklicherweise waren die Strukturen der Eurozone der Herausforderung nicht gewachsen. Sie hat die notwendige wirtschaftspolitische Integration der Eurozone nicht hervorgebracht. Ebenso ist es nicht gelungen, Deutschland so einzubinden, dass so-

wohl die Bundesrepublik als auch die Union davon profitieren. Stattdessen hat Deutschland die Rolle eines unabsichtlichen europäischen Hegemons eingenommen. Deutschland hat wirtschaftlich enorm profitiert, aber seine wirtschaftliche wie politische Stärke will und kann es in der gegenwärtigen Konfiguration auch gar nicht dafür einsetzen, in Europa die Führung in der Integration zu übernehmen. Der einzige Weg, deutsche Stärken auf Europa zu übertragen, ohne den Deutschen ihre politische Mitsprache zu nehmen, ist die Schaffung eines demokratisch legitimierten Föderalstaates für die Eurozone. Darin würden die Deutschen weiterhin von der Einbettung in die Währungsunion profitieren, aber gleichzeitig, wie die anderen Bürger dieser demokratischen Union auch, ein Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für einander und die gemeinsame Sicherheit und das gemeinsame Wohl entwickeln können. Zentral dabei ist der demokratische Charakter dieses Föderalstaates, denn das demokratische Mitspracherecht auf europäischer Ebene ist das einigende Band dieser Union.

Politische Studien: „Kräfte maximieren statt diffundieren“ – diese Forderung zieht sich durch Ihre Schriften. Als einzi-

gen Weg dahin sehen Sie die Schaffung eines europäischen Bundesstaates mit einheitlichen politischen Institutionen, angelehnt an das angelsächsische Modell. Die Version lautet bei Ihnen: „Zwei britische Staaten innerhalb Europas“. Was macht Sie so optimistisch zu glauben, dass das politisch machbar wäre?

Brendan Simms: Zum einen ist, wie ich schon ausgeführt habe, die Strategie der kleinen Schritte gescheitert. Sie hat dazu geführt, dass die vielen individuellen Stärken, die die Mitglieder der Eurozone haben, nicht gebündelt werden, sondern sich im Dickicht der europäischen Institutionen verlieren und fragmentiert werden. Das ist ein Überbleibsel der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches und des Deutschen Bundes der Neuzeit. Wir sehen das gegenwärtig im Umgang mit Russland unter Präsident Putin. Die Regierungschefs können sich nicht auf mehr als einige Sanktionen einigen, aus Rücksicht auf nationale Sonderinteressen. Daher bietet sich ein fragmentiertes Bild europäischer Schwäche, die Putin nutzt, um seine geopolitischen Interessen durchzusetzen. Hätten wir einheitliche politische Institutionen auf Bundesebene, mit einem direkt gewählten Präsidenten, könnten wir gegenüber Russland geschlossen und mit gesamteuropäischen diplomatischen wie militärischen Ressourcen im Rücken auftreten. Statt

”

Hätten wir einheitliche politische Institutionen auf Bundesebene, mit einem direkt gewählten Präsidenten, könnten wir gegenüber Russland gesamteuropäisch **GESCHLOSSEN** auftreten.

”

Es gibt keine europäische Teleologie, die **UNUMWUNDE**n auf die politische Union hinführt.

zu reagieren, wäre es einem solchen Staat möglich, aus einer Position der Stärke heraus gemeinsam mit Russland eine langfristige Lösung für europäische Sicherheitsfragen zu finden. Zum anderen beobachten wir gegenwärtig in der gesamten Eurozone, dass Bürger in der Krise von wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausgeschlossen wurden. Es ist ein kleiner Kreis von nationalen Entscheidungsträgern, die unter sich Hilfskredite und deren Bedingungen aushandeln. Das demokratische Mitspracherecht der Bürger auf europäischer Ebene, wo die meisten der uns alle betreffenden Entscheidungen gefällt werden, ist nahezu ausgehebelt. Das ist auch trotz der in der Vergangenheit ausgebauten Rechte des Europäischen Parlamentes der Fall. Da es bei der Schaffung des europäischen Bundesstaates um die Wiedererlangung demokratischer Mitsprache der Bürger geht, bin ich davon überzeugt, dass eine Bündelung unserer politischen und wirtschaftlichen Ressourcen in dieser Form auf breite Zustimmung treffen wird.

Politische Studien: Hätte es in Ihrem Bild von Europa keine Ukraine-Krise gegeben? Und wenn ja, warum nicht? Wie wäre der Umgang mit Putin, wenn Ihr institutionelles Idealbild von Europa existieren würde?

Brendan Simms: Der amerikanische Ukraine-Experte Timothy Snyder sagte kürzlich bei einem Vortrag an der Karls-

Universität in Prag, dass nichts von dem, was wir 2014 in der Ost-Ukraine gesehen haben, passiert wäre, wenn die EU bereits vor der Annektion der Krim eine „Rapid Reaction Force“ mit einer Truppenstärke von 20.000 Mann zur Verfügung gehabt hätte. Ich glaube er hat Recht und solange wir es nicht schaffen, eine glaubwürdige Verteidigungsarchitektur für Europa aufzubauen, wird Putin solange weiter Druck ausüben, bis ihm jemand Einhalt gebietet. Auch Junkers Forderung nach einer europäischen Armee sind natürlich in diesem Zusammenhang zu verstehen. Allerdings muss man sich klar machen, dass eine europäische Armee mit einer gemeinsamen Befehlsstruktur und einer einzigen strategischen Doktrin natürlich immer auch vom Willen der Bürger Europas getragen werden muss. Sie kann nicht losgelöst von demokratisch legitimen Strukturen existieren.

Politische Studien: Eine Menge Ihrer Kritiker stimmen mit Ihnen überein, dass Europa nur als eine politische Union Zukunft hat. Sie sehen nur eben andere Wege und behaupten, dass der wirtschaftliche und auch der sicherheitspolitische Aspekt die Staaten so weit unter Druck setzen, dass die Union am Ende das unausweichliche Ergebnis sein wird. Was spricht Ihrer Ansicht nach gegen diese Taktik?



Nicht erst die Krise 2008 hat uns gezeigt, dass der ÖKONOMIE als umfassendes Deutungs- und Handlungsmuster klare Grenzen gesetzt sind.

Brendan Simms: Das Problem mit einer Taktik wie dieser ist, dass sie keine lang- oder gar mittelfristige Planungssicherheit gibt. Wir können es uns weder sicherheits- noch wirtschaftspolitisch leisten, darauf zu vertrauen, dass wir schon irgendwie zu einem zufriedenstellenden Ergebnis kommen. Das sehen wir ja gerade. Die Krise der Eurozone lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass Anfang der 90er-Jahre zu viel Vertrauen darauf gelegt wurde, dass nach Schaffung der monetären Union automatisch politische wie fiskalische Integration folgen würde. Zwar haben wir kleine Schritte gesehen, aber die Vielzahl kleiner Schritte hat zu einem überaus komplizierten und fragmentierten System aus Institutionen, Regeln, Verträgen und überlappenden Verantwortungsbereichen geführt. Dieses System ist aber nicht in der Lage, die notwendigen großen Reformen anzustoßen und hat dazu auch nicht die Befugnis. Das Ergebnis ist eine wirtschaftliche Krise, die auch nach sieben Jahren nicht gelöst ist und ein politisch geschwächtes Europa, das sicherheitspolitisch nicht auf eigenen Beinen steht und Bedrohungen von Außen geradezu einlädt. Es gibt keine europäische Teleologie, die unumwunden auf die politische Union hinführt. Eine Taktik der klei-

nen Schritte, die erst dann tätig wird, wenn Probleme auftauchen, riskiert vielmehr, die gesamte europäische Integration so weit zu fragmentieren, dass sie sich am Ende auch wieder versehentlich auflösen könnte. Sie ist also eine Gefahr.

Politische Studien: Noch mal anders formuliert: Der Evolution als Prinzip räumen Sie wenig Chancen ein. Stattdessen sehen Sie den Urknall als unausweichlich, weil historisch Ihrer Sicht nach eher Ereignisse denn Prozesse zur Vereinigung komplexer Gebilde geführt hätten. Die Menschen heute, ausgestattet mit multiplen Zugängen zu Informationen, mögen solche Top-Down-Vorgaben nicht. Sie fordern Mitsprache, demonstrieren und akzeptieren eher langwierige Aushandlungsprozesse. Spricht aus Ihrer Urknall-Empfehlung nicht eine zu traditionelle Sichtweise von Politik?

Brendan Simms: Man kann natürlich die Geschichte Europas auch aus ganz anderen Blickwinkeln erzählen, und es gibt sicherlich zahlreiche Darstellungen, die die spezifischen Lebensumstände und Handlungsoptionen, etwa eines deutschen Wirtschaftsministers zu Zeiten der Weimarer Republik, viel genauer erfassen, als ich das je leisten könnte. Ich persönlich glaube aber, dass uns am Ende nur die langfristige Analyse politischer und insbesondere außenpolitischer Entwicklungen dazu bringt, in unserer jetzi-

gen Situation die richtigen Fragen zu stellen und auch die richtigen Antworten zu finden. Unabhängig davon kommen interessanterweise übrigens auch viele Beobachter, die die europäische Politik aus ganz anderer Warte betrachten, ob nun Sozialwissenschaftler oder Ökonomen, zu ganz ähnlichen Schlussfolgerungen. Wer sich zum Beispiel mit dem sozialen Elend auf den Straßen Athens oder auch mit der Frage der Nachhaltigkeit kontinuierlicher massiver Außenhandelsüberschüsse Deutschlands beschäftigt, wird letztlich zu dem Ergebnis kommen, dass nur eine politische Union Europas Probleme lösen kann.

Politische Studien: Sie treten also für das Primat der (Außen-)Politik ein. Ist das nicht eine sehr mutige Ansicht, weil die Menschen mehrheitlich befürchten, dass längst das Primat der Ökonomie gilt? Dass alle Prozesse durch die Brille von Effizienz, Nutzen und Profit gesehen werden und die Politik ihre wertsetzende Funktion verloren hat?

Brendan Simms: Nicht erst die Krise 2008 hat uns gezeigt, dass der Ökonomie als umfassendes Deutungs- und Handlungsmuster klare Grenzen gesetzt sind. Am Ende war es die Politik, die die Banken retten musste und nicht umgekehrt. Momentan ist es mit der Europäischen Zentralbank letztlich eine politische Institution, die die europäische Wirtschaft am Leben erhält. Es stimmt aber natürlich, dass das Misstrauen der Menschen in die europäischen Nationalstaaten sowie die Institutionen der EU wächst. Dies hängt zu einem nicht unerheblichen Teil damit zusammen, dass viele Nationalstaaten durch den Beitritt der Eurozone de facto ihre Souveränität verloren haben und den Willen ihrer Bürger nicht mehr adäquat vertre-

ten können. Die Bürger fühlen sich nicht mehr repräsentiert. Eine politische Union, in der wieder alle Europäer an den politischen Entscheidungen teilhaben können, die ihr alltägliches Leben betreffen, löst dieses Problem. Auf welche Werte und welchen Umgang mit vermeintlichen ökonomischen Imperativen wir uns dann in Europa einigen, ist eine andere Frage. Zunächst müssen wir erst die Strukturen schaffen, damit diese Deliberation überhaupt stattfinden und in politisches Handeln übersetzt werden kann.

Politische Studien: Herr Professor Simms, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Dr. Claudia Schlembach, Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// PROF. DR. BRENDAN SIMMS
ist Professor für die Geschichte der internationalen Beziehungen am Centre of International Studies der Universität Cambridge.

/// Einführung

DIE UKRAINE-KRISE UND DER WESTEN

ANDREA ROTTER /// Der Zusammenbruch der Sowjetunion leitete das Ende der jahrzehntelangen Konfrontation zwischen Ost und West ein. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung auf dem europäischen Kontinent zwischen den beiden Blöcken schien vorläufig gebannt. Im Zuge einer „neuen Weltordnung“ erhoffte man sich stattdessen, globalen Herausforderungen kooperativ und jenseits von machtpolitischen, ideologischen Kalkülen begegnen zu können. Nach Jahren der Annäherung zwischen Russland und dem Westen rückt die Ukraine-Krise den Fokus allerdings wieder auf obsolet geglaubte Konfliktlinien und führt die scheinbare Fragilität der europäischen Sicherheitsordnung vor Augen.

Die internationale Gemeinschaft betrachtete zwar die Maidan-Proteste Ende 2013 und die Absetzung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch mit großer Sorge, doch erahnte niemand, welch weitreichende sicherheitspolitische Tragweite die Ukraine-Krise erreichen sollte. Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Unterstützung der separatistischen Kräfte im Donbass und somit die gezielte Destabilisierung der Ost-Ukraine er-

weckten in vielen Köpfen wieder das Schreckgespenst des Kalten Krieges.

Zwar konnte aufgrund deutscher und französischer Initiative im Minsker Abkommen eine bisweilen brüchige Waffenruhe vereinbart werden, eine dauerhafte Lösung des Konflikts erscheint derzeit jedoch noch nicht in greifbarer Nähe – zu verhärtet sind die jeweiligen Positionen. Auf der einen Seite steht der euro-atlantische Westen, der unerwartet geschlossen Sank-



Die Maidan-Proteste (hier Anfang Dezember 2013) in Kiew waren der Ausgangspunkt der Ukraine-Krise, die seitdem die internationale Staatenswelt beschäftigt.

Quelle: GENYA SAVILOV/AFP/Getty Images

tionen gegen Russland erlassen und bislang beibehalten hat. Nichtsdestotrotz trägt der Schein der westlichen Einheit, da es unter anderem mit Hinblick auf mögliche Waffenlieferungen an die Ukraine unterschiedliche Ansichten diesseits und jenseits des Atlantiks gibt.

Darüber hinaus erweist sich das weitere Vorgehen der westlichen Partner als Gratwanderung. Einerseits will man die völkerrechtswidrigen Handlungen Russlands nicht ohne Weiteres

Eine **DAUERHAFT** Lösung des Ukraine-Konflikts ist derzeit noch nicht in Sicht.

tolerieren, nicht zuletzt weil daran die Glaubwürdigkeit gegenüber mittel- und osteuropäischen Ländern gebunden ist, die ebenfalls um ihre territoriale Integrität fürchten. Andererseits will man die Tür zu einer erneuten Annäherung zwischen dem Westen und Russland nicht vollends verschließen – zu groß ist die gegenseitige Abhängigkeit in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht.

Russland unter Präsident Wladimir Putin behält unterdessen seinen konfrontativen außenpolitischen Kurs bei, gleichwohl es die Wirkung der Sanktionen angesichts seiner angespannten Wirtschaftslage spürt. Die Erklärungsansätze für Moskaus Motivation sind mannigfaltig; sie reichen von Dominanzbestrebungen im post-sowjetischen Raum bis hin zu endogenen Faktoren. Die Wahl der angemessenen Strategie, um die Situation in der Ukraine und der gesamten Region zu stabilisieren, wird dadurch jedoch nicht leichter.

Vor diesem Hintergrund stellt die Ukraine-Krise Deutschland, die EU und die NATO vor vielerlei Probleme, die in den nachfolgenden Beiträgen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden. Zu Beginn schildert Klaus Naumann die Entwicklung der westlich-russischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges und die Hintergründe der Krise, die durch westliche Geschlossenheit und einen vertrauensfördernden Dialog mit Russland entschärft werden müsse. Im zweiten Beitrag erläutert Michael Rühle die Implikationen der Ukraine-Krise für die NATO. Zwar verlange die Krise erneut eine stärkere Akzentuierung der kollektiven Verteidigung, doch dürfe die NATO nicht die globalen Herausforderungen jenseits der unmittelbaren Nachbarschaft aus den Augen verlieren. Der dritte Beitrag von Christian Hacke analysiert Divergenzen in den Lösungsansätzen der westlichen Partner und stellt mögliche Ausgangsszenarien der Ukraine-Krise vor, ehe er sich dem auf De-Eskalation ausgelegten Krisenmanagement der Bundesrepublik Deutschland widmet. Zuletzt

Der Weg zu einer friedlichen Lösung führt nur über eine **WIEDER-ANNÄHERUNG beider Seiten.**

werfen Johannes Varwick und Robin Sköries einen Blick auf die innenpolitischen Beweggründe für Moskaus derzeitige Außenpolitik, die in erster Linie

revisionistischer und defensiv-imperialer Natur seien.

Allen Beiträgen gemein ist die Feststellung, dass die Ukraine-Krise den Westen vor eine unerwartete Herausforderung gestellt hat, deren friedliche Lösung nur auf einer erneuten Annäherung mit Russland beruhen kann. Langfristig muss es das Ziel sein, Moskau wieder auf den Pfad der Kooperation zu führen, auch wenn die Dauer und der richtige Weg bis dorthin noch ungewiss erscheinen. ///



/// ANDREA ROTTER, M.A.

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Wege aus der Krise

RUSSLAND, DIE UKRAINE UND EUROPA

KLAUS NAUMANN /// Russlands Verhalten in der Ukraine hat die Hoffnung auf eine dauerhafte Partnerschaft mit Europa als Illusion enttarnt und das in den 25 Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges aufgebaute Vertrauen wieder zerstört. Dennoch droht kein großer, ganz Europa erfassender Krieg. Es gibt bei gutem Willen zur Kooperation und Vermeidung weiterer Konfrontationen durchaus noch Lösungsmöglichkeiten.

Die Dimension

Das Jahr 2014 war ein unruhiges Jahr. Es zeigte jedermann, wie verwundbar unsere Welt ist und wie notwendig es nach wie vor ist, Deutschland und seine Menschen zu schützen. Ebola, ISIS und Ukraine waren die Schlagworte der Krisen. Sie alle fanden und finden vor unserer Haustür statt, so auch der anhaltende Krieg im Osten der Ukraine. Ausgerechnet in dem Jahr, in dem die Welt der europäischen Urkatastrophe, des Beginns des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren, gedachte, wurden in Europa in der Ukraine Grenzen mit Gewalt verändert. Seitdem wird in dem Land, das durch Stalins Hungerterror, den Holodomor, Anfang der 30er-Jahre Millionen Menschen verlor und dann im 2. Weltkrieg erneut gewaltige Opfer zu tragen hatte, Krieg geführt. Dennoch, die gute Nachricht für die westliche Welt gilt unverändert: Es droht kein großer, ganz Europa erfassender Krieg. Niemand ist in der

Lage, ein mit den Demokratien Nordamerikas verbündetes Europa militärisch zu besiegen. Aber die Auswirkungen von Krieg und Gewalt erfassten eben doch ganz Europa, weil die regionalen Konflikte im Norden Afrikas und in Nahost vor Europas Haustür stattfinden und weil durch die Ukraine-Krise in Europa aus der als gefestigt angesehenen Stabilität Unsicherheit wurde. Die Verantwortung für Letzteres trägt allein Russland, denn nichts, was seit 1990 geschah, kann den Rechtsbruch durch Russland rechtfertigen.

Die Entwicklung der Krise

Die Welt hatte sich daran gewöhnt, dass die große Konfrontation zwischen Ost und West, die Europa bis 1989 im Zustand ständiger, aber doch berechenbarer und damit stabiler Spannung gehalten hatte, mit dem Ende der deutschen Teilung und der Überwindung der Spaltung Europas dauerhaft überwunden war. Alle



Pro-russische Militärs besetzen Ende Juli 2014 die ostukrainische Stadt Donetsk. Verteidigungsfall oder aggressiver Angriff? Zu Russlands Vorgehen auf der Krim seit dem Sommer 2014 gibt es unterschiedliche Sichtweisen und Interpretationen.

Überlegungen zur Sicherheit Europas beruhten seit 1990 auf der Idee einer ganz Europa einschließlich Russlands und der post-sowjetischen Nachfolgestaaten umfassenden Partnerschaft. Die Vorstellung der Vereinbarung von Paris von 1990, unterschrieben von allen OSZE-Staaten, also auch von Russland und den USA, war, dass alle Konflikte in Europa friedlich gelöst werden könnten, keine Grenzen in Europa mit Gewalt verändert würden und es in einem Europa ohne trennende Einflusszonen jedem Staat freistehen sollte, welchem Bündnis er angehören wolle. Damit war schon 1990 klar, dass Organisationen wie die NATO neuen Mitgliedern offen stehen könnten. Da-

ran dachte damals allerdings niemand, denn die Sowjetunion und der Warschauer Pakt bestanden ja noch. Alle Behauptungen, der Sowjetunion sei im Zuge der Vereinigung Deutschlands versprochen worden, es werde keine NATO-Erweiterung geben, sind nicht wahr. Im Übrigen belegen Umfragen in Russland, dass die

Die **STABILITÄT** Europas wird derzeit von einer Reihe von Krisen bedroht.

Menschen dort die NATO-Erweiterung erst als Bedrohung zu empfinden begannen, als die nationalistische russische Propagandawelle des Jahres 2014 ihnen das einredete.

Die Vereinbarung von Paris überstand den Zerfall Jugoslawiens, als Milosevic in den 90er-Jahren mit Gewalt Groß-Serbien schaffen wollte. Sie hielt auch, als bereits 1991/92 frühere Warschauer-Pakt-Staaten darauf drangen, Mitglieder der NATO und der EU zu werden. Die NATO zögerte lange, suchte zuerst mit der Partnerschaft für den Frieden ab 1994 Zeit zu gewinnen und nahm erst 1999 mit Polen, Ungarn und Tschechien neue Mitglieder auf. Die 1990 in Paris vereinbarte Stabilität wurde 1994 sogar noch gefestigt, als in der Vereinbarung von Budapest Russland, die USA und Großbritannien im Gegenzug für die Abgabe ihrer Atomwaffen der Ukraine ihre territoriale Unversehrtheit und ihre Sicherheit garantierten.

Im Zuge der ersten NATO-Erweiterung 1999 wurde die NATO-Russland-Akte vereinbart, deren Ziel die Einbindung Russlands in alle Fragen europäischer Sicherheit war. Sie wurde sogar in der Kosovo-Krise praktisch angewandt, zerbrach aber, als Russland nicht bereit war, gemeinsam mit der NATO gegen die von niemandem geleugneten Menschenrechtsverletzungen durch das Mi-

losevic-Regime vorzugehen. Das Drängen weiterer europäischer Staaten, vor allem der baltischen, führte 2001 zur zweiten Runde der NATO-Erweiterung. Aber auch sie wurde mit einer Gegenleistung für Russland verbunden, nämlich der Neuauflage der NATO-Russland-Akte, wiederum mit dem Ziel, Russland als Partner an der Sicherheit Europas zu beteiligen. Auch diese Vereinbarung wurde angewandt und es gab durchaus erste ermutigende Ergebnisse, wenngleich ein wirklich weitreichendes Angebot der NATO zur Zusammenarbeit in der Raketenabwehr durch Russland nicht einmal beantwortet wurde. Es gab allerdings auch schon Zeichen, die auf eine Verhärtung hindeuteten. Putins Aussagen im Jahr 2004, mit denen er beanspruchte, für den Schutz von 25 Millionen Russen weltweit verantwortlich zu sein und dazu notfalls auch seine Streitkräfte einsetzen zu wollen, wurde ebenso wenig als Warnung verstanden wie seine Münchner Wut-Rede 2007, in der er für Russland Respekt als Weltmacht Nummer Zwei und Dominanz in seiner Einflusszone, der heutigen Eurasischen Union, forderte. Als etliche NATO-Staaten 2008 die sofortige Aufnahme Georgiens und der Ukraine forderten, was Russlands Pläne einer solchen Union torpediert hätte, übersah Putin wohl, dass Deutschland und Frankreich ihm Verständnis entgegenbrachten, als sie dies beim Gipfel in Bukarest 2008 verhinderten.

Seine Reaktion trug nicht zur Vertrauensbildung bei und zeigte sich im Konflikt mit Georgien, als Russland Teile des georgischen Staatsgebietes mit Gewalt abtrennte. Georgien hatte sich wohl verleiten lassen, den ersten Schuss abzugeben, aber dennoch hätte der

Westen Russland schon damals deutlich sagen müssen, dass derartige Brüche bestehender Vereinbarungen für die friedliche Lösung von Konflikten nicht hinnehmbar sind. Dies geschah aber nicht. Der Westen beschwichtigte, ging zur Tagesordnung über und Russland verstand das als Botschaft, dass der Westen auch künftig zusehen werde und es verstand auch, dass kein Staat NATO-Mitglied werden würde, wenn territoriale Fragen ungelöst sind. Man konzentrierte sich darauf, die erheblichen militärischen Mängel, die bei der Operation in Georgien zutage getreten waren zu beseitigen und man begann wohl auch, eine Doktrin zur Durchführung „hybrider“ Operationen zu erarbeiten. Deren Veröffentlichung durch den russischen Generalstabschef Gerassimow erfolgte Anfang 2013, wurde aber lange Zeit im Westen einfach nicht zur Kenntnis genommen. Er beschrieb präzise, wie man eine von Außen herbeigeführte Destabilisierung eines Staates organisiert. Es war die Blaupause für das, was in der Ukraine 2014 geschah.

Diese Vorgeschichte und das Entsetzen im Kreml, als Putins Wahl zum Präsidenten für russische Verhältnisse machtvolle Demonstrationen in Russland auslöste, muss man im Kopf haben, wenn man die Ereignisse ab Ende 2013 in der Ukraine bewerten will. Die Verhandlungen der Ukraine mit der EU drohten 2013 zur Gefahr für die russischen Pläne einer Eurasischen Union zu werden. Deshalb zwang Russland Ende 2013 durch nackte Erpressung die Ukraine, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen. Die Folge waren die Maidan-Proteste und der Sturz Janukowitschs. Aus Putins Sicht waren die „farbigen Revolutionen“ nun an den Grenzen Russlands angekom-

men und sie mussten gestoppt werden, um die Ansteckungsgefahr im Vielvölkerstaat Russland zu beseitigen. Putin sah in Kiew, dass die von ihm als Dekadent verachteten, westlichen Ideen wie Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte Autokraten hinwegfegen können. Die Gefahr für sein Regime und den Vielvölkerstaat Russland wur-

**Russland hat im Ukraine-Konflikt
VERTRAGSWIDRIG gehandelt.**

de greifbar und der Moment des sorgsam vorbereiteten Handelns in der Ukraine war gekommen. Die Entwicklung seitdem ist bekannt: Erst wurde die Krim durch russisches Militär besetzt, dessen Einsatz erst geleugnet und dann doch zugegeben wurde. Dann wurde die überwiegend von Russischstämmigen bewohnte Ost-Ukraine systematisch destabilisiert. Und als Kiew im August 2014 die Oberhand zu gewinnen schien, waren plötzlich rund 1.200 angeblich im Urlaub befindliche russische Soldaten da, eigenartigerweise mit ihren Panzern und auch im Urlaub mit Munition versorgt, um den Separatisten zu helfen. Seitdem und vermutlich bis auf Weiteres wird dieser Konflikt auf relativ kleiner Flamme am Leben gehalten – ein für Russland relativ kostengünstiger Weg, die Ukraine unter Druck zu halten und eine Chance, den Westen zu spalten, zumindest aber einen Keil zwischen die USA und ihre europäischen Verbündeten zu treiben.

**Trotz der versuchten EINBINDUNG
Russlands in die Sicherheit
Europas sorgte Putins Verhalten
für Spannungen.**

Bewertung und Folgen

Russlands Plan kann nur aufgehen, wenn Deutschland der Partnerschaft mit Russland Vorrang vor dem Zusammenhalt der NATO und der Geschlossenheit der EU gibt. Es ist deshalb entscheidend für die Zukunft Europas und der atlantischen Allianz, dass man in Deutschland klar sieht und beurteilt, was in der Ukraine geschah und noch immer geschieht. Vorausgeschickt sei, dass niemand, der Frieden und Stabilität in Europa will, Russlands Sicherheit gefährden will. Aber eben deshalb darf auch niemand zulassen, dass Russland in eklatanter Weise das Völkerrecht bricht und die Rechte der Ukrainer mit Füßen tritt. Daher sei noch einmal an die wesentlichen Vertragsver-

Die Geschlossenheit Europas und der Dialog sind der WEG aus der Krise.

letzungen durch Russland erinnert: Russland hat gegen die Bestimmungen der UN-Charta verstoßen, die militärische Interventionen in anderen Staaten verbietet. Russland hat die Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki und der auf ihr beruhenden Charta von Paris verletzt. Russland hat seine eigene Garantie der territorialen Unversehrtheit der Ukraine, die es 1994 zusammen mit den USA und Großbritannien mit dem Budapester Memorandum als Gegenzug für die Abgabe der ukrainischen Atomwaffen gegeben hat, missachtet. Russland hat widerrechtlich und unter Einsatz militärischer Ge-

walt einen Teil des Staatsgebietes der Ukraine erst besetzt und dann rechtswidrig annektiert. Russland hat durch sein Verhalten in der Ukraine seine Verpflichtung aus der NATO-Russland-Vereinbarung verletzt, in Konflikten friedliche Regelungen zu suchen. Es gibt in und vor der Ukraine-Krise nicht einen einzigen Verstoß der NATO oder der EU gegen Vereinbarungen mit Russland.

Russland kann daher sein Verhalten weder als Reaktion noch gar als Selbstverteidigung rechtfertigen. Russland hat als Aggressor gehandelt, hat Völkerrecht gebrochen, das Vertrauen seiner Partner in Europa und in der NATO durch eine Vielzahl von Lügen zerstört und es gefährdet Frieden und Stabilität in Europa, ohne selbst gefährdet zu sein.

Vertrauen ist die Grundlage jeder Partnerschaft. Die NATO und damit auch Europa können Sicherheit vor Russland schaffen, aber keine Stabilität in Europa erreichen. Die gibt es nur mit Russland. Vertrauen wieder herzustellen, muss deshalb der erste Schritt zur Bewältigung der Krise sein. Das aber erreicht man nicht, wenn man Rechtsbruch Rechtsbruch sein lässt. Genau das ist der Fehler, den 60 mehr oder weniger prominente Persönlichkeiten mit ihrem Aufruf im Dezember 2014 beginnen, mit dem sie völlig unbegründet und zum Teil wider besseren Wissens Angst vor Krieg schüren, um ein einseitiges Einlenken Deutschlands und damit des Westens und somit eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland zu erreichen. Sie taten das, weil sie um Russlands Schwäche wissen und fürchten, dass der Bär, der sich selbst verwundet hat, um sich schlagen könnte. Doch Schwäche zeigen hilft bei verwundeten Bären nicht und es hilft auch nicht im Verhalten gegenüber Russland.

Was man tun sollte, ist zu versuchen, den Bären zu verstehen, damit man ihm helfen kann.

Der Weg aus der Krise

Putins Ziel ist sicher nicht die Abwendung Russlands von Europa und die Hinwendung zu China. Dort hätte ein Russland, das außer Rohstoffen und Waffen nichts zu bieten hat, nur wenig Einfluss und selbst den hätte es erst mittelfristig, wenn es die Gasleitungen zu enormen Kosten gebaut hätte. Russland hat nicht mit der Geschlossenheit Europas gerechnet und genau deshalb ist die nun zu erhalten. Sie ist der Schlüssel zur Lösung, denn Russland braucht Europa kurzfristig als Abnehmer von Gas und Öl, mehr aber noch braucht es Europa mittel- und langfristig, um endlich seine Industrie zu modernisieren. Russland braucht Europa weit mehr als Europa Russland braucht. Putin will sicher Zusammenarbeit, aber eben auch der Abschottung wegen eine Puffer- und Einflusszone. Er traut dem Westen nicht und er fürchtet dessen liberale Ideen. Die will er mit der Eurasischen Union, erreichen. Dazu muss er territoriale Fragen in Moldawien und Georgien so wie in der Ukraine offen halten, denn damit verhindert er die Aufnahme in die NATO. Aber in der Ukraine will er mehr. Er will Einfluss in Kiew, denn ohne die Ukraine ist seine Eurasische Union lückenhaft. Doch die Ukraine hat er mit seinen Aktionen des Jahres 2014 nach Westen getrieben. Sie zurück zu gewinnen, ist nahezu hoffnungslos, vorausgesetzt Europa bleibt geschlossen und hilft gemeinsam mit Nordamerika der Ukraine, gesund zu werden. Die muss allerdings die Voraussetzungen für solche Hilfe schaffen, indem sie endlich gegen Korruption energisch vorgeht.

Russland ist wirtschaftlich schwach, es hat eine Gesellschaftsordnung, die für niemanden attraktiv ist, es ersetzt zunehmend Recht durch autokratische Herrschaft und es ergeht sich im dumpfen Nationalismus des 19. Jahrhunderts. Russland ist auch militärisch keine Bedrohung für den Westen, jedenfalls nicht, wenn dieser stark und geschlossen handelt und Putin die Grenzen seines Handelns aufzeigt. Niemand bedroht dieses Russland und niemand will ein im Inneren instabiles Russland. Die NATO hat stets erklärt, keine ihrer Waffen jemals als Erste einzusetzen, sondern stets nur in Abwehr eines Angriffs. Ihre Mitglieder sehen die in Europa bestehenden Grenzen als unverletzlich an und sie alle wollen die Zusammenarbeit mit Russland. Doch Russland ist gefangen im alten Denken einer Kontinentalmacht. Die Präsenz der Seemacht USA und des maritimen Bündnisses NATO auf den Weltmeeren empfindet Russland als bedrohliche Einkreisung. Man glaubt wohl in Moskau noch immer, dass man dieser „Gefahr“ nur begegnen könne, wenn man vor und um sich einen schützenden „Cordon sanitaire“ von Pufferstaaten hat und man militärische konventionelle Unterlegenheit durch eine Kombination „hybrider“ Operationen mit dem frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen ausgleicht.

Dies alles sind Zeichen von Schwäche, geboren aus tiefem Misstrauen gegenüber einem Westen, den man nicht versteht und von dem man glaubt, er wolle wie Russland dominieren und seine Einflusszone immer weiter ausdehnen. Dieses Dilemma gilt es, durch Dialog aufzulösen, durch einen politisch eingeleiteten, aber anfänglich von den Militärs zu führenden Dialog, dessen Ziel erneute Vertrauensbildung ist. Ein

solcher Dialog kann aber nur auf der Grundlage eines zumindest in den Eckpunkten gemeinsamen Rechtsverständnisses erfolgen. Das verlangt auch im Westen von denen, die Russland entgegenkommen wollen, die Rückkehr zu einigen, nicht verhandelbaren Prinzipien. Wer den Bruch des Völkerrechts und den rechtswidrigen Einsatz militärischer Gewalt durch Russland mit „russischer Gestaltungsmacht“ erklärt und mit friedlichen und transparent erfolgten Entscheidungen freier Nationen gleichsetzt, offenbart eine Auffassung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die bei Polen und Balten ungute Erinnerungen an das Molotow-Ribbentrop-Abkommen von 1939 wecken dürfte. Menschen, denen die Kraft des Rechts mehr bedeutet als das Recht des Stärkeren, dürfen nicht wegschauen, wenn Unrecht geschieht. Die Rechtsbrüche Russlands sind nicht hinzunehmen, die territoriale Integrität der Ukraine darf nicht durch militärische Gewalt verändert werden und das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung ist zu achten.

Russland ist ein Teil Europas. Niemand will es von dort verdrängen, doch Putins Russland verdrängt sich selbst aus Europa, wenn es entgegen den Vereinbarungen von Helsinki und Paris eine eigene Einflusszone beansprucht und sie beherrschen will. Putins Russland missachtet Menschenrecht und Rechtsstaatlichkeit, also die Kernwerte Europas, und zusätzlich will es in seinem Stockwerk des „gemeinsamen europäischen Hauses“ alle Mitbewohner beherrschen. Was durch Russlands Krieg in der Ukraine in Gefahr geraten ist, ist die Hoffnung auf ein Europa, das seine Konflikte endlich friedlich regelt und Menschenrecht und Rechtsstaat-

Russland muss die **KERNWERTE** Europas akzeptieren und achten.

lichkeit achtet. Das war die Grundlage der friedlichen Neuordnung Europas nach dem Kalten Krieg, bekräftigt und erneut festgehalten in der Erklärung von Paris 1990, auch von Russland. Nur auf dieser Basis können dauerhafter Frieden und Stabilität in Europa gewährleistet werden. Deshalb darf eine Verletzung dieses Ordnungsmusters durch Russland nicht folgenlos bleiben und deshalb darf auch die Annexion der Krim nicht einfach geschluckt werden. Russland muss wissen: Es geht nicht um militärisches Eingreifen in der Ukraine, auch nicht um eine Rückkehr zum Kalten Krieg, sofern Russland seine Hände vom NATO-Vertragsgebiet lässt. Die rote Linie ist damit klar: Die baltischen Staaten und Polen können sich – wie alle NATO-Mitglieder – auf das Beistandsversprechen des Art. 5 des Washingtoner Vertrages verlassen. Die Politik der Kanzlerin ist deshalb wirklich alternativlos. Es ist Sicherheit vor Russland durch die Stärkung der Fähigkeit zur gemeinsamen Verteidigung des NATO-Vertragsgebietes zu schaffen und es ist Russland gleichzeitig erneut zu versichern, dass keine Waffe der NATO je gegen Russland eingesetzt werden wird, es sei denn Russland würde einen NATO-Staat angreifen.

Das könnte der Startschuss zu einem Angebot an Russland sein, in einem erneuten Dialog, aber in Sicherheit vor Russland gemeinsam mit Russland Sta-

bilität für ganz Europa zu suchen. Dazu kann die NATO erneut und einseitig ihren Verzicht auf jegliche über Selbstverteidigung hinausgehende Gewalt erklären, aber Russland muss im Gegenzug die glaubhafte Bereitschaft zeigen, zur Herrschaft des Rechts und zum Verzicht auf Gewalt zurückzukehren. Nur so kann man dem Anspruch der Ukraine auf eine friedliche Zukunft in der Gemeinschaft der Völker Europas gerecht werden und nur so kann der unbestritten notwendige Dialog und die Suche nach einer friedlichen Lösung aufgenommen werden. Nur so können die zahllosen weiteren Gefahren für die Sicherheit, die gemeinsame Sicherheit Europas und Russlands bewältigt werden. Sie alle verlangen, dass Nordamerika, Europa und Russland gemeinsam Lösungen suchen.

RUSSLAND muss von der Konfrontation zur Kooperation zurückkehren.

Schritte zur Lösung

Russland eine Lockerung oder gar Aufhebung der Sanktionen anzubieten, bevor es die Gründe beseitigt, die zu den Sanktionen geführt haben, kann nicht in Frage kommen. Nur die Geschlossenheit der NATO und der EU beeindruckt Moskau und kann dort Bereitschaft zum Nachdenken auslösen. Man kann Russland als ersten Schritt anbieten, erneut zu erklären, dass die NATO keine ihrer Waffen jemals gegen Russland einsetzen wird, es sei denn Russland würde einen NATO-Staat angreifen. Im Gegenzug müsste Russland sich verpflichten, für die vollständige und überprüfbare Umsetzung der Minsker Vereinbarungen für die Ost-Ukraine zu sorgen. Sobald Minsk hält

und dies durch die OSZE bestätigt wird, kann man die wegen der Ost-Ukraine verhängten Sanktionen aufheben.

Der nächste Schritt sollte ein Hilfs- und Wiederaufbauprogramm für die Ukraine als Ganzes sein, das zwischen der EU, den USA und Kanada sowie der Ukraine unter Beteiligung der Weltbank zu verhandeln wäre. Andere Staaten wie auch Russland könnten zur Teilnahme eingeladen werden. Die Ukraine muss allerdings ihrerseits die Voraussetzungen schaffen, damit Hilfe nicht erneut versickert. Würde Russland angesichts dieser Entschlossenheit, aus der Ukraine einen Staat zu machen, der Anziehungskraft ausstrahlt, seine grundsätzliche Bereitschaft erklären, über eine langfristige Lösung der offenen territorialen Fragen der Ukraine einschließlich der zu klärenden Ansprüche auf Off-Shore Gas- und Ölvorkommen im Schwarzen Meer und zum Status der Ukraine in Europa im OSZE-Rahmen zu verhandeln und zum Status der Ukraine in Europa im OSZE-Rahmen eine Lösung zu suchen, dann könnte man im Gegenzug die schrittweise Aufhebung der wegen der Annexion der Krim verhängten Sanktionen prüfen.

Unabhängig davon sollten die Staaten Europas prüfen und auch Schritte einleiten, ihre Energieabhängigkeit von Russland abzubauen. Auch die zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossenen Maßnahmen sind ohne Abstriche umzusetzen. Europa muss in dieser Krise weiterhin geschlossen und einig handeln und sollte geschlossen darauf bestehen, dass diese Krise erst zu Ende ist, wenn Russland zu den Grundsätzen der Charta von Paris zurückgekehrt ist. Bis dahin darf es keine Aufweichung westlicher Entschlossenheit

und Geschlossenheit geben, denn nur dann wird Russland merken, dass es sich in der Ukraine mehr geschadet haben dürfte als genutzt. Das Ziel Deutschlands, Europas und der NATO sollte es sein, Russland zur Rückkehr zur Kooperation zu bringen und eine anhaltende Konfrontation zu vermeiden, die nur beiden Seiten schadet.

Die Botschaft im Frühjahr 2015 sollte daher sein: Wir wollen keinen neuen Kalten Krieg, wir halten die Hand zur Kooperation ausgestreckt, aber dazu muss Russland die glaubhafte Bereitschaft zeigen, in Verhandlungen eine Lösung zu suchen. ///



/// DR. H. C. KLAUS NAUMANN

ist General a. D. des Heeres der Bundeswehr, war von 1991 bis 1996 Generalinspekteur der Bundeswehr und hatte von 1996 bis zu seiner Pensionierung 1999 den Vorsitz des NATO-Militärausschusses, Otterfing.

/// Mehr als nur kollektive Verteidigung

DIE NATO UND DIE UKRAINE-KRISE*

MICHAEL RÜHLE /// Die konfrontative russische Außen- und Sicherheitspolitik verlangt von der NATO erhebliche Anpassungen in politischer wie militärischer Hinsicht. Durch die Betonung der kollektiven Verteidigung muss das Bündnis militärische Solidarität mit Mittel- und Osteuropa demonstrieren, zugleich aber seine Fähigkeit zum Engagement in außereuropäischen Krisen erhalten.

Die Krise in der Ukraine, die mit der illegalen Annexion der Krim durch Russland ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, markiert einen Wendepunkt der Entwicklung Europas seit dem Ende des Kalten Krieges. Im Laufe weniger Wochen wurde Russland zu einer revisionistischen Macht, die die Grenzen eines Nachbarlandes gewaltsam veränderte. Durch militärische Gewalt und politische Einschüchterung sollte der Ukraine die Möglichkeit genommen werden, ihre politische und wirtschaftliche (West-)Orientierung selbst zu bestimmen. Die Annahme, Russland hätte bestimmte Regeln im Verhalten europäischer Staaten untereinander dauerhaft akzeptiert, erwies sich als falsch.

Manche Kommentatoren sind durch diese Entwicklungen zu der Aussage verleitet worden, die NATO sei angesichts eines feindseligeren Russlands endlich wieder in ihrem Kerngeschäft.¹ Doch eine solche Auf-

fassung geht an der Wirklichkeit vorbei. Die Krise mag bei vielen die anhaltende Notwendigkeit eines kollektiven Verteidigungsbündnisses in Erinnerung gerufen haben, aber sie führt nicht automatisch zu einer politischen und militärischen Renaissance der NATO. Der Versuch der Allianz, Antworten auf die aktuellen Entwicklungen zu geben, wird vielmehr die Bündnissolidarität auf eine harte Probe stellen. Denn manche dieser Antworten werden politische, militärische und finanzielle Kosten verursachen, die nicht alle Verbündeten zu zahlen bereit sein könnten.

Die **UKRAINE-KRISE** ist eine Herausforderung für die NATO.



Quelle: JOHN THYS/AFP/Getty Images

Politische, militärische und finanzielle Herausforderungen zwingen die NATO derzeit zu einer Gratwanderung zwischen Handeln und Diplomatie – eine schwierige Aufgabe, auch für NATO Secretary General Jens Stoltenberg, hier auf einem Treffen der Verteidigungsminister Anfang Februar 2015 in Brüssel.

Herausforderung Russland

Die meisten Beobachter sind sich inzwischen einig, dass es sich bei der Politik Moskaus nicht um einen kurzfristigen, taktisch motivierten Schwenk handelt, sondern um eine fundamentale Neuausrichtung. Indizien für eine solche Entwicklung gab es schon länger: das Ende des „Reset“ der amerikanisch-russischen Beziehungen unmittelbar nach Putins Rückkehr in das Präsidentenamt, die Gewährung von Asyl für den abtrünnigen Mitarbeiter der National Security Agency, Edward Snowden, Russlands Rückzug aus den Raketenabwehr-Gesprächen mit den USA und der NATO und nicht zuletzt die erhebliche Steige-

rung der russischen Militärausgaben, verbunden mit offensiven militärischen Übungen und einer zunehmend härteren Rhetorik. Zugleich wurden innenpolitisch die Zügel angezogen. Ein von oben gesteuerter Populismus, der sich zunehmend anti-westlicher Ressentiments bediente, und zu dem auch die zunehmende Unterdrückung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen gehörte, sollte politische Gefolgschaft sicherstellen.

Diese Entwicklungen vollzogen sich vor dem Hintergrund russischer Klagen über einen Westen, der sich zum Ziel gesetzt habe, das Land politisch, wirtschaftlich und militärisch zu marginalisieren. Hierzu zählte die Erweite-

rung der NATO, die man als einen Bruch früherer Versprechen des Westens interpretierte, aber auch die Umgehung Russlands im UN-Sicherheitsrat, sei es durch die ohne UN-Mandatierung erfolgten Luftschläge der NATO gegen Belgrad im Zuge des Kosovokonflikts 1999, oder durch die absichtsvolle Umdeutung von UN-Sicherheitsratsresolutionen wie im Fall der NATO-Operation in Libyen 2011.

Das Muster, eine äußere Bedrohung zur Legitimation des eigenen Verhaltens zu nutzen, zeigte sich auch in der kurz vor Jahresende 2014 erschienenen neuen russischen Militärdoktrin. Sie definiert die NATO und die NATO-Erweiterung – ohne nähere Begründung – als größte Bedrohung Russlands. Das Dokument enthielt zwar nicht die von manchen Beobachtern befürchteten rhetorischen Exzesse bezüglich des präventiven Einsatzes von Nuklearwaffen, bemerkenswert jedoch waren seine Verweise auf die Bedrohung durch vom Ausland inspirierte Regimewechsel. Gemeint waren die Proteste auf dem Maidan Anfang 2014, die zum Sturz der moskautreuen Janukowitsch-Regierung

Die innen- und außenpolitischen Entwicklungen in Russland weisen auf eine grundlegende NEUAUSRICHTUNG Moskaus hin.

und schließlich zum Eingreifen Russlands geführt hatten. Durch die neue Militärdoktrin ist die Belagerungsmentalität, die sich schon seit einiger Zeit in russischen Stellungnahmen erkennen ließ, zum festen Bestandteil der offiziellen russischen Außen- und Sicherheitspolitik geworden.²

Ob diese Entwicklungen jedoch auch als eine direkte Bedrohung für die NATO interpretiert werden müssen, ist weniger eindeutig. Zum einen ist die Ukraine nicht Mitglied der NATO und hat folglich keinen Anspruch auf Schutz durch das Bündnis. Zwar hat die russische Vorgehensweise in der Ukraine die Frage nach den größeren strategischen Zielen Moskaus über seinen unmittelbaren westlichen Nachbarn hinaus aufgeworfen, doch selbst der eklatante Bruch geltenden Rechts und die Destabilisierung der Ost-Ukraine führen nicht zwangsläufig zu dem Schluss, es liege eine direkte militärische Bedrohung der NATO vor. Gegen eine solche Interpretation spricht auch die Genese der Krise. Das militärische Eingreifen Russlands war der Endpunkt einer Kette von Ereignissen, die sich aus dem Versuch Kiews entwickelte, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu vereinbaren. Dieser Prozess hätte die Ukraine nach Westen gezogen und damit Präsident Putins Projekt einer „Eurasischen Union“ eines wichtigen Pfeilers beraubt. Vor diesem Hintergrund erscheint die Entscheidung Moskaus, die Krim zu annektieren, eher als Versuch, russische Kerninteressen zu schützen denn als Versuch, das russische Territorium im Sinne einer Rekonstruktion der Sowjetunion zu vergrößern.

Zweitens waren die Mittel, die Russland gegen die Ukraine einsetzte, spezifisch auf die prekäre Lage des Landes zugeschnitten. Die Kombination aus wirtschaftlichem Druck, einer Erhöhung des Gaspreises, dem Einsatz regulärer und irregulärer Streitkräfte und der Unterstützung der Separatisten wirkt nur bei Staaten, die politisch, wirtschaftlich und militärisch schwach, intern gespalten und in hohem Maße

von russischer Energie abhängig sind. In diesem Sinne war die Ukraine ein leichtes Opfer. Schwache Regierungen, Korruption, eine nur gering ausgeprägte nationale Identität sowie eine sich Russland zugehörig fühlende Osthälfte gaben Moskau die Gelegenheit, zunächst ohne Eingeständnis der eigenen Präsenz vor Ort Fakten zu schaffen, die zu verhindern Kiew machtlos war. Die NATO-Staaten bieten für einen solchen „hybriden“ Ansatz jedoch weit weniger Angriffsfläche.

Drittens kann der russische militärische Aktivismus nicht verbergen, dass sich die russischen Streitkräfte noch nicht gänzlich von ihrer Vernachlässigung nach dem Ende der Sowjetunion erholt haben. Verglichen mit dem Bild, das sie während des Krieges mit Georgien im August 2008 boten, gelten die russischen Streitkräfte heute zwar als deutlich besser. Auch hat sich Russland ehrgeizige Modernisierungsziele gesetzt. Doch gibt es noch immer Zweifel an ihrer Leistungsfähigkeit in einem schwierigen Umfeld. Wie auch immer man in Moskau den politischen Zusammenhalt der NATO einschätzen mag, so kann die Aussicht, 28 Bündnismitgliedern unter der Führung der konventionell stärksten Militärmacht USA gegenüberzustehen, keinen russischen Militärplaner mit Zuversicht erfüllen. Eine bewusst in Kauf genommene direkte Konfrontation mit der NATO erscheint daher wenig wahrscheinlich.

Die NATO hat Russland für sein Vorgehen in der Ukraine massiv kritisiert, zugleich jedoch vermieden, Russland als Bedrohung zu definieren. Man verzichtete auf konfrontative Rhetorik und konzentrierte sich stattdessen darauf, die Haltung Russlands als Unterminderung der europäischen Sicherheits-

Die Allianz reagierte eher **VERHALTEN** auf das russische Vorgehen in der Ukraine.

ordnung zu qualifizieren, durch die sich Russland am Ende nur selbst schaden würde. Auch die Reaktion der NATO auf die – bisweilen grob fahrlässig durchgeführten – Flüge russischer Kampfflugzeuge entlang des Luftraums der NATO-Staaten blieb zurückhaltend.³ Vom Beginn der Krise an waren die Verbündeten bemüht, keine irreversiblen Fakten zu schaffen, die eine Wiederannäherung an Russland erschwert hätten. Zwar wurde die Kooperation mit Russland suspendiert, der NATO-Russland-Rat jedoch blieb – anders als nach dem russisch-georgischen Krieg – offen. Allerdings war seine Eignung als politisches Konsultationsgremium von Anfang an begrenzt. Da Russland stets bestritt, überhaupt Konfliktpartei zu sein, war ein umfassender, vertrauensvoller Dialog nicht möglich.

Auch wenn die NATO es vermied, Russland als militärische Bedrohung zu charakterisieren, gab es gleichwohl gute Gründe, die Ukraine-Krise in ihren militärischen Dimensionen eingehend zu analysieren. Denn eines ihrer auffälligsten Merkmale war die Fähigkeit Russlands, Streitkräfte in großer Zahl in kurzer Zeit an der ukrainischen Grenze zusammenzuziehen. In Verbindung mit der immer wieder beschworenen „Pflicht“ Russlands, auch außerhalb Russlands lebende Russischsprachige zu beschützen, konnte man diese „snap

exercises“ als eine latente Bedrohung von Staaten auffassen, die über russischsprachige Minderheiten verfügen.⁴ Die NATO ist daher aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die Moskau verdeutlichen, dass ein solcher Schritt keine ernsthafte Option sein kann. Zugleich müssen diese Maßnahmen die geographisch exponierten Verbündeten in Mittel- und Osteuropa davon überzeugen, dass sie den gleichen Anspruch auf militärischen Schutz haben wie alle anderen NATO-Mitglieder.

Kollektive Verteidigung: Der „Readiness-Action-Plan“

Diese Schutzfunktion unter Beweis zu stellen, ist das Ziel des „Readiness-Action-Plan“, der auf dem Gipfel in Wales im September 2014 beschlossen wurde. Der Plan besteht aus „Assurance“-Maßnahmen wie eine erhöhte militärische Präsenz in Mittel- und Osteuropa sowie andere militärische Aktivitäten, die der Abschreckung dienen sollen, und „Anpassungsmaßnahmen“ zur längerfristigen Veränderung der militärischen Fähigkeiten der Allianz. Im Wesentlichen sieht der Plan die Erhöhung der Einsatzbereitschaft der schnellen Reaktionskräfte der NATO und die Erhöhung der Zahl der Übungen in Mittel- und Osteuropa vor. Eine „Very High Readiness Joint Task Force (VJTF)“, bestehend aus Land-, Luft-, See- und Spezialkräften, soll als „Speerspitze“ rasch an die Bündnisgrenzen verlegt werden können. Der „Readiness-Action-Plan“ sieht ferner auch den Ausbau des multinationalen Hauptquartiers Nordost in Stettin (Polen) vor sowie die Einrichtung multinationaler Führungseinrichtungen und die Einlagerung von militärischer Ausrüstung in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumäni-

en. Darüber hinaus sollen die Verteidigungspläne für Osteuropa aktualisiert werden.⁵

Der „Readiness-Action-Plan“ ist ein wichtiges Signal sowohl an die NATO-Staaten als auch an Russland. Seine rasche Umsetzung hat daher große politische Bedeutung. Dies umso mehr, als die schnellen Reaktionskräfte auch in anderen geographischen Bereichen eingesetzt werden können. Darauf haben insbesondere die südlichen NATO-Staaten immer wieder hingewiesen. Allerdings wird die Implementierung des Aktionsplans nicht einfach. Streitkräfte in hoher Einsatzbereitschaft zu halten, ist nur den größeren NATO-Staaten möglich, und erfordert einen hohen Aufwand. Auch die logistischen Herausforderungen sind enorm. Die Zeiten, in denen die NATO regelmäßig große

Zur Betonung ihrer **SCHUTZFUNKTION** hat die NATO im September 2014 den „Readiness-Action-Plan“ beschlossen.

Verstärkungsübungen durchführte – während des Kalten Krieges brachten die Vereinigten Staaten regelmäßig ein gesamtes Korps nach Europa – sind lange vorbei. Hinzu kommt, dass die „Frontstaaten“ der NATO genug militärische Durchhaltefähigkeit bis zum Eintreffen der „Speerspitze“ aufbieten müssen. Und schließlich muss auch die NATO-Kommandostruktur, die in den letzten beiden Jahrzehnten erheblich verkleinert wurde, an die neuen kollektiven Verteidigungsaufgaben angepasst werden. Kurzum, die NATO muss sich Fähigkeiten erneut aneignen, auf die man in den letzten 20 Jahren verzichten zu können glaubte.

Der „Readiness-Action-Plan“ bedeutet die größte Veränderung des Verteidigungsdispositivs der NATO seit Ende des Kalten Krieges. Allerdings wird er nicht zu einer massiven militärischen NATO-Präsenz in Mittel- und Osteuropa führen. Die bereits Mitte der 90er-Jahre – vor dem Beginn des Erweiterungsprozesses – getroffene Grundsatzentscheidung, nur eine „dünne“ militärische Präsenz in den künftigen neuen Mitgliedstaaten zuzulassen, um keine Einkreisungsängste in Russland zu schüren, ist noch immer gültig. Zwar haben manche Beobachter in Mittel- und Osteuropa diese auch in der NATO-Russland-Grundakte von 1997 festgehaltene Entscheidung immer wieder als diskriminierend kritisiert und darauf hingewiesen, dass derartige Selbstbeschränkungen mit der russischen Destabilisierung der Ukraine hinfällig geworden sind.⁶ Allerdings wäre die Einführung einer umfassenden dauerhaften militärischen Präsenz der NATO in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten von so enormer politischer und militärischer Bedeutung, dass sich die Verbündeten nur bei einer deutlichen Verschlechterung der Gesamtlage auf einen solchen Schritt einigen könnten. Militärisch würde es die Rückkehr der NATO zu einer nahezu ausschließlichen Konzentration auf die kollektive Verteidigung bedeuten. Politisch wäre es ein Signal, dass man sich damit abgefunden hätte, Russland als Gegner in einem zweiten Kalten Krieg zu betrachten. So lange die russische Politik nicht unmittelbar auf militärischen Konfrontationskurs geht, wird die NATO den Schwerpunkt folglich auf Maßnahmen richten, die teils zeitlich begrenzt und in ihrem Umfang „skalierbar“ sind.

Eine weitere Herausforderung, der sich die NATO im Zusammenhang mit der Umgestaltung ihres Verteidigungsdispositivs stellen muss, ist der „hybride“ Charakter der Instrumente, die ein künftiger Gegner gegen das Bündnis einsetzen könnte. Wie bereits angedeutet, spricht manches dafür, dass der im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise zu neuer Popularität gelangte „hybrid war“ nicht gegen jeden Gegner gleichermaßen zum Erfolg führt. Doch die Ambivalenz der Lagebeurteilung in einem hybriden Konflikt könnte die kollektive

Die NATO hat auch **AUFGABEN und **Bedeutung über die kollektive Verteidigung hinaus.****

Entscheidungsfindung des Bündnisses – und damit auch die Verteidigungsvorbereitungen – erheblich erschweren. Die NATO will sich daher auf solche Szenarien vorbereiten. Ein wichtiger Teil dieser Vorbereitung dürfte die engere Zusammenarbeit mit anderen Institutionen sein, doch muss die NATO auch ihren nachdienstlichen Austausch und nicht zuletzt ihre politisch-militärischen Entscheidungsprozesse im Lichte hybrider Bedrohungen überprüfen.

Krisenmanagement: Antwort auf die Globalisierung

Die Krise in der Ukraine erinnert eindringlich daran, dass die nach dem Kalten Krieg gewachsene europäische Sicherheitsordnung nach wie vor prekär

bleibt, und dass ihre Aufrechterhaltung mehr Aufmerksamkeit verlangt als bisher angenommen. Allerdings hat diese Krise nicht das Phänomen außer Kraft gesetzt, das für die Entwicklung der NATO der vergangenen 20 Jahre konstitutiv war, nämlich die Globalisierung der Sicherheitsherausforderungen. Das dramatischste Beispiel bietet der Aufstieg der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (ISIL), deren militärisches Vorrücken in Teilen des Irak und Syriens zeitgleich mit der Ukraine-Krise erfolgte. Nichts unterstrich deutlicher die Notwendigkeit für die NATO, sich auch künftig mit Entwicklungen jenseits des Bündnisgebietes zu befassen. Der Wales-Gipfel verstärkte diesen Eindruck, weil die Verbündeten das Treffen nutzten, um eine Anti-ISIL-Koalition zu schmieden. Als Teil dieser Koalition, die auch Länder aus dem Nahen Osten einschließt, führen einige Verbündete Luftschläge gegen ISIL durch, während sich andere durch Ausbildung und Waffenlieferungen an ISIL-Gegner an der Koalition beteiligen. Hinzu kommt die Fortsetzung der anderen Missionen der NATO, von der Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika („Ocean Shield“) bis zur Ausbildungsmission in Afghanistan („Resolute Support“), die allesamt die Bedeutung von Operationen jenseits der kollektiven Verteidigung unterstreichen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, weshalb die NATO trotz der oft beschworenen „Post-Afghanistan-fatigue“ ihre Fähigkeiten für ein breites Spektrum von Missionen außerhalb des Bündnisgebietes erhalten muss. Würde die NATO dieser Aufgabe entsagen, würden 20 Jahre gemeinsamer transatlantischer Bemühungen zunichte gemacht, das traditionell geographische Sicherheitsverständnis des Bündnisses

zu einem funktionalen Verständnis weiterzuentwickeln. Damit bestünde die reale Gefahr einer Abkoppelung Europas von der globalen amerikanischen Sicherheitsagenda – ein Rückschritt, der den strategischen Interessen beider Seiten zuwiderliefe. Hinzu käme, dass die europäischen Streitkräfte die Erfahrung verlören, die sie in unterschiedlichen NATO-Einsätzen während der vergangenen zwei Jahrzehnte gesammelt haben. Eine „Rückkehr“ zur kollektiven Verteidigung würde Europa zudem an eine Aufgabe binden, für die fast alle Errungenschaften der jüngeren Vergangenheit – insbesondere die Partnerschaft mit dutzenden von Nicht-NATO-Staaten – weitgehend irrelevant wären. Mit Blick auf die Unvorhersehbarkeit künftiger Sicherheitsherausforderungen wird man diese strategische Investition jedoch nicht aufgeben wollen. Zudem dürfte auch die Tatsache, dass ein Großteil der für die kollektive Verteidigung abgestellten Streitkräfte nicht für andere Operationen zur Verfügung stünde, für manche Verbündete ein innenpolitisches Rechtfertigungsproblem aufwerfen. Hinzu kommt schließlich, dass die Ukraine-Krise den amerikanischen Schwenk („pivot“) nach Asien nicht umkehren wird. Obgleich die USA schon kurz nach Ausbruch der Ukraine-Krise Streitkräfte nach Mittel- und Osteuropa entsandten, bleibt eine signifikante Erhöhung der amerikanischen militärischen Präsenz auf dem europäischen Kontinent unwahrscheinlich.

Weitere Herausforderungen

Die NATO muss Mittel- und Osteuropa Allianzsolidarität vermitteln, Russland von weiterem militärischem Abenteuer abscrecken, ohne damit die Chancen auf eine Rückkehr zu einem

konstruktiveren Verhältnis zu untergraben, und zugleich ihre Fähigkeit zum Krisenmanagement aufrechterhalten – eine schwierige Gratwanderung, die den Verbündeten viel abverlangen wird. Dies sind jedoch nicht die einzigen Herausforderungen, denen sich die NATO als Folge der Ukraine-Krise gegenüber sieht. Die Krise wird die NATO auch dazu zwingen, andere Elemente ihrer Agenda umfassend zu überprüfen.

Eine offenkundige Herausforderung ist die NATO-Erweiterung. Bereits im Vorfeld des Wales-Gipfels hatten sich die Verbündeten darauf geeinigt, das potenziell kontroverse Thema nicht auf die Agenda zu setzen. Damit aber steigen die Erwartungen für den nächsten Gipfel, der 2016 in Warschau stattfinden wird. Da die Ukraine im Dezember 2014 ihren blockfreien Status widerrufen und sich zum Ziel einer NATO-Mitgliedschaft bekannt hat, erscheint eine Diskussion im Bündnis über die Aufnahme der Landes in den „Membership-Action-Plan“ (MAP), ein Programm zur Vorbereitung auf eine spätere Vollmitgliedschaft, unausweichlich. Auf dem Gipfel von Bukarest 2008 hatte die Frage, ob man der Ukraine und Georgien eine Aufnahme in den MAP anbieten solle, zu einer heftigen Kontroverse unter den Verbündeten geführt. Das Ergebnis war ein Kompromiss, der den beiden Staaten zwar den MAP vorenthielt, ihnen jedoch ein nicht näher definiertes Versprechen gab, sie in die NATO aufzunehmen. Beide Seiten der Debatte werden sich durch die Ukraine-Krise bestätigt fühlen. Diejenigen, die eine Aufnahme der Ukraine in den MAP fordern, werden argumentieren, dass die Ablehnung von Bukarest Russland signalisiert habe, es habe in der Ukraine freie Hand. Die Gegner eines MAP-An-

gebotes an die Ukraine werden dagegen argumentieren, dass die aktuelle Krise – wie auch der russisch-georgische Krieg von 2008 – einmal mehr die unkalkulierbaren Risiken aufzeigt, die mit einer Mitgliedschaftsdebatte über diese beiden Länder verbunden sind. Es wird daher großer Disziplin bedürfen, um eine Kontroverse wie in Bukarest zu vermeiden.

Eine weitere Herausforderung ist die Partnerschaftspolitik der NATO. Der Aufbau von politischen und militärischen Beziehungen zu vielen Nicht-NATO-Staaten war eine der erfolg-

Mitgliedererweiterung, Partnerschaftspolitik und die Verteidigungshaushalte sind zukünftig wichtige THEMEN.

reichsten Innovationen der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges. Einige dieser Partnerstaaten haben substanzielle militärische Beiträge zu NATO-geführten Operationen geleistet, andere haben diese Operationen politisch und finanziell unterstützt. Zugleich hat die Beteiligung von Partnern die Legitimität der NATO-Operationen erhöht. Mit dem Ende der Internationalen Schutztruppe (ISAF) in Afghanistan verliert die NATO-Partnerschaftspolitik jedoch ein wichtiges Projekt. Auch die neuerliche Betonung der kollektiven Verteidigung konfrontiert die Partnerschaften mit einem Problem: Der Katalysator für die Partnerschaftspolitik der NATO ist das Krisenmanagement; für die kollektive Verteidigung sind Nicht-NATO-Staaten weitgehend irrelevant. Die Verbündeten haben dieses Dilemma frühzeitig erkannt und den Wales-Gipfel genutzt, um ihr unvermindertes Interesse an ei-

ner Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten zu demonstrieren. Der Gipfel verabschiedete neue Initiativen zur Vertiefung der Interoperabilität der Streitkräfte von NATO- und Partnerstaaten. Zugleich wurde verschiedenen Partnern Hilfe beim Aufbau der eigenen Verteidigungsfähigkeiten („Defence Capacity Building“) angeboten. Zusammen mit einer flexibleren Partnerschaftspolitik, die die traditionell regional organisierten Partnerschaftsgruppierungen zugunsten funktionaler Zusammenarbeit aufbricht, sollen diese Initiativen das Interesse der Partnerstaaten an engen Beziehungen zur NATO sichern helfen.

Ein weiterer Problembereich sind die Verteidigungshaushalte. Auf dem Gipfel in Wales hatten die Verbündeten vereinbart, ihre Verteidigungsausgaben im Einklang mit der wirtschaftlichen Gesamtsituation schrittweise zu erhöhen. Ziel ist es, innerhalb eines Jahrzehnts 2 % des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen. 20 % des Verteidigungshaushalts sollen dabei für Investitionen ausgegeben werden. Dieses „Wales defence spending pledge“ erscheint auf den ersten Blick wenig spektakulär, da es einen großzügigen Zeitraum zur Erreichung seiner Ziele veranschlagt. Gleichwohl kommt dieser Selbstverpflichtung große politische Bedeutung zu. Zum einen unterstreicht sie die Entschlossenheit der Allianz, die teuren Maßnahmen des „Readiness-Action-

Plan“ auch umzusetzen. Zum anderen signalisiert sie, dass die Verbündeten auf die negativen Veränderungen im europäischen und internationalen Sicherheitsgefüge zu reagieren bereit sind. Angesichts ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage dürfte das Erreichen des 2 % Ziels für manche Verbündete schwierig werden. Allerdings haben einige dieses Ziel bereits erreicht, während andere auf gutem Wege sind, es zu erreichen. Keiner dieser Schritte wird die amerikanische Frustration über die aus Washingtons Sicht viel zu geringen Verteidigungsausgaben der europäischen Verbündeten beseitigen können. Sofern jedoch die Beschlüsse von Wales die Umkehr eines Abwärtstrends bei den Verteidigungsausgaben signalisieren, ist zumindest die Grundlage für eine faire transatlantische Lastenteilung gelegt worden.

Fazit

Die Ukraine-Krise hat die europäische Sicherheitsordnung nachhaltig beschädigt und besonders im östlichen Teil des Kontinents erneut Ängste vor einer russischen Bedrohung aufleben lassen. Damit rückt die klassische Schutzfunktion des atlantischen Bündnisses wieder in den Vordergrund. Dennoch erscheint es unangebracht, in diesem Zusammenhang von einer Renaissance der NATO zu sprechen. Vieles spricht nämlich dafür, dass die Krise den Verbündeten viele politische, militärische und finanzielle Belastungen aufbürden wird, die den Zusammenhalt der Allianz immer wieder auf die Probe stellen werden. Die Notwendigkeit, militärische Bündnisolidarität mit den mittel- und osteuropäischen Verbündeten zu demonstrieren und gleichzeitig die Fähigkeit zum Engagement in Krisen und Konflikten au-

Die Ukraine-Krise ist ein PRÜFSTEIN für den Zusammenhalt der Allianz.

ßerhalb Europas zu erhalten, wird die NATO einem schmerzhaften Spagat aussetzen. Eine kontroverse Erweiterungsdiskussion oder eine Debatte über transatlantisches „burden sharing“ sind weitere Faktoren, die das Bündnis in den kommenden Jahren belasten könnten.

Selbst wenn die konfrontative russische Außen- und Sicherheitspolitik anhält, werden die Verbündeten alles unternehmen, um einen „Kalten Krieg 2.0“ zu vermeiden. So lange sich Russland nicht als direkter Gegner der NATO entpuppt, wird das Bündnis folglich keine Schritte unternehmen, die man politisch oder militärisch als zu provokativ verstehen könnte. Eine Rückkehr zu der Lage vor 2014, als man die kollektive Verteidigung de facto nur noch als zweitrangige Aufgabe betrachtete, erscheint jedoch auf längere Sicht ausgeschlossen. ///



/// MICHAEL RÜHLE

ist Leiter des Referats Energiesicherheit, Emerging Security Challenges Division der NATO, Brüssel.

Anmerkungen

* Der Autor gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

¹ Bronwen, Maddox: Is Vladimir Putin Nato's salvation?, in: Prospect magazine, 24.2.2015, <http://www.prospectmagazine.co.uk/blogs/bronwen-maddox/is-vladimir-putin-natos-salvation>; The future of NATO. First principles. Russia's annexation of Crimea has brought NATO renewed purpose, in: The Economist, 29.3.2014, <http://www.economist.com/news/international/21599797-russias-annexation-crimea-has-brought-nato-renewed-purpose-first-principles>

² Reisinger, Heidi: Putins neue Militärdoktrin. Gefahren lauern überall, in: Süddeutsche Zeitung, 19.2.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/putins-neue-militaerdoktrin-gefahren-lauern-ueberall-1.2356395>

³ Cowell, Alan: British Planes Intercept Russian Bombers, in: New York Times, 19.2.2015, http://www.nytimes.com/2015/02/20/world/europe/britain-scrambles-jets-to-intercept-russian-bombers.html?_r=0

⁴ Rasmussen, Anders Fogh / Breedlove, Philip M.: A NATO for a Dangerous World, in: Wall Street Journal, 17.8.2014, <http://www.wsj.com/articles/anders-fogh-rasmussen-and-philip-m-breedlove-a-nato-for-a-dangerous-world-1408317653>

⁵ NATO's Readiness Action Plan, Fact Sheet, November 2014, http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2014_12/20141202_141202-factsheet-rap-en.pdf

⁶ Sierakowski, Slawomir: NATO's Second-Class Members, in: New York Times, 22.8.2014, http://www.nytimes.com/2014/08/23/opinion/slawomir-sierakowski-natos-second-class-members.html?_r=0

/// Kalter Krieg 2.0

DIE UKRAINE-KRISE VOR EINER WEITEREN ESKALATION?

CHRISTIAN HACKE /// Europa erscheint ratlos und geschockt. Die europäische Friedensordnung der vergangenen Jahrzehnte wird zur Chimäre. Deshalb bemühen sich Deutschland und andere europäische Staaten energisch um Schadensbegrenzung und setzen dabei weiter auf Sanktionen und Diplomatie, in der Hoffnung, Putin und die Separatisten im Osten der Ukraine doch noch zum Einlenken zu bewegen. Andere hingegen fordern gegenüber Putin eine harte Gangart. Kein Wunder, dass mittlerweile die Meinungen im Westen in Sachen Ukraine zunehmend aufeinanderprallen.

Die aktuelle Lage

Die Krise in der Ukraine köchelt weiter. Die Vereinbarungen von Minsk scheinen zwar noch nicht gescheitert, doch werden sie nur lückenhaft eingehalten und von einem Waffenstillstand kann keine Rede sein. Alle Seiten setzen scheinbar taktisch zunächst auf Zeitgewinn, verfolgen aber strategisch weiterhin gegensätzliche Ziele. So ließen die Separatisten es sich nicht nehmen, noch die Stadt Debaltzewe zu erobern. Damit haben sie einen wichtigen Sieg errungen bzw. ein wichtiges Etappenziel erreicht. Die beiden sog. Volksrepubliken Donezk und Luhansk bilden eine territoriale Einheit. Damit scheint nach der Krim nun auch der Osten für die übrige Ukraine vorerst verloren. Kündigt sich damit eine territoriale und politische Spaltung des Landes an? Sie würde geostrategisch eine histo-

rische Machtverschiebung zugunsten Russlands signalisieren, das dann – zunächst indirekt – nach dem Zerfall des Sowjetimperiums „verlorenes“ Gebiet zurückerobert hätte.¹ Europa erscheint ratlos und geschockt und die Meinungen im Westen in Sachen Ukraine prallen zunehmend aufeinander.

Der Westen ist sich bezüglich der weiteren Vorgehensweise in der Ukraine-Krise UNEINS.

Auf der einen Seite stehen die, die weiter auf Mäßigung, auf Sanktionen und Verhandlungen gegenüber Putin und den Separatisten setzen; auf der anderen Seite wird die Forderung nach Waffen für Kiew immer dringlicher. Be-



Immer wieder bemüht sich Bundeskanzlerin Angela Merkel um eine diplomatische Lösung in der Ukraine-Krise wie hier bei den Verhandlungen um einen Waffenstillstand Mitte Februar 2015 in Minsk.

sonders in den USA mehren sich die Befürworter einer Eindämmung des russischen Einflusses. Sie fordern zumindest Defensivwaffen, um die ukrainischen Streitkräfte gegenüber den Separatisten und russischen Helfershelfern zu stärken. Andererseits plädieren die „Realisten“ in den USA wie auch in Europa für Mäßigung auf beiden Seiten, für mehr Verständnis für Putins Politik und mehr Selbstkritik. In dieser Phase der Ausdünnung diplomatischer Chancen und wachsender Bereitschaft für eine militärische Lösung gerät auch die Regierung Poroschenko zunehmend unter Druck. Eine starke Lobby im Westen, insbesondere in den USA, setzt immer mehr auf die Falken in Kiew, die von Regierungs-

chef Jazenjuk angeführt werden. Doch könnten dann die durch Oligarchen finanzierten Bataillone bald zu Privatarmeen mutieren. Und sollten sie wider Erwarten durch westliche Militärhilfe auf lange Sicht erstarken, so ist zu bezweifeln, ob sie jemals den Separatisten und Russland Paroli bieten könnten. Das Geld würde durch Korruption versickern, der einfache Soldat würde kaum davon profitieren. Und defensive Waffen allein, wie von manchen gefordert, würden nicht reichen, um das militärische Gewicht zugunsten von Kiew zu verändern.² Die Illusion, man könne den Osten durch Krieg zurückerobern, würde sich schneller als erwartet in Luft auflösen.³ Die ukrainische Armee kann

– trotz massiver Aufrüstung und teilweiser Überlegenheit an schweren Waffen – die Separatisten im Osten nicht besiegen. Vielmehr erscheint laut BND die ukrainische Armee zerfallen, demoralisiert und personell ausgeblutet. Sie ist mit der Kriegsführung der Separatisten überfordert. Sie hat deren Kampf-moral nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Nicht nur militärisch, auch innen- und außenpolitisch gesehen, erscheint die Ukraine trotz seiner demokratisch gewählten Eliten als ein Land, das unter der Last von Korruption, alten kommunistischen Seilschaften, bedenkenlosen Oligarchen und wachsender Kriegsmüdigkeit zu zerbrechen droht. Putin wird dieses Land nicht direkt erobern wollen, sondern diese prekäre Situation durch eine raffinierte Abnutzungsstrategie zum eigenen Vorteil zu nutzen suchen. Durch verdeckte Aggression und geschickte Propaganda will er das Land wohlmöglich so weit destabilisieren, bis es ihm erschöpft in den Schoß fällt. Was

die Krise zu entschärfen, droht sie zum Stellvertreterkrieg der beiden Weltmächte zu eskalieren. Präsident Putin heizt die Krise mit Waffenhilfe, eigenen Truppen und einem ausgeklügelten Propaganda-Krieg weiter an. Kein Wunder, dass sich die Stimmen für Waffenhilfe an Kiew mehren: „Das Einzige, was Putin versteht, ist Hard Power“, so der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Leon Panetta. Sollte Präsident Obama diesem Druck nachgeben und Waffenlieferungen an Kiew zustimmen, dann würde die Propagandalüge Putins Wirklichkeit. Dann erst wird die Ukraine in die Lage versetzt, einen Stellvertreterkrieg für die USA und die NATO zu führen. Da ein gespaltenener, zögerlicher und kriegsscheuer Westen diesen Krieg gegen ein eskalationsfähiges Russland nicht gewinnen kann und deshalb nicht führen will, könnten die Falken in den USA die Krise durch Kriegsbereitschaft weiter eskalieren, indem sie Waffen liefern, mit eigenen Truppen – zunächst verdeckt – eingreifen, den Druck auf die NATO erhöhen oder schließlich sogar mit einem Atomschlag drohen.

Reicht angesichts dieser verfahrenen Situation „strategische Geduld“ aus, wenn auch die Effektivität von Wirtschaftssanktionen bezweifelt wird? Sanktionen wirken allenfalls langfristig. Aber sie zeigen Wirkung dort, wo Russland am schwächsten erscheint, nämlich in der Wirtschaft. Trotzdem bleibt unklar, ob die Rechnung des Westens aufgehen wird, weiterhin darauf zu setzen, dass ökonomischer Druck schließlich zu politischem Einlenken des Kreml führen wird. Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion gibt hierfür wenig Anlass zu Optimismus. Deshalb sollte der Westen andere Schritte bedenken, denn mehr Sanktionen und Waffenliefe-

Der WESTEN hat bisher eine Politik der Stärke gegenüber Russland gescheut.

als Protest auf dem Maidan begann und durch Putins Annexion der Krim eskalierte, könnte sich also zur gefährlichsten Konfrontation in Europa seit dem 2. Weltkrieg entwickeln.

Weil in Moskau, aber auch in Washington keiner bereit zu sein scheint,

rungen werden die Separatisten und Russland nicht zum Einlenken zwingen. Je mehr der Westen, je mehr die USA die Ukraine in den westlichen Einflussbereich einzubeziehen suchen, um so energischer und kompromissloser wird Putin mit seinen Helfershelfern zurückzuschlagen. Alle Beteiligten stehen in der Ukraine-Krise jetzt an einer historischen Weggabel: Bleibt ohne eine überzeugende westliche Politik der Stärke nur noch Entgegenkommen, um Putin und die Separatisten zum Einlenken zu bewegen?

Es wäre nun die beiderseitige **RATIONALE Auslotung und Diskussion verschiedenster Lösungsmodelle angebracht.**

Überlegungen zur De-Eskalation der Krise

Kein Zweifel, Verhandlungen tun not, aber nicht unter dem Druck der Öffentlichkeit, sondern geheim, wobei die Interessen aller kühl und ohne moralisierende Aufwallungen bedacht werden müssen. Idealtypisch gesehen könnten in diesen Verhandlungen folgende Entwicklungen ausgelotet werden:

- Die Ukraine wird als souveräner Staat in der altbekannten Form und den alten Grenzen unter Einschluss der Krim wieder hergestellt. Dieses Modell einer Ukraine ist vermutlich passé. Russland kann und wird die Krim nicht zurückgeben, so weit lassen sich die Uhren nicht mehr zurückdrehen. Unter diesen Zielsetzungen erscheinen Verhandlungen weitgehend sinnlos.
- Es erfolgt die Wiederherstellung der territorialen Integrität einer neutra-

len Ukraine, wobei die Krim bei Russland verbleibt. Dieses Modell wäre nur realisierbar, wenn Regierung und Parlament in Kiew auf eine NATO-Mitgliedschaft und auf eine einseitige Westorientierung und Assoziierung mit der EU verzichten und vielmehr eine neutrale Ukraine als Brücke zwischen West und Ost, also mit konstruktiven Beziehungen zu den einzelnen westlichen Demokratien und dem autoritären Russland, befürworten. Bei Verhandlungen mit dieser Zielsetzung müssten der Westen, die USA, aber auch Kiew von ihren bisherigen Positionen abrücken und nicht unbeträchtliche Zugeständnisse machen.

- Dies gilt auch für eine föderative Ukraine mit vergrößerter Autonomie für den Osten. Sie wäre unter neutralem Vorzeichen denkbar, nämlich wenn den russischen Minderheiten im Osten und Russland selbst mehr Einfluss zugebilligt würde.
- Liefert der Westen Waffen an Kiew und ermuntert die Ukraine, sich ausschließlich nach Westen auszurichten und werden die Beziehungen der NATO zu Kiew intensiviert, dann könnte das dritte Modell Wirklichkeit werden: Russland würde hart reagieren und die Teilung in eine westorientierte West-Ukraine und eine russlandorientierte Ost-Ukraine vortreiben. Die sog. „Volksrepublik Donezk“ würde dann vermutlich der Russischen Föderation beitreten. Diese Entwicklung ist derzeit nicht auszuschließen. Sie wäre für die Ukraine und die weitere europäische Ordnung fatal.
- Nicht auszuschließen ist auch, dass darüber hinaus Russland seine Unterstützung für die Separatisten auch

auf die West-Ukraine ausdehnt, um die gesamte Ukraine zu destabilisieren und sogar dem russischen Herrschaftsbereich einzuverleiben. In diesem Falle erscheint eine Eskalation zum Stellvertreterkrieg Russlands und der USA in der Ukraine fast unvermeidbar. Auch unter diesen Gesichtspunkten muss die westliche Diplomatie zu mehr Vorsicht und Kompromissfähigkeit angehalten werden. Dies gilt natürlich noch mehr für Russland und die Separatisten.

Im Kern geht es also derzeit um die Frage, ob die Ukraine Teil des Westens werden soll, oder ob sie als neutrale Brücke zwischen Ost- und Westeuropa von allen Seiten akzeptiert wird, so die ursprünglich russische Position, oder ob Putin jetzt die Teilung der Ukraine oder gar Destabilisierung der gesamten Ukraine durchsetzen wird. Bei einer weiteren Militarisierung der Hilfe nimmt der Westen eine Entwicklung in Kauf, die entweder kompromisslos auf Sieg setzt oder aber realiter einer Teilung und einer weiteren Destabilisierung der Ukraine – gewollt oder ungewollt – Vorschub leistet. Dagegen stemmt sich die Bundesregierung. Sie lehnt die Lieferung von Waffen an Kiew strikt ab. Die weltweiten Militärhilfen und Interventionen des Westens seit 1990 bestätigen diese Zweifel. Sie werden verstärkt, weil der Westen durch Aufrüstung und Intervention in der Ukraine erstmals auf einen hochgerüsteten Gegner treffen würde, der anders als in Somalia, dem Balkan, im Irak, in Afghanistan oder Libyen, kriegserfahren ist, Entschlossenheit ausstrahlt, geostrategisch im Vorteil ist und dazu eine Eskalationsdominanz bis zum Atomkrieg für sich in Anspruch nimmt.

Schon in Syrien musste der Westen einsehen, dass eine humanitäre Intervention zum Sturz Assads an Russlands Nibelungentreue scheitern musste. In der Ost-Ukraine stößt der Westen auf noch härteren Granit. Sie ist für Russlands geostrategische Interessen zentral. Waffenlieferungen der USA und der NATO an die Ukraine und vielleicht noch der Einsatz verdeckter westlicher Truppen wären für Russland unannehmbar. Es würde mit militärischen und anderen Gegenmaßnahmen unmissverständlich antworten und auf Grund des geostrategischen Vorteils den Westen in große Schwierigkeiten bringen. Die Illusion, man könne den Osten durch Krieg zurückerobern, würde sich bald in Luft auflösen.⁴ Präsident Putin steht vor der Wahl, entweder seine geostrategischen Gewinne durch eine

PUTIN setzt trotz wirtschaftlicher Schwäche derzeit noch mehr auf Konfrontation als auf Kooperation.

Annexion der Ost-Ukraine zu erweitern oder auf Druck des Westens eine neutrale Ukraine-Lösung zuzulassen. Noch glaubt er, durch Konfrontation mehr gewinnen zu können als durch Kooperation. Doch darf die machtpolitische Entschlossenheit Putins nicht mit Stärke verwechselt werden. Russland ist schwach. Seine Wirtschaftsstruktur ist marode, und das autoritäre System ist brüchig. Putin muss die Wirtschaft modernisieren und das geht nur mit Hilfe

von Außen. Die westlichen Sanktionen könnten Wirkung zeigen und ihn vielleicht zum Einlenken zwingen, auch wenn die Chancen hierfür nicht überschätzt werden dürfen. Doch für Putin hat die Ukraine eine höhere Priorität als für den Westen⁵ und Russland besitzt neben dem geostrategischen Vorteil vor allem eine entscheidende Fähigkeit, die dem Westen abgeht, nämlich die Eskalationsdominanz, die Fähigkeit, den Fortgang und Ausgang der Krise durch militärische Überlegenheit und Entschlossenheit zunächst weiter zu bestimmen⁶.

Bundeskanzlerin MERKEL agiert in der Ukraine-Krise überlegt, zurückhaltend und deeskalierend.

Deutschlands Rolle

Beim Konflikt in und um die Ukraine scheinen die Deutschen hin- und hergerissen. Einerseits schätzen sie den Wert der West-Integration für Sicherheit und Wohlfahrt, andererseits hat nach 1990 die Tradition von Deutschland als „Brücke zwischen Ost und West“ wie auch die tief verwurzelte Tradition deutsch-russischer Zusammenarbeit und „Seelenverwandtschaft“ wieder an Zugkraft gewonnen,⁷ wobei anti-amerikanische Affekte stärker geworden sind, die teilweise durch Amerikas ungeschickte Außenpolitik begünstigt werden. Die bewährten außenpolitischen Koordinaten aus der Zeit des Kalten Krieges haben sich verschoben. Die deutsche Politik

mit Blick auf Moskau und Kiew gleicht vor diesem Hintergrund einer schwierigen Gratwanderung. Es fehlen in Kiew die lupenreinen Demokraten als Partner. Das politische System der Ukraine ist korrupt und ineffizient. Eliten und Institutionen sind autoritär. Deshalb ist zu befürchten, dass westliche Hilfe nutzlos versickert.

Man ahnt auch die Distanz der Bundeskanzlerin gegenüber den USA und den Regierenden in Kiew mit Blick auf deren militärische Pläne. Doch ist die Bundeskanzlerin klug, gibt sich keine Blöße und beschwört deutsch-amerikanische Gemeinsamkeiten. Politische Differenzen behandelt sie ohne emotionale Distanz und ohne Antiamerikanismus, sondern als notwendige außenpolitische Emanzipation. Gerade in der Ukraine-Krise sucht sie zu beweisen, dass der Konflikt mit Russland um die Ukraine vor allem eine Angelegenheit der Europäer ist und dass er diplomatisch kooperativ gelöst werden muss anstatt dass er durch forcierten amerikanisch-russischen Gegensatz zum Stellvertreterkrieg der beiden Weltmächte eskaliert. Doch drängt sich Deutschland beim aktuellen Krisenmanagement nicht in den Vordergrund. Russland hat vitale Interessen in der Ukraine, Deutschland nicht.

Im Übrigen liegt die völkerrechtliche Verantwortung zur Beilegung der Krise bei den USA, Russland, Großbritannien und bei der Ukraine. Sie haben sich im Budapester Memorandum 1994 für die Einhaltung von Frieden und Stabilität einer souveränen Ukraine verbürgt. Dafür gab die Ukraine die sowjetischen Atomwaffen an Russland zurück, – ein schlechter Tausch, wie sich schon damals andeutete.⁸ Aber damalige Warnungen wurden missachtet. Hätte die

Ukraine auf einer minimalen nuklearen Abschreckungskapazität bestanden, hätte Russland vermutlich die Annexion der Krim oder die Intervention im Osten der Ukraine nicht gewagt.⁹ Auch das Engagement der Ukraine im NATO-Programm „Partnership for Freedom“ hat dem Land nicht mehr Sicherheit gebracht, ebenso wenig der russisch-ukrainische Freundschaftsvertrag von 1998. Deutschland war und ist bei dieser Ent-

Es ist ein FEHLER, wenn der Westen Putin weiter in die Enge treibt.

wicklung kaum involviert, nämlich nur im Rahmen der EU und auf Grund seiner besonderen Beziehungen zu Russland.

Merkels Abneigung vor außenpolitischen Schnellschüssen, ihre Neigung zu Umsicht und Vorsicht bewähren sich wie schon in der Euro- vorerst auch in der Ukraine-Krise. Sie sucht eine Eskalation zu verhindern, Putin in die Pflicht zu nehmen und den Westen auf eine gemeinsame und maßvolle Sanktionspolitik einzuschwören. Das ist nicht einfach angesichts der desolaten Verfassung des Westens. Europa ächzt unter der Euro-Krise, die Partner sind in Schlüsselfragen tief zerstritten und in Washington werden in der Ukraine-Krise alte konfrontative Reflexe gegenüber Moskau wiederbelebt.¹⁰ Die Sisyphus-Diplomatie Deutschlands bleibt also angesichts der imperialen Entschlossenheit von Wladimir Putin, der Zerstrittenheit des Westens und der Unkalkulierbarkeit der Ereignisse in der Ukraine mit großen Widrigkeiten konfrontiert. Berlin wird zu mehr Sanktionen gedrängt und wird dabei als engster Wirtschaftspartner Russlands erhebliche Kosten in Kauf

nehmen müssen. Deutschlands privilegierte Energiepolitik mit Moskau wird von manchen Partnern mit Misstrauen beobachtet. Interessenskollisionen sind für Deutschland somit vorprogrammiert. Einerseits gilt es, gemeinsam mit den westlichen Partnern Putin in die Schranken zu weisen, andererseits hat Deutschland ein vorrangiges Interesse an konstruktiven Beziehungen zu Russland.¹¹ Ob Deutschland in dieser Krise schließlich klug oder opportunistisch handelt, wird erst in Monaten oder Jahren sichtbar werden.

Fazit

Die Geschichte kennt genügend Beispiele dafür, dass Mächte, die zur Verteidigung ihrer geostrategischen Interessen zu großen Opfern bereit sind, schließlich obsiegen. Andererseits zeigt die Geschichte der Wirtschaftssanktionen, dass sie geschlossen und konsequent angewandt, verheerende Folgen nach sich ziehen können. „Soft Power“ gemessen an „Good Governance“ und zivilisatorische Attraktivität bleiben im post-modernen Selbstverständnis richtungsweisend. Aber ohne die Fähigkeit und Entschlossenheit, „Hard Power“ zur Stärkung der Diplomatie zu nutzen oder gar im Extremfall anzuwenden, bleibt Selbstbehauptung wie in der Ukraine-Krise illusorisch.¹² Falls die Krise gar zu einer Teilung der Ukraine führen sollte, wären weitere Konflikte im post-sowjetischen Raum, in Moldawien, Transnistrien, Adserbeischan, Nagorny-Karabach oder anderswo nicht auszuschließen, denn auch dort fehlt dem Westen gegenüber Russland die Eskalationsdominanz.¹³ Daraus resultiert das zentrale Dilemma der Erweiterung: „Die NATO kann sicherheitspolitische Partnerschaft mit Russland und die Si-

cherheit der Nachbarstaaten nicht zu gleich herstellen.“¹⁴

Personen machen Geschichte, im Guten wie im Schlechten. Doch dem autoritären Realismus in der Person von Wladimir Putin steht im Westen derzeit keine ebenbürtige Persönlichkeit gegenüber, die einen demokratisch fundierten Realismus in der Außenpolitik personifiziert, eine Lösung der

Eine souveräne NEUTRALE Ukraine scheint die einzig vernünftige und für alle akzeptable Lösung zu sein.

Krise sucht, die auch die Interessen Russlands berücksichtigt und couragiert eine Lösung im Rahmen einer neutralen Ukraine anstrebt. Nur so kann noch das Schlimmste verhindert werden. Russland darf nicht weiter in die Enge getrieben werden, sondern es müssen Anreize geschaffen werden, dass Russland und die Separatisten einlenken. Das wird nur möglich sein, wenn der Westen nicht mehr Kiew einseitig an sich binden und militärisch unterstützen will. Vor dem Hintergrund dieser bizarren und gefährlichen Konfrontation überrascht es nicht, dass sich in Europa und in den USA besonnene Stimmen mehren, die Washington dringend raten, von Waffenlieferungen an die Ukraine abzusehen. Dazu gehören der frühere Außenminister Henry Kissinger, der frühere Botschafter der USA in Moskau, Jack Matlock, verschiedene Russlandexperten und nicht zuletzt auch Stimmen in der Regierung Obama, die ausdrücklich davor warnen, Putin zu provozieren. Auch die mahnenden Stimmen von Michael Gorbatschow und

Lech Walesa warnen vor Waffenhilfe und erinnern an Fehler und Versäumnisse westlicher Russland-Politik.

All diese widersprüchlichen und gegenläufigen Trends innerhalb des Westens zeigen eines ganz deutlich: Sanktionen und Waffenlieferungen ergänzen sich nicht gegenseitig. Diese erhoffte transatlantische Arbeitsteilung funktioniert in der Ukraine-Krise nicht. Vielmehr würden Waffenlieferungen an Kiew nur den transatlantischen Graben vertiefen und die Konfrontation mit Russland beschleunigen. Eine auf Neutralität ausgerichtete Verhandlungslösung in der Ukraine-Krise tut deshalb not. Nur auf eine solche Lösung könnten sich alle einigen, nur eine souveräne neutrale Ukraine wäre lebensfähig und lebenswürdig. Außerdem braucht der Westen Russland als strategischen Partner in Europa, aber auch im Kampf gegen den Terrorismus der IS, als Partner im gesamten Krisenbogen des Nahen Ostens sowie zur Bekämpfung der neuen globalen Probleme.

„Erkenne die Lage und rechne mit deinen Defekten. Gehe von Deinen Beständen aus, nicht von deinen Parolen!“¹⁵ Dieser Ratschlag zur Lebensführung macht Sinn, wenn er politisch verstanden auch an die Adresse westlicher Politiker gerichtet wird. Zu viele haben sich in den vergangenen 25 Jahren zu oft an ihren demokratischen Parolen beerauscht und dadurch die politischen Bestände unserer freiheitlichen Ordnung gefährlich dezimiert. Putin ist nicht unser Problem, sondern das Problem besteht darin, dass westliche Politik durch ihre naive Selbstgefälligkeit Putin erst stark gemacht hat. Noch bleibt ein schmales Zeitfenster offen, um alle zur Vernunft zu bringen. ///



/// PROF. DR. CHRISTIAN HACKE
ist Professor em. für Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn, Hammoor bei Ahrensburg.

Anmerkungen

- ¹ In: Der Spiegel, Nr. 8/2015, S. 23 ff.
- ² Daalder, Ivo: Eine Frage der Glaubwürdigkeit, in: Der Spiegel, Nr. 8/2015, S. 52 ff.
- ³ Stelzenmüller, Constanze: Krieg in unserer Zeit?, in: Internationale Politik Nr. 2, März / April 2015, S. 44 ff.
- ⁴ Ebd.
- ⁵ Mackow, Jerzy: Russlands Beziehungen zu seinen „slawischen Brüdern“ Ukraine und Belarus, in: APuZ B 16-17, 14.4.2003, S. 31 ff.
- ⁶ „Die derzeitige westliche Politik, die sich auf ökonomische Sanktionen beschränkt, verschlimmert diese Situation noch, denn sie erzeugt auf russischer Seite Sachzwänge zu raschem Handeln. Besser wäre eine Politik, die auf Eskalationsdominanz zielt.“, Krause, Joachim: Droht der „Große Krieg“?, in: FAZ, 4.9.2014, S. 8.
- ⁷ Fücks, Ralf: Seelenverwandte Gegner, in: Süddeutsche Zeitung, 1.5.2014, S. 3.
- ⁸ „Strategische Nuklearwaffen, wie fragwürdig ihr militärischer Wert sei, sie verleihen der Ukraine Verhandlungsgewicht: Nach Osten versprechen sie eine letzte Rückversicherung und dem armen Land den Aufstieg vom Bittsteller zum Verhandlungspartner.“, Stürmer, Michael: Die Geschichte kehrt zurück. Die Notwendigkeit westlicher Mitgestaltung am Beispiel der Ukraine, in: FAZ, 29.6.1993, S. 14.
- ⁹ Zum Abkommen von 1994 und den fatalen Folgen für die Unsicherheit der Ukraine siehe Mearsheimer, John: The Case for a Ukrainian Nuclear Deterrent, in: Foreign Affairs, Vol. 72, Nr. 3, Summer 1993, S. 50 ff: „A security guarantee from the West is theoretically possible but not a practical strategy for maintaining Ukrainian sovereignty. Ukrainian nuclear weapons are the only reliable deterrent to Russian aggression.“
- ¹⁰ Helmut Schmidt diagnostiziert eine Krise der EU und wittert Größenwahn der EU, weil sie die Ukraine angliedern möchte: „Wir haben dort nichts zu suchen.“ Schmidt, Helmut in: Spiegel-Online, 16.5.2014.
- ¹¹ Wipperfürth, Christian: Russland, die Ukraine und der Westen: Alle gehen leer aus, in: DGAP Kompakt, März 2014.
- ¹² Hacke, Christian: Revival der „Hard Power“ – Russlands Politik fordert den Westen heraus, in: Politische Meinung Nr. 526, Mai / Juni 2014, S. 106 ff.
- ¹³ „Die Verbindung von Diplomatie und Militäreinsatz ist nur da am Platz, wo Macht und Wille zur Durchsetzung erkennbar bestehen: Die zitternde Trompete verstärkt, wie die Erfahrung zeigt, die Krise, die sie zu beherrschen strebt.“, Stürmer, Michael: Clausewitz und die Verantwortung der Politik, in: FAZ, 1.10.1993, S. 1.
- ¹⁴ Hacke, Christian: Die Haltung der Bundesrepublik zur NATO-Osterweiterung, in: Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO, hrsg. von August Pradetto, Opladen 1997, S. 248.
- ¹⁵ Benn, Gottfried: Briefe an F. W. Oelze 1932-1945, Wiesbaden 1977, S. 150.

/// Revisionismus und defensiver Imperialismus als Analysekategorie

RUSSLANDS (NEUE) AUßENPOLITIK IM POSTSOWJETISCHEN RAUM

JOHANNES VARWICK / ROBIN SKÖRIES /// Für die Entwicklung einer zur Deeskalation bzw. Eindämmung der Krise geeigneten westlichen Strategie ist die angemessene Bewertung der Ursachen und Ziele des Konfrontationskurses Russlands essenziell. Es spricht alles dafür, dass es sich nicht um eine reaktive, vom Westen provozierte neue Außenpolitik der Russischen Föderation handelt. Vielmehr sind endogene Erklärungsansätze – Revisionismus und defensiver Imperialismus – tragfähigere Analyseansätze.

Auch wenn Außenpolitik immer bedeutet, mit den Augen der anderen zu sehen, soll in diesem Beitrag nicht das oftmals auch von Neorealisten vorgebrachte Verständnis für vermeintliche Einkreisungsängste durch eine Ausdehnung des Westens unter der Führung der USA in dem Sinne, als dass ein „Dreierpakt des Westens aus NATO und EU-Erweiterung sowie Demokratieförderung Nahrung für ein Feuer gewesen sei, das nur noch entzündet werden musste“, wiederholt werden.¹ Natürlich haben die Realisten – wie stets – einen guten Punkt, und Russland hat frühzeitig klar gemacht, dass es die westliche Politik als massive Verletzung seiner Interessen versteht. Und ebenso natürlich muss der Westen selbstkritisch sein und prüfen, ob er von falschen Voraussetzungen bei seiner Strategie seit 1990 ausgegangen ist. Die folgende Ar-

gumentation nimmt jedoch einen anderen Fokus ein, ohne zu beanspruchen, damit das ganze Bild zu zeichnen.

Zum Jahrestag der Annexion der Krim im März 2015 verkündete der russische Präsident auf dem Roten Platz in Moskau, der historische Fehler der Sowjetunion sei nun korrigiert. Von russischen Medien wird dies als „Heimholung“ und als „Wiedervereinigung“ glorifiziert. Tatsächlich dürfte Putin aber auch mit Blick auf russische Interessen einen historischen Fehler begangen haben. Denn spätestens mit der Annexion der Krim und dem Entfachen des Krieges in der Ost-Ukraine hat sich Russland offen als revisionistische Macht positioniert. Gleichzeitig nimmt Moskau eine dauerhafte Isolierung im Westen und eine massive Verschlechterung seiner ökonomischen und letztlich auch geopolitischen Lage offen in Kauf. Woher

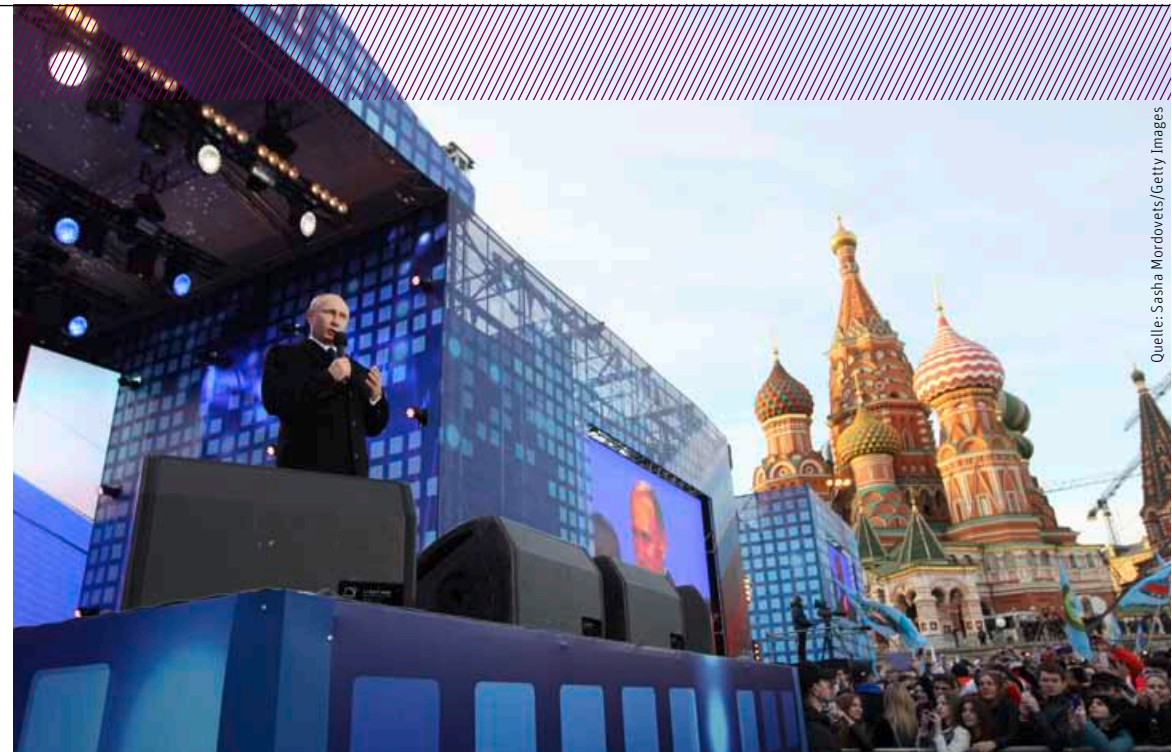
rührt diese Entschlossenheit Moskaus? War die Angliederung der ukrainischen Schwarzmeer-Halbinsel und das risikoreiche Ausüben der Eskalationsdominanz in der Ost-Ukraine womöglich nur der erste Schachzug einer neuen außenpolitischen Strategie, die auf den Versuch einer grundlegenden Neuordnung des postsowjetischen Raumes abzielt? Oder soll der aktuelle Kurs vielmehr in erster Linie innenpolitische Probleme kompensieren?

Russland hat sich mit der Krim-Annexion als REVISIONISTISCHE Macht positioniert.

Linderung des russischen Phantomschmerzes

Fast 25 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion fällt es großen Teilen der politi-

schen Elite Russlands, aber auch Teilen der Bevölkerung immer noch schwer, die mehrfach vertraglich fixierte staatliche Souveränität der Nachfolgestaaten der Sowjetunion anzuerkennen – exklusive der eigenen. Entsprechend zielt die Außenpolitik der Russischen Föderation im postsowjetischen Raum auf eine Reintegration möglichst vieler der ehemaligen sozialistischen Bruderstaaten in einen neuen Wirtschafts- und Militärblock ab, um den chronischen Phantomschmerz zu lindern. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn dies auf „soft power“ und Anziehungskraft bestünde. Dies ist aber, wie noch zu zeigen sein wird, nicht der Fall. In diesem Zusammenhang sind (Re-)Integrationsprojekte wie die aus zeitweise bis zu 12 Staaten bestehende, inzwischen bedeutungslose Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), die Organisation des Vertrags



Putin auf der großen Konzertbühne: Zum Jahrestag der Krim-Annexion im März 2015 begeistert der russische Präsident die Massen in Moskau.

Quelle: Sasha Mordovets/Getty Images

über kollektive Sicherheit (OVKS, bestehend aus Armenien, Kazachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan und Weißrussland) und die Anfang 2015 gegründete Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU, bestehend aus Armenien, Russland, Kazachstan, Kirgistan und Weißrussland) zu sehen. Zweck und Ziel dieser Integrationsprojekte war und ist vor allen Dingen die Abwehr westlicher Einflüsse und die Sicherung der russischen Vormachtstellung im postsowjetischen Raum, der als „nahes Ausland“ verstanden wird (wenngleich der Begriff mittlerweile nicht mehr zum offiziellen Vokabular gehört).²

Mit der Gründung von Wirtschaftsgemeinschaften wollte Moskau die ehemaligen sozialistischen Bruderstaaten an sich BINDEN.

In der Vergangenheit unterstrich die russische Führung mehrfach, dass für das „nahe Ausland“ andere Spielregeln gelten als im restlichen Ausland. Beispielsweise erklärte Dmitri Medwedew 2008 nach der Militärintervention Russlands in Georgien, Russland habe im postsowjetischen Raum „privilegierte Interessen“.³ Die Ukraine nimmt allerdings – neben Weißrussland – hinsichtlich russischer (Re-)Integrationsbemühungen eine Sonderstellung ein. Zum einen sind die Ukraine und Russland kulturell eng miteinander verflochten. Kiew gilt als Geburtsstätte der modernen russischen Nation, und die Ost-

Ukraine und die Krim beherbergten – zumindest vor Beginn der Kampfhandlungen – einen Großteil der russischen Diaspora. Bereits 1990 appellierte etwa der russische Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn an die Ukrainer (und an die Weißrussen): „Brüder! – diese harte Trennung ist nicht nötig“.⁴ Dieser Ausruf steht stellvertretend für die Probleme vieler Russen, den ukrainischen Unabhängigkeitsanspruch zu akzeptieren. Hinzu kommt eine starke ökonomische Abhängigkeit von Russland, welche sich aus dem strukturellen Erbe der sowjetischen Planwirtschaft erklärt, wobei Russland beispielsweise im Luft- und Raumfahrtsektor auch von der Ukraine abhängig ist. Wesentlich bedeutender sind für den Kreml allerdings geostrategische Aspekte. Die Ukraine gilt neben Weißrussland nicht nur als Russlands Tor zu Europa, sondern wird auch als „äußerst wichtiges Aufmarschgebiet [betrachtet], von dem sowohl die Machtverteilung in Europa als auch die elementare Sicherheit Russlands abhängen“.⁵ Aufgrund der genannten Faktoren – die durch die Größe der Bevölkerung in ihrer Bedeutung verstärkt werden – kann die Ukraine gewissermaßen als Brennpunkt der russischen (Re-)Integrationsbemühungen bezeichnet werden.

Integration wider Willen

Ein fehlender Integrationswille seitens der Staaten des „nahen Auslands“ wurde bei der Formulierung der außenpolitischen Ziele Russlands zu Beginn der 1990er-Jahre offensichtlich nicht einkalkuliert, spätestens nach den ersten NATO- und EU-Erweiterungsrunden ab 1999 bzw. 2004 aber deutlich bewusst. Fortan wurde aus Ärger und Enttäuschung die Mär eines aufdringli-

chen Westens in die Welt getragen, der sich nicht an Absprachen halte und dessen heimliches Ziel es sei, legitimen russischen Einfluss zurückzudrängen. Letztlich dienen entsprechende Narrative aber nur einer Verschleierung der fehlenden Attraktivität postsowjetischer Integrationsprojekte sowie der mangelnden Attraktivität des russischen Gesellschaftsmodells und sind Ausdruck einer akuten Angst vor einer Marginalisierung der Russischen Föderation.

Diese Angst, die auch in einer Fehlinterpretation der Beziehungen ehemaliger Sowjetrepubliken zu Russland und Europäischer Union bzw. NATO als Nullsummenspiel wurzelt, diente radikalen Denkern als Nährboden für revisionistischen Größenwahn. Nach dem revisionistischen Credo ist Russland dazu verdammt, ein Imperium zu sein – nicht daran festzuhalten wäre gleichbedeutend mit nationalem Selbstmord. Während die Radikalsten eine Restauration der russischen Dominanz über das gesamte Territorium der ehemaligen Sowjetunion bzw. des Russischen Kaiserreichs fordern, beschränkt sich ein gemäßigerer Strang auf die Idee eines „Russland Plus“. Letzterer Ansatz fordert die Einverleibung – sprich Annexion – von Teilgebieten postsowjetischer Anrainerstaaten, deren Population sich größtenteils aus ethnischen Russen zusammensetzt. Existieren bereits separatistische Gruppierungen, streben diese nach einer Angliederung an die Russische Föderation. Der russische Außenpolitikexperte Dmitri Trenin behandelte diesen „Russland-Plus“-Ansatz bereits 2001 und nannte die Krim, Nordkasachstan, Abchasien, Südossetien sowie Transnistrien als mögliche Annexionskandidaten.⁶

Die „Russland-Plus“-Theorie fordert die EINVERLEIBUNG von Teilgebieten postsowjetischer Anrainerstaaten.

Trotz wiederholtem Druck auf ehemalige Sowjetrepubliken, die sich gegen eine erneute Ost-Integration aussprachen und den Blick gen Westen wandten, und ausgenommen ernstzunehmender Krisen wie dem Krieg in Georgien, schien sich die russische Außenpolitik bis zur Annexion der Krim allerdings weitgehend an „westfälischen Prinzipien“ (Akzeptanz des territorialen Status quo, Beachtung staatlicher Souveränität) zu orientieren. In den Worten Fyodor Lukyanovs, Chefredakteur des Magazins „Russia in Global Affairs“: „Ein konstruktives Verhältnis zum Westen galt als Wert an sich und als unentbehrlich für Russlands Entwicklung und seine Sicherheit, für Russlands Zukunft allgemein.“⁷ Womöglich war sich die russische Führung in dieser Phase auch über die Risiken revisionistischer Hybris bewusst, die Trenin in seiner Analyse treffend skizzierte: „Revisionism’s irrational response to a very real challenge carries the danger of trying to reach the impossible at the cost of suffering an even more crushing defeat.“⁸

Zuckerbrot und Peitsche

Diese nicht-revisionistische Sichtweise verlor allerdings offenkundig im Kreml an Einfluss. Die mangelnde Attraktivität russischer Integrationsprojekte versucht Moskau seit geraumer Zeit mit einer Politik aus Zuckerbrot und Peitsche

zu kompensieren. Als Zuckerbrot dienen wirtschaftliche Vergünstigungen, als Peitsche „hard power“ – von Wirtschaftssanktionen (z. B. Anhebung des Gaspreises oder Importverbote) bis hin zur Androhung und als ultima ratio auch Anwendung militärischer Gewalt. Hierzu zementierte Wladimir Putin das russische Selbstverständnis, Sachverwalter der postsowjetischen Staatenwelt zu sein, indem er beansprucht, Patron aller ethnischen Russen – weltweit – zu sein und bereits mehrfach betonte, zu deren Schutz in letzter Instanz auch Russlands Streitkräfte einzusetzen. Darüber hinaus unterstützt der Kreml im „nahen Ausland“ seit Jahren prorussische Aktivisten, die sich leicht über russische Medien manipulieren und instrumentalisieren lassen. Insbesondere die prorussischen Separatisten in der Ukraine sind Anfang 2014 nicht einfach vom Himmel gefallen.

Bereits im Juli 2009 mahnten 22 mittel- und osteuropäische Staatsmänner und Intellektuelle, Russland sei eine revisionistische Macht, die im 21. Jahrhundert eine Politik mit den Methoden des 19. Jahrhunderts betreibe.⁹ Seit der russischen Intervention in der Ukraine, die die unmittelbare Folge einer gescheiterten Nachbarschaftspolitik à la Zuckerbrot und Peitsche bei der Planung der EAWU ist, scheint sich diese Befürchtung bewahrheitet zu haben. Die militärische Aggression wirkt gleichermaßen wie ein Eingeständnis des Kremels, dass die bis dahin praktizierte Integrationspolitik nicht länger tragfähig ist. Die Unterstützung separatistischer Gruppierungen mutet vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise zugleich wie ein geschickt platzierter Trumpf an, der bei günstiger Gelegenheit die Übernahme eines lange begeh-

Die Intervention in der Ost-Ukraine ist das Eingeständnis Russlands, dass es mit seiner Integrationspolitik GESCHEITERT ist.

ten Territoriums gestattet. Dass dieser Joker offenbar auch in anderen postsowjetischen Staaten zur Verfügung steht, wirft die Frage auf, ob die Ukraine aufgrund der zuvor ausgeführten symbolischen und strategischen Bedeutung nur einen Einzelfall oder einen Präzedenzfall revisionistischer Nachbarschaftspolitik darstellt. Ferner rücken die jüngsten Ereignisse auch den Kaukasuskrieg sowie den Transnistrienkonflikt vor dem Hintergrund der zuvor kurz angerissenen „Russland Plus“-Theorie in ein anderes Licht und befeuern die Befürchtung, Wladimir Putin könne bestrebt sein, sein persönliches Trauma – den Zerfall der Sowjetunion –, von dem er im Jahr 2005 als größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gesprochen hat, durch die Einverleibung postsowjetischer Territoriums (im kleinen Stil) gewissermaßen zu heilen.

Defensiver Imperialismus?

Letztendlich wirft die unverhältnismäßig hohe Opferbereitschaft Russlands – im materiellen und politischen Sinn –, die auf den ersten Blick jeder rationalen Kosten-Nutzen-Rechnung widerspricht, schwierigste Fragen auf. Zudem ist erklärungsbedürftig, warum bislang nur die Krim an die Russische Föderation angegliedert wurde, Südossetien, Ab-

chasien sowie Transnistrien aber nicht. Dies ließe sich mit der Bildung eines Sicherheitsgürtels, der Russland und treue Vasallen vor einer westlichen Einkreisung schützen solle, begründen. Geht es nur um die Rückeroberung verlorenen Territoriums und / oder die Sicherung des internationalen Großmachtstatus oder womöglich doch um weit mehr?

Diese Entwicklung ließe sich dann auch wie folgt interpretieren: Die regierungskritischen Proteste in Folge der umstrittenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011/2012 dürften der politischen Führung vor Augen geführt haben, dass die eigene Legitimation und damit der Machterhalt bröckeln.¹⁰ Neben einer – perzipierten bzw. instrumentalisierten – außenpolitischen Marginalisierung durch den Westen mussten die Machteliten im Kreml fortan auch eine innenpolitische Marginalisierung durch das eigene Volk fürchten. Diese Angst wurde durch die Umbrüche in der arabischen Welt noch weiter verstärkt. Spätestens ab diesem Zeitpunkt zeichnete sich eine grundlegende Veränderung des politischen Meinungsklimas innerhalb Russlands – von einer „liberalen-Aufbruchsstimmung“ hin zu einem „patriotisch-chauvinistischen Diskurs“¹¹ – ab. Carsten Voigt formuliert das in bemerkenswerter Klarheit: „Die Gründe für die außenpolitische Neuorientierung Russlands liegen in der Innenpolitik: Präsident Putin betrachtet den Zerfall der Sowjetunion und das Ende des Sowjet-Kommunismus nicht als historische Chance für den Aufbau eines modernen und demokratischen Russland [und] will international nicht als das Land anerkannt werden, das es heute ist, sondern als das, was es einmal war: als Imperium. Das Streben nach Erhalt und Wiedergewinnung von Ein-

flusszonen wird von den meisten Nachbarn als russischer Revisionismus wahrgenommen.“¹²

Offenkundig zimmerte sich Putin eine eigene „Dolchstoßlegende“ zusammen, die in etwa aussagt, die Sowjetunion sei im Felde unbesiegt und nach Ende des Ost-West-Konflikts vom Westen unentwegt ins Abseits gedrängt worden. Nach der Krim-Annexion verkündete der Kremlchef: „Russland befand sich in einer Lage, in der es nicht weiter zurückweichen konnte.“¹³ In gewisser Weise mag diese Aussage durchaus der von Putin wahrgenommenen Realität entsprechen. Die Absetzung Wiktor Janukowytschs in der Ukraine stellte das eigene, zunehmend autoritäre Regime offen in Frage. Wobei sich Putin durch die Erpressung Janukowytschs, das EU-Assoziierungsabkommen nicht zu unterzeichnen, selbst in diese prekäre Lage gebracht hat. Daraufhin schuf sich der Kreml „in der Ukraine eine Phantasiewelt, in der er nahezu beliebig Interventionsgründe mobilisieren und zugleich jeglichen Dissens im eigenen Land als Kollaboration mit dem Feind diskreditieren konnte. In diese Rubrik gehören auch die bis heute bemühten Vorwürfe an die westliche Adresse, in Kiew einen ‚Putsch‘ initiiert und sich dabei ‚faschistischer‘ Hilfstruppen bedient zu haben“¹⁴.

Somit wurde die bröckelnde Säule des russischen Gesellschaftsmodells durch eine neue Legitimationsquelle im Sinne eines Schutzes vor negativen politischen und gesellschaftlichen Einflüssen aus dem Westen ersetzt. Gleichzeitig wurde die russische Bevölkerung durch eine Propagandakampagne, die derzeit ihresgleichen sucht, für den Kurswechsel des Kremels empfänglich gemacht. Dabei hat sich Putin durch die Annexion

der Krim und die Unterstützung der Separatisten in der Ost-Ukraine in einen „diskursiven Käfig“ – oder salopp gesagt einen Teufelskreis – manövriert, aus dem er nur noch schwer herausfinden kann.¹⁵ Denn ein Abrücken von der bisherigen Position würde einem Verrat an der eigenen Mission und somit einem politischen Selbstmord gleichkommen.

Russland ist ein FRAGILES Gebilde, das innenpolitisch geschwächt ist und deshalb außenpolitische Erfolge vorweisen muss.

Gleichzeitig hat sich Putin in der Ost-Ukraine und mit der Krim ein Subventionsgrab geschaffen und isoliert sich zunehmend außenpolitisch wie wirtschaftlich, indem er die europäische Friedensordnung durch eine revisionistische Politik zur Disposition stellt und auch Gegenmaßnahmen von NATO und EU provoziert. Die Ukraine-Krise hat also offenbart, dass die Russische Föderation keineswegs die starke Imperialmacht ist, als die „Revisionisten“ Russland gerne sähen. Vielmehr ist der territorial größte Staat der Welt ein fragiles Gebilde, das durch inneren Aufruhr massiv gefährdet ist. Die Praxis regionaler Interventionen bzw. Machtdemonstrationen zur Generierung innerer Stabilität kann mit Mathew Luxmoore als „defensiver Imperialismus“¹⁶ bezeichnet werden. Die weit verbreitete Aussage, Putin habe in der Ukraine nichts zu verlieren, ist mithin fraglich.

Womöglich geht es ihm um die nackte Existenz des gegenwärtigen politischen Systems Russlands.

Wege aus der Krise

Bislang scheint die Strategie Putins aufgegangen zu sein. Die Umfragewerte des Kremlchefs und seiner Partei „Einiges Russland“ sind seit der Krim-Annexion und dem andauernden Krieg in der Ost-Ukraine auf einem Höhenflug. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive lässt sich dieses Phänomen mit dem „Rally Round The Flag“-Effekt deuten. Demnach steigt die Unterstützung für eine amtierende Regierung in Krisensituationen (egal ob inszeniert oder echt) signifikant, flaut aber auch genauso schnell wieder ab. Allerdings sollte keinesfalls erwartet werden, dass sich das Problem von selbst löst. Wann und ob die Unterstützung der russischen Bevölkerung für die derzeitige Politik des Kremls versiegt und zu einem erneuten Kurswechsel zwingt, hängt letztlich vom Einfallsreichtum der russischen Propaganda ab – und von den Kosten der russischen Politik.

Die westliche Staatengemeinschaft muss Moskau entschlossen und konstruktiv ENTGEGENTRETEN.

Unabhängig davon ist die westliche Staatengemeinschaft gefordert, der aggressiven außenpolitischen Linie Moskaus entschlossen-konstruktiv entgegenzutreten. Mit der Ukraine, Moldau und Georgien sind drei Staaten im russischen Einflussbereich mehrheitlich gewillt, sich nach Westen zu orientieren. Russland hat wesentlich dazu beigetragen, dass in allen drei Ländern territori-

ale Konflikte bestehen, die im Ergebnis einstweilen den Weg nach Westen verbauen. Ein andauernder westlich-russischer Antagonismus in dieser Region ist damit sehr wahrscheinlich.¹⁷ In der Ukraine und im GUS-Raum – kein Staat davon ist NATO-Mitglied und kann vom Beistandsversprechen der Allianz profitieren – kann dies aber nur auf diplomatischem Weg und nicht mit militärischen Mitteln erfolgen. Der Westen dürfte aber, bleibt sein Modell attraktiv, längerfristig die wirksameren Instrumente haben. Denn die Ideologie der russischen Führung wirkt nur dort, wo Russland blanke Macht à la 19. Jahrhundert ausübt, und nicht etwa, weil sein Gesellschaftsmodell attraktiv wäre.

Gleichzeitig gilt es abzusichern, dass der Ukraine-Konflikt nicht als Präzedenzfall russischer Nachbarschaftspolitik in die Geschichte eingeht. Dies ist allerdings leichter gesagt als getan, denn niemand kann heute den Grad der Entschlossenheit Russlands sicher einschätzen. Sichtbar geworden ist aber auch, dass Russland sich nicht nur mit Blick auf den Westen, sondern auch international und regional isoliert hat. Eine vermeintliche Annäherung an China – das die russische Politik zwar nicht offen kritisiert und die russische Isolierung geschickt für seine eigenen Interessen zu nutzen vermag, aber sehr wohl die Nebenwirkungen der russischen Strategie erkennt – ist unwahrscheinlich. Regional zeigen selbst Staaten wie Weißrussland oder Usbekistan inzwischen deutliche Vorbehalte gegen die russische Strategie.

Hinsichtlich einer allenfalls auf längere Sicht erreichbaren Wiederaufrichtung der gesamteuropäischen Friedensordnung, die den postsowjetischen Raum einschließt, ist selbstverständlich auf der Basis eines fairen Interessensaus-

Russland hat sich mit seiner aggressiven Außenpolitik regional und international ISOLIERT.

gleichs mit Russland zu sprechen – allerdings ohne sich auf Putin zu beschränken. Anstatt ein zunehmend autoritäres Regime „durch an Selbstaufgabe grenzende Kooperationsangebote noch weiter zu legitimieren und das eigene Wertesystem zu untergraben“¹⁸, sollte man sich stattdessen auf den Zeitpunkt vorbereiten, an dem es „nicht zuletzt aufgrund einer fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik zu einer Destabilisierung Russlands kommt“¹⁹. Diese kann sich im Ergebnis natürlich in mehrere Richtungen vollziehen: von einer Rückkehr zu den Prinzipien von Helsinki nach einer innenpolitischen Kurskorrektur (best case) bis hin zu einer nochmals aggressiveren Außenpolitik (worst case) ist vieles denkbar.

Im Ergebnis ist also nüchtern festzuhalten:

- Das Vertrauen zwischen Russland und dem Westen ist auf absehbare Zeit zerstört.
- Die Perzeptionen, Werte und Interessen sind zu unterschiedlich, als dass auf kurze oder mittlere Sicht mehr als die Verwaltung eines fragilen Status quo erreichbar wäre.
- Alle politischen Angebote an Russland verpuffen derzeit wirkungslos, weil Moskau nicht mehr vollständig in rationalen Kategorien denkt und massiv gegen die eigenen Interessen agiert,

Unberechenbarkeit ist bewusste russische Strategie.

- Auf mittlere (5-10 Jahre) und längere Sicht (10-15 Jahre) wird gleichwohl eher russische Schwäche als russische Stärke zum Problem, die Übergangsphase bis zu einem Umdenken in Moskau bleibt aber besonders gefährlich und muss in einer Mischung aus Härte und Dialogbereitschaft gestaltet werden.
- Für die Zeit danach müssen Pläne für eine engere Vernetzung zwischen Russland und dem Westen inklusive der Wiederherstellung der Prinzipien der Helsinki erarbeitet werden.

Der Westen muss STÄRKE zeigen, um Moskau zu einer Kursänderungsbewegung zu können.

Ein Europa von Wladiwostok bis Lissabon ist derzeit eine substanzlose Vision. Der gesamte postsowjetische Raum ist von großer Unsicherheit gekennzeichnet. Russischer Revisionismus und defensiver Imperialismus machen auch Gesamteuropa wieder zu einem Raum der Instabilität. Ohne eine Änderung der russischen Politik wird sich daran nichts ändern. Der Westen wird diese Kursänderung nicht mit stillschweigender Akzeptanz eines russischen Hegemonialanspruchs im postsowjetischen Raum, sondern nur durch fairen Interessensausgleich auf der Basis eigener Stärke (soft und hard power) erreichen. ///



/// PROF. DR. JOHANNES VARWICK
ist Lehrstuhlinhaber für internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.



/// ROBIN SKÖRIES
ist Mitarbeiter am Lehrstuhl für internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Anmerkungen

¹ So stellvertretend für die realistische Schule: Mearsheimer, John: Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin, in: Foreign Affairs 5/2014, S. 77-89. Siehe auch den Beitrag von Christian Hacke in diesem Heft.

² Donaldson, Robert H. / Noguee, Joseph L. / Nadkarni, Vidya: The Foreign Policy of Russia: Changing Systems, Enduring Interests, New York 2014, S. 158 ff.

³ So Dmitri Medwedew als Präsident der Russischen Föderation am 31.8.2008 in einem Interview mit dem Fernsehsender „Channel One Russia“ in Sochi. Englische Fassung unter: http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2008/08/31/1850_type82912_type82916_206003.shtml, Stand: 2.4.2015.

⁴ Solschenizyn, Alexander: Kak nam obustroit' Rossiju (Wie sollen wir Russland umgestalten?), Leningrad 1990, S. 12.

⁵ Lukyanov, Fyodor: Perestrojka 2014. Russlands neue Außenpolitik, in: Osteuropa 5-6/2014,

S. 143-148, S. 144.

⁶ Trenin, Dmitri: The End of Eurasia. Russia on the Border Between Geopolitics and Globalization, Washington 2001, S. 313 ff.

⁷ Lukyanov: Perestrojka 2014, S. 144.

⁸ Trenin: The End of Eurasia, S. 314.

⁹ Offener Brief an die Obama-Regierung, veröffentlicht am 16.7.2009 in der polnischen Zeitung „Gazeta Wyborcza“. Englische Fassung unter: <http://www.usubc.org/AUR/aur938.php#a12>, Stand: 2.4.2015.

¹⁰ Zu Manipulationsvorwürfen im Umfeld der Parlamentswahl 2011 und anschließenden Protesten siehe Schröder, Hans-Henning: Analyse: Kündigung die Bürger den Gesellschaftsvertrag?, <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/60599/analyse-kuendigung-des-gesellschaftsvertrags>, Stand: 4.4.2015.

¹¹ Dembinski, Matthias / Schmidt, Hans-Joachim / Spanger, Hans-Joachim: Einhegung: Die Ukraine, Russland und die europäische Sicherheitsordnung, HSFK-Report Nr. 3/2014, Frankfurt / M., S. 3.

¹² Voigt, Carsten: Leitgedanken zur Russlandpolitik, <http://www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/leitgedanken-zur-russlandpolitik-854/>, Stand: 2.4.2015.

¹³ So Wladimir Putin als Präsident der Russischen Föderation während einer Rede am 18.3.2014 in Moskau. Englische Fassung unter: <http://eng.kremlin.ru/news/6889>, Stand: 2.4.2015.

¹⁴ Dembinski u. a.: Einhegung, S. 1 f.

¹⁵ Fischer, Sabine: Eskalation in der Ukraine-Krise. Gegensätzliche Interpretationen erschweren internationale Diplomatie, SWP-Aktuell2014 / A 13, März 2014, S. 3.

¹⁶ Luxmoore, Matthew: Defensive Imperialism: The Evolution of Russia's Regional Foreign Policy, in: International Journal on World Peace 2/2014, S. 73 ff.

¹⁷ So auch Nünlist, Christian / Thränert, Oliver: Putins Russland und Europäische Sicherheit, CSS-Analysen April 2015, S. 2.

¹⁸ Meister, Stefan: Lehren aus der Krise. Die Ukraine, Russland und die EU, in: Osteuropa 5-6/2014, S. 323-331, S. 331.

¹⁹ Meister, Stefan: Politik der Illusionen. Ein Ausgleich auf Grundlage der EU-EWU Partnerschaft ist irrig, in: Internationale Politik 2/2015, S. 76-81, S. 80.

/// Gegen die Verbrechen wider die Menschlichkeit

MARE NOSTRUM – DAS „VERSPRECHEN DER MENSCHLICHKEIT“

HANS-HERBERT HOLZAMER /// Die italienische und maltesische Marine retten mit Unterstützung von einigen Handelsschiffen jeden Tag ungezählte Menschen aus dem kalten Wasser des Mittelmeeres, und jeden Tag werden es mehr und jeden Tag werden die Schleuser dreister und gewalttätiger. Und jeden Tag wird die Liste der Toten länger. Was will man da noch diskutieren? Die Hanns-Seidel-Stiftung wollte genau das im Rahmen der Reihe „Visionen für Europa“. Aber warum kann man sich nicht einfach seinem Zorn überlassen und nur noch schreien? Weil wir die Guten sind, von Ethik geleitet, und weil die anderen uns brauchen? Ja, deswegen. Und die Ethik hat auch einen Namen: Es ist das „Versprechen der Menschlichkeit“, das wir gaben, nachdem die Verbrechen gegen die Menschlichkeit uns in die Tiefe gerissen hatten.

An dem Tag, an dem im großen Konferenzsaal der Hanns-Seidel-Stiftung im Rahmen der Reihe „Visionen für Europa“ als fünftes Thema über „Mare Nostrum – wie tief ist die Moral?“ diskutiert wird, werden an Bayerns Grenzen gerade wieder Kosovaren, die in Massen ihr Land verlassen haben, aufgegriffen oder schon in den Aufnahmelagern registriert. Die italienische und maltesische Marine retten derweil ungezählte Menschen aus dem Mittelmeer und jeden Tag werden es mehr und jeden Tag werden die Schleuser dreister. Mit vorgehaltenen Maschinengewehren haben sie unlängst erst ihre leeren Boote in Sicherheit gebracht; für die nächste Fahrt mit menschlicher Fracht.

Die Kosovaren fühlen sich, das ist leicht zu verstehen, da Freunde und Politiker von den paradiesischen Zuständen in Deutschland schwärmen, als Opfer der Armut. Es gäbe sogar ein Begrüßungsgeld in Bayern, heißt es in den

Die Zahl der **WIRTSCHAFTS-FLÜCHTLINGE** nach Europa nimmt zu.

Straßen von Priština, der Hauptstadt des Kosovo. Die Flüchtlinge, die vor Lampedusa oder Malta aus dem Wasser gezogen werden, sind unbestreitbare Opfer, sowohl der Verhältnisse in ihren Ländern als auch der Armut.



Die Vorgänge in Lampedusa und anderswo, die „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, gehen uns alle an und verpflichten zum Handeln.

Wie geht man mit Opfern um

Wie geht man mit Opfern um? Was verbirgt sich dahinter und was hat das mit uns zu tun? Eine wirtschaftliche Antwort darauf ist, dass die Globalisierung eine Vergleichbarkeit der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gebracht hat. Und die Unternehmen reagieren darauf. Das heißt, wenn in Bangladesh ein billiges T-Shirt hergestellt wird, kann man davon ausgehen, dass in Italien dieses Hemd unfabriert und der Arbeiter unbezahlt bleibt. Im Kosovo gibt es vieles, was nicht hergestellt oder auf den Feldern angebaut wird. In vielen Ländern Afrikas wird so gut wie alles nicht mehr hergestellt. Das heißt nicht, dass die Globalisierung dafür ursächlich ist, aber es ist auch nicht auszuschließen. Die Menschen haben jedenfalls einen Grund, sich als ohnmächtige Opfer zu fühlen.

Und die moralische Antwort? Wir sind einem „Versprechen der Menschlichkeit“ verpflichtet, das die positive Umsetzung der Erfahrungen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus dem 20. Jahrhundert bedeutet. Wir lassen wissentlich keinen Flüchtling vor unseren Grenzzäunen verrecken. Eindeutig trat – jedenfalls seit der Aktion „Mare Nostrum“, das eine Verantwortung für das gesamte Mittelmeer postulierte – diese Ethik in den Vordergrund und an die Stelle des mit Frontex demonstrierten Völkerrechts, das einen Schutz vor unerwünschter Zuwanderung durchsetzen wollte. Das war vielleicht die bisher gewählte politische, die sicherheitspolitische Antwort. Die moralische Antwort hatte bislang keinen Namen. Die „Mare Nostrum“ nachfolgende Mission „Triton“ bemüht sich um einen Kompromiss, um eine Antwort auf die schwierigen

ge Frage, welches Recht stärker zu bewerten ist, der Schutz der Grenzen oder das Leben des Menschen? Dass Letzteres stärker wiegt, auch wenn es als Jeton in einem barbarischen Spiel ins Meer geworfen wird, erklärt sich nur aus dem Kontext dessen, was in Europa nach den Verbrechen des 20. Jahrhunderts gedacht und entwickelt wurde. Es erklärt sich aus dem „Versprechen der Menschlichkeit“.

MENSCHENLEBEN müssen über dem Schutz der Grenzen stehen.

Eine gewaltige Aufgabe für Italien und Bayern

In ihrer Begrüßung und in seinem Impuls-Statement beschrieben die Präsidentin der Hanns-Seidel-Stiftung, Prof. Ursula Männle, und der Staatssekretär im italienischen Innenministerium, Domenico Manzione, die gewaltige Aufgabe, die sich Bayern und Italien und darüber hinaus allen Staaten des vereinigten Europas angesichts der Flüchtlingsströme stellt. Und beide betonten die verbindenden Wertvorstellungen und mahnten Solidarität an.

Italien hat mit dem Programm „Mare Nostrum“ die humanitäre Seite der Flüchtlingspolitik in den Vordergrund gestellt und laut Manzione damit 130.000 Menschen das Leben gerettet. Im November 2014 wurde das Programm von Triton abgelöst. Damit werde, so Manzione kritisch, „das Risiko

für weitere Dramen jenseits der 30-Meilen-Zone“ erhöht, denn entgegen der Annahme der Gegner von „Mare Nostrum“, die vermuteten, dass durch dieses Programm Menschen ermutigt wurden, ihr Land zu verlassen, sei mit Triton kein Rückgang der Flüchtlingszahlen zu verzeichnen. Allerdings ist nicht an Zahlen festzumachen, was „richtiger“ ist, sondern nur an ethischen Grundsätzen. Es gehe primär nicht um Abschreckung, sondern um die Rettung von Leben.

Staatsministerin Emilia Müller beschrieb das Dilemma, dass „die internationale Migration nicht nur die Zielländer, sondern auch die Herkunftsländer vor große Herausforderungen stellt, weil dies den Verlust junger, oft gut ausgebildeter Staatsbürger bedeutet“. Damit hat sie Recht. Auch dieses elementare Recht auf eine Zukunft der Herkunftsländer ist zu respektieren. Die Strudel, in welche die ihr Glück suchenden Menschen stürzen, tun sich auf beiden Seiten auf, am Startpunkt und am Endpunkt.

Die Beantwortung dieser grundsätzlichen Fragen droht jedoch von den praktischen Problemen verschüttet zu werden. Bis zu 1.000 Flüchtlinge pro Tag seien in den letzten Wochen in Bayern angekommen, sagt Emilia Müller. „Humanität steht im Mittelpunkt unserer Asylpolitik“, auch wenn der „Massenexodus aus dem Kosovo“ zu einer Belastungsprobe würde.

Monika Steinhauser, Geschäftsführerin des Münchner Flüchtlingsrats, verwies darauf, dass Grenzwälle und Stachelndrähte nur die Flüchtlingsströme umlenken und gefährlicher machen würden, aber das Flüchtlingsproblem nicht beseitigen könnten. „Die Grenzen abzudichten, ist das Ende des Asylrechts“, erklärte sie und forderte, die

Flüchtlinge sollten dahin gehen können, wohin sie wollten. Im Ergebnis ist das richtig. Aber was sollen dann Grenzen sein? Linien auf der Landkarte, die Kennzeichnung unterschiedlicher Verwaltungseinheiten? Es wird derzeit wenig darüber geredet, dass Grenzen ihren Sinn haben. Es gibt weder grenzenlosen Wohlstand noch grenzenlose Heimat.

Dr. Michael Griesbeck, Vizepräsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, differenzierte zwischen der Bewegung von Schutzsuchenden und der Migration, die der Arbeitsmarktzugewanderten zuzuordnen seien. „Hilfreich wäre, hier für mehr Transparenz zu sorgen.“ Und die Frage, warum „ein Ingenieur aus Syrien Tausende von Euro an einen Schlepper bezahlen müsste, um in Europa eine Arbeitsstelle zu finden“, treibe ihn um. Obwohl das Asyl nur für Schutzbedürftige gedacht sei und nicht für Zuwanderer, die eine bessere Zukunft erstrebten, wählten beide den gleichen riskanten Weg über das Meer. Doch in welchem der Herkunftsländer gibt es eine funktionierende Arbeitsvermittlung nach Europa? Der Ingenieur kennt keinen anderen Weg als den, welchen die Schleuser ihm weisen.

Die Orientierung zwischen den zahlreichen Dilemmata ist schwierig. Immerhin machte Griesbeck Hoffnung: Europa betrachte „Flüchtlingsschutz, Migrationssteuerung und Entwicklung nicht als isolierte Bereiche, sondern er-

arbeitet eine Strategie, die die Wechselwirkungen beachtet und diese Bereiche noch stärker verzahnt und verbindet“.

Hin zu mehr Liberalisierung und Solidarität

Tatsächlich, so auch das Ergebnis der Diskussion in der Hanns-Seidel-Stiftung, ändert sich in Deutschland und Europa die Asylgesetzgebung hin zu mehr Liberalisierung und mehr Solidarität. Sehen die bislang geltende Regeln der EU (Dublin III) vor, dass die Flüchtlinge dort ihren Asylantrag stellen müssen, wo sie das Gebiet der Union betreten, was wiederum die Randstaaten belastete, und versuchte sie bislang, ihre Außengrenzen unüberwindbar zu machen, drängen ethische Grundaussagen nun in den Vordergrund; die Pragmatik der Normsetzung versucht dem Rechnung zu tragen.

Doch was ist das nun für eine Ethik, dieses „Versprechen der Menschlichkeit“, mit dem sich so viel Hoffnung verknüpft, die Probleme der Asylproblematik in der Diskussion zu durchbrechen? „Das Versprechen der Menschlichkeit, Die neue Ethik für eine globale Welt“ heißt die Schrift, in der sie erstmals dargestellt wird. Ihr Ausgangspunkt sind die Straftatbestände des Völkerstrafrechts und die Charta von Rom. Dabei hatte an eine neue Philosophie keiner gedacht. Damals, als das Verbrechen gegen die Menschlichkeit in die Debatte und dann zur Anwendung kam, ging es nur darum, der Monstrosität nationalsozialistischer Untaten juristisch Herr zu werden, ohne in den Strudel deutscher Rechtfertigungs- und Entschuldigungsdebatten zu geraten. Dieser Straftatbestand des Völkerstrafrechts, der zum ersten Mal 1945 im Londoner Statut (Londoner Charta vom 8. August 1945)

Zuwanderung und Asyl brauchen UNTERSCHIEDLICHEN Umgang.

für die Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher des NS-Regimes auftauchte und zum Instrument des Internationalen Militärgerichtshofs wurde, fasste im so genannten IMT-Statut (International Military Tribunal) zusammen, was damals an Verbrechen in einem Angriffskrieg denkbar schien.

Der Tatbestand kann als rechtsrevolutionär bezeichnet werden, weil er auf eine rechtsdogmatische Konkretisierung und eine rechtshistorische Verankerung verzichtete. Es war keine juristische Deduktion, sondern ein ethischer Gedanke, der eine rechtliche Form fand und der mit dem „Versprechen der Menschlichkeit“ eine positive Umkehrung erfährt. Bei einer Beschreibung dieser neuen Ethik fallen ihre Stringenz, Freiheit und Radikalität auf. Das mag zunächst verwirren. Klar wird das Bild aber, wenn man bei den angesprochenen Themen wie hier bei der Asylproblematik alle Ausflüchte und Rechtferti-

Das „Versprechen der Menschlichkeit“ lässt das Argument „Das Boot ist voll“ NICHT zu.

gungen nicht zulässt, die nicht auf Völkerrecht beruhen, wie die sogenannten Gesetzesvorbehalte, die zahlreichen Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Öffentlichen Ordnung, der Sicherheit von Staat und Gesellschaft, des Schutzes von Kultur und Traditionen und der Abwehr von ausländischen Einflüssen. Konkret: Kosten- und Kriminalitätspro-

bleme sind ernst zu nehmen, aber nachrangig, das Argument „Das Boot ist voll“ zählt nicht.

Im Westen sind Ethik und Moral grundsätzlich Gemeingut. Die Menschenrechte gelten. Dass sie auf der Würde basieren, die dem „Menschen innewohnt“, wie Oliver Sensen, der amerikanische Wissenschaftler, der über Kants Tugendlehre forscht, sagt und die nicht „erklärungsnotwendig“ ist, dass sie mehr ist als ein „Rang, der Erhabenheit verleiht“, wie Kant meinte, ist allgemeine Basis. Was das jedoch bedeutet, ob das Recht auch von einer Pflicht sekundiert wird, und wie diese auszusehen habe, das wurde auch in der Runde der Hanns-Seidel-Stiftung diskutiert. Dabei geht es immer noch um die Würde von Menschen, die Dignitas, wie sie Cicero in „De officiis“ beschrieb, vor allem von jenen, die uns in Gruppen gegenüberreten wie Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten. Vor allem von den Menschen, die im Mare Nostrum, im Mittelmeer, auf Aufnahme nach Europa hoffen.

Die Frage, die sich angesichts des Flüchtlingsdramas stellt, ist, ob es Relativierungen durch das allgemein gültige Völkerrecht gibt. Das allgemein gültige Völkerrecht normiert ja unmissverständlich, dass Staaten und Staatengemeinschaften wie die Europäische Union als Ausdruck ihrer Souveränität das Recht haben, darüber zu entscheiden, wer an Land kommt, wer Asyl erhält und wie sich dadurch die eigene kulturelle und ethnische Zusammensetzung ändern soll. Es stehen sich also zwei hochwertige Güter auf einer Ebene über jedem nationalen Recht und jedem wirtschaftlichen, ordnungs- und sozialpolitischen Interesse gegenüber. Dieser Pas de deux von Völkerrecht und Menschenrecht führt aber nicht zum Stol-

pern über die eigenen rechtsstaatlichen Füße. Um es klar zu sagen: Jeder Verfolgte ist aus dem Wasser zu ziehen.

Etwas anderes ist die Frage nach dem Recht, die eigene Identität zu bewahren, und das Recht, das Vorliegen der Voraussetzungen zu überprüfen, Asyl zu bekommen. Das ist unbedingt zu bejahen und kann dazu führen, die Flüchtlinge unter bestimmten Voraussetzungen wieder zurückzuschicken. Daher tendiert auch die Chance der vielen in Bayern angekommenen Kosovaren, hier bleiben zu dürfen, gegen Null.

Das ist das Axiom Die Argumente des Völkerrechts sind jene, mit denen sich das „Versprechen der Menschlichkeit“ auseinanderzusetzen hat, weil sie auf der Ebene einer globalen Welt stehen, daher ranggleich sind und berücksichtigt werden müssen. Was für die Philosophie des „Versprechens der Menschlichkeit“ die Basis ist, ist allein das als vorhanden angenommene Wissen des Menschen, jedes Menschen, ob etwas monströs unmenschlich ist oder nicht. Das ist das Axiom. Und jemanden ertrinken zu lassen, ist genau das. Schon Adorno sagte: „Wir wissen genau, was das Unmenschliche ist.“ Das genügt. Des Menschen sonstiges Tun – ob gut oder böse – ist etwas anderes, das hier außerhalb der Betrachtung bleibt. Es mag viele Gründe haben.

Es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, planmäßig Menschen, die von Schleppern vor Lampedusa ins Wasser geworfen werden, ertrinken zu lassen, damit die Rechnung sowohl der Schlepper als aber auch der Flüchtlinge selbst, in Europa an Land gezogen zu werden, nicht aufgeht. Alle, die Teil dieses Ertrinken lassen sind, wissen, dass sie etwas tun, das mit ihrem eigenen Menschenbild nicht in Einklang steht.

Das „Versprechen der Menschlichkeit“ muss sich jenseits der Basis auch mit den ARGUMENTEN des Völkerrechts auseinandersetzen.

Seien es nun die Kriminellen, die im Hintergrund bleibenden Organisatoren dieser Migration übers Mittelmeer, seien es die Kapitäne und Seeleute, die angesichts eines überladenen Kahns oder eines Menschen im Wasser wegschauen. Sie alle haben das, was die Alliierten in einer glücklichen Stunde der Menschheit bewog, den Straftatbestand eines Verbrechens der Menschlichkeit zu schaffen: Das Bewusstsein, etwas Unrechtmäßiges zu tun.

Dabei ist das „Versprechen der Menschlichkeit“ kein Baedeker und keine Ersatzreligion. Sie hat nur ein Axiom: Es lautet, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit ihr Mal auf der Stirn tragen und von allen erkannt und gesehen werden. Damit trennt sie das Wissen vom Handeln, was viele Philosophen nicht tun, weil sie darauf abstellen, Handlungsgebote zu formulieren. Das Handeln rückt die neue Ethik zur Seite, konzentriert sich auf das Wissen. Dieses Wissen ist komplex und unterscheidet sich von dem, was bei den klassischen Philosophen Bewusstsein ist, angeborenes Wissen oder auch erlerntes Wissen. Das Wissen, das die Grundlage des „Versprechens der Menschlichkeit“ ist, umfasst nicht alleine das Wissen des Bösen als metaphysische Erfahrung, sondern auch das Wissen von seinen organisatorischen, systemischen Zielen und der entsprechenden Umsetzung.

Aber alles, was heute politisch zu kritisieren ist, mit dem Etikett eines „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ zu behaften, ist Nonsense und gefährlich, weil es den Vorwurf beliebig macht. Eine Überforderung wäre fatal. Jeder, der behauptet, eine bestimmte politische Gruppe zu vertreten, wird die echte oder vermeintliche Benachteiligung dieser Gruppe alsbald als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ definieren wollen, das „Versprechen der Menschlichkeit“ würde zu einem Spielball und verlore seine ethische Dynamik.

Die Ethik eines „Versprechens der Menschlichkeit“ ersetzt nicht das politische Denken

Die Ethik eines „Versprechens der Menschlichkeit“ liefert nicht die Maschine, welche das politische Denken ersetzen könnte. Selbst die Frage, ob eine Gruppe von Asylsuchenden, die beispielsweise von der Terrororganisation IS in die Boote gesetzt wird, in Wirk-

Die langfristige Lösung liegt darin, durch Bildung Wohlstand **VOR ORT** zu ermöglichen.

lichkeit Angreifer und nicht das Opfer ist, kann nur schwer beantwortet werden. Die Philosophie des „Versprechens der Menschlichkeit“ kann nicht Fakten sichten, das müssen andere tun. Sie kann helfen, Fakten zu bewerten. Mehr zu erwarten, wäre ein Fehler. Wenn dieser Fehler vermieden wird, ist diese ethische Denkgrundlage jedoch ein scharfes Schwert in der gesellschaftlichen und der politischen Debatte um die Ausgestaltung des Asylrechts.

Und diese Debatte, das zeigte die Diskussion in der Hanns-Seidel-Stif-



Holzamer, Hans-Herbert:
Das Versprechen der Menschlichkeit. Die neue Ethik für eine globale Welt. Gräffing: Verlag GRÄGS 2015, 58 Seiten, € 6,80.

ting, ist im Gange. Die Migrationsbewegung her zu uns ist ein gewaltiges Thema geworden. Zum Glück ist es ein Thema, das wir stemmen können. Und wir tun es recht gut. Was wir nicht können, ist, den Kosovo zu übernehmen und daraus eine blühende Landschaft zu machen. Oder Afrika. Also müssen wir in unserem Land Dinge anschieben, die es den Flüchtlingen ermöglichen, irgendwann ihr eigenes Land aufzubauen. Das ist wie von hinten durch die Brust ins Auge. Aber es ist der einzige Weg. Und er ist zu gehen: Das Zauberwort heißt Bildung, Qualifikation, die Chance zu Wohlstand durch Arbeit. Darin waren sich die Referenten mit den meisten Zuhörern einig. ///



/// **HANS-HERBERT HOLZAMER**
ist Journalist und Autor, München.

/// Historischer und zeitgeschichtlicher Hintergrund

DIE WELTORDNUNG DES 21. JAHRHUNDERTS IN DER KRISE

CHRISTIAN HACKE /// Henry Kissinger kommt in seiner jüngsten Untersuchung über die Weltordnung zu dem Schluss, dass „die Krise des Konzepts der Weltordnung das dringendste internationale Problem unserer Zeit ist“.¹ Vor dem Hintergrund des Aufstiegs neuer autoritärer Mächte, der mannigfaltigen Krisen der vergangenen Jahre in den USA, in der atlantischen Welt, im arabischen Raum, in Europa und nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Krise zwischen Russland und dem Westen erlebt der Begriff „Weltordnung“ zu Beginn des neuen Jahrtausends eine Renaissance. Die Welt zu ordnen, heißt, sie unter neuen ungeahnten Bedingungen zu formen und vom Chaos abzugrenzen. Das gilt gerade für die aktuelle Lage. Laut Kissinger muss sich die internationale Ordnung insbesondere zwei Herausforderungen stellen: einer gravierenden Verschiebung der Machtbalance und des Legitimitätsverlustes.²

Die hegemoniale Stabilität der Welt auf der Grundlage von Amerikas Führungsqualität ist heute ebenso in Frage gestellt wie die Legitimität des Westfälischen Ordnungsprinzips von Souveränität und Nichteinmischung. Im historischen Rückblick erscheint der Begriff „Weltordnung“ durchaus als gestalterische Zivilisationsleistung, wenngleich er schillernd bleibt, schwebend zwischen Anspruch und Wirklichkeit.³ In der Geschichte der Menschheit bestimmten zunächst Stadtstaaten die regionalen Ordnungen. Bisweilen entstanden dabei Machtgleichgewichtssysteme, bis dann ein besonders ambitionierter und mächtiger Stadtstaat eine

Eine **WELTORDNUNG** kann hegemonial oder imperial sein.

hegemoniale oder imperiale Ordnung errichtete. Bei ersterer folgten ihm die anderen mehr oder minder freiwillig, bei letzterer nur unter Zwang. Im historischen Rückblick kann Weltgeschichte als Abfolge von hegemonialen und / oder imperialen Weltordnungen verstanden werden. Ordnung und (militärische) Macht waren untrennbar miteinander verbunden.

Imperien entstanden in der Regel aus territorialer Eroberung, sie beruhen



Werden die USA als sanfter Hegemon und der Westen als zivilisatorisches Ordnungsmodell angesichts der momentanen Krisen und Entwicklungen auch weiterhin die Fäden der Weltpolitik ziehen können?

demnach auf Zwangsherrschaft. Demgegenüber impliziert Hegemonie lediglich Führung verbunden mit einem hohen Maß an freiwilliger Gefolgschaft,⁴ wie das klassische Beispiel von Athens Führung im Attischen Seebund zeigt. Die schrittweise Mutation des Seebundes zum imperialen Machtinstrument Athens zeigt wiederum, dass die strikte Trennung zwischen Imperium und Hegemonie ihre Tücken hat, denn die Übergänge sind fließend⁵ und – auch Demokratien sind seit der Antike nicht frei von imperialer Versuchung. Auch demokratische Ordnungsentwürfe, gerade wenn sie autoritäre Mächte herausfordern, ermunterten diese nicht selten zur Gegenmachtbildung, um die Macht des Hegemons entweder einzudämmen oder sogar zurückzudrängen. Gegenüber Im-

perien war Gegenmachtbildung schwieriger, denn imperiale Herrschaft beruhte auf gewaltiger militärischer Übermacht, der die kleineren Gegenmächte – auch vereint – nur selten Gleichgewichtiges entgegenzusetzen hatten.

Die Dynamik weltgeschichtlicher Entwicklung als Zyklus von Aufstiegs- und Niedergangsphasen großer Mächte lässt sich folglich als Rivalität zwischen imperialer und hegemonialer Herrschaft verstehen. Landmächte wie Russland sind in der Regel eher Verfechter von imperialer Ordnung, während Seemächte wie Großbritannien oder die USA zu hegemonialer Herrschaft tendieren. Das zaristische Russland expandierte nach Innerasien, das republikanische Frankreich nach Nordafrika, während Seemächte wie Großbritannien oder die USA als Hege-

monialmächte überseeisch agierten. Auch deshalb zeigen manche Politikwissenschaftler gegenüber einer hegemonialen Ordnung eine wohlwollend-positive Einstellung und bejahen eine entsprechende „Theorie der hegemonialen Stabilität“.

Die Machteinbußen der USA in den vergangenen 15 Jahren, ihre schwindende zivilisatorische Attraktivität und der Aufstieg neuer Mächte, insbesondere in Asien, haben diese Auffassung von internationaler Ordnung verunsichert. „Hegemoniale Stabilität“ scheint der Vergangenheit anzugehören. Stattdessen ist ein diffuses multipolares System im Entstehen begriffen. Unterschiedliche Machtzentren haben sich nicht selten in Folge von Aufstieg und Fall von Mächten wie jüngst im Zuge des Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums, entwickelt. Hinzugekommen sind revolutionäre und konterrevolutionäre Eruptionen in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten. Diese zogen nicht selten als Reaktion auf westliche Intervention religiös motivierten Aufruhr nach sich.

Vor diesem aktuellen Hintergrund wird erkennbar: Weltordnungsmodelle spiegeln den „ewigen Disput zwischen denen, die die Welt an ihren Idealen ausrichten, und denen, die ihre Politik an den Realitäten der Welt orientieren wollen“⁶, wider. Ideengeschichtlich macht zwar eine chronologische Abfolge von Weltordnungsmodellen der Antike, des Mittelalters, der Aufklärung oder der Neuzeit Sinn, doch erst die Analyse der konkurrierenden Vorstellungen innerhalb einer Epoche erklärt das Aufeinanderprallen von rivalisierenden Vorstellungen, wie die Dynamik des Kalten Krieges anschaulich zeigte. Die Weltordnung des Kalten Krieges beruhte zu keinem Zeitpunkt auf Einvernehmen.

Doch wirkte der Kalte Krieg auch als Ordnungersatz, der auf beiden Seiten einer verbreiteten Ordnungsvision Vorschub leistete, weil er zumindest in Europa im Ergebnis den Frieden sicherte. Folglich war die Pseudoordnung des Kalten Krieges einer Anarchie oder dem potenziellen nuklearen Chaos vorzuziehen. Das Ordnungsprinzip des Kalten Krieges brach schließlich zusammen, weil die USA als Hegemon mit aller Macht den systemischen, ökonomischen und militärischen Wettbewerb verschärfte, so dass die halbherzigen Reformversuche von Michael Gorbatschow nicht mehr greifen konnten, ja sogar Niedergang und Auflösung des Sowjetimperiums beschleunigten.

Die Welt nach der Zeitenwende 1989/90: Neue Weltordnungsentwürfe

Die menschliche Sehnsucht nach Ordnung in der Welt folgt historischen Zyklen gleichsam wie Ebbe und Flut. Das Ende von Imperien, Unterdrückung und Kriegen weckte stets große Sehnsüchte nach Frieden und Ordnung. Das war auch nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums nicht anders. Kein Wunder, dass die revolutionären Veränderungen von 1989/90 überwiegend als Scheitern des Kommunismus und als Sieg der liberalen Demokratien interpretiert wurden. Nicht das Ende der Ge-

Hegemoniale Stabilität wird momentan von einem DIFFUSEN multipolaren System abgelöst.

schichte, aber das Ende konkurrierender Ideologien und Weltordnungen schien erreicht. Die USA sahen sich in ihrer Überzeugung von der natürlichen Harmonie zwischen ihren nationalen Interessen und denen der Welt bestätigt. Folglich würden sich in einer von den USA dominierten unipolaren Welt westlich-demokratische Ordnungsvorstellungen durchsetzen. Francis Fukuyama formulierte in diesem Sinne die These vom „Ende der Geschichte“. Überzeugt vom endgültigen Sieg über die Sowjetunion glaubte Fukuyama, dass im Hegelschen Sinne Geschichte „heute an einem Punkt angelangt ist, wo wir uns keine Welt vorstellen können, die sich wesentlich von unserer unterscheidet, wo keine Verbesserung unserer derzeitigen Ordnung mehr denkbar ist, (wo) die Geschichte an ihrem Ende angelangt ist“⁷. Entsprechende unipolare Ordnungsmodelle untermauerten machtpolitisch den ideengeschichtlichen Optimismus in den USA.⁸

Dagegen prognostizierte 1990 John Mearsheimer die Rückkehr der Geschichte und zwar in gewalttätiger Form. Er sollte in vielem Recht behalten. Die Kriege auf dem Balkan, die amerikanisch-chinesische Machtrivalität und weltweite konfliktträchtige Entwicklungen seit den Neunzigern und der Krieg in und um die Ukraine bestätigten diese pessimistischen Prognosen.

Samuel Huntington ergänzte 1993 mit seiner These vom „Kampf der Kulturen“ die bedrohlichen Konfliktlinien der Weltpolitik und kritisierte die naive Vorstellung vom weltweiten Sieg der Demokratie. In Anlehnung an sein Vorbild Arnold Toynbee betonte Huntington die Vielfalt der und den Respekt vor Kulturen und Religionen.⁹ Seine These vom „west against the rest“ als Gegen-

satz zwischen Islam und Abendland wurde nach 9/11 in vielen Aspekten bestätigt.

Der islamistische Fundamentalismus, der von der Mehrheit in der muslimischen Welt abgelehnt wird, erfuhr nach 9/11 eine ungeahnte Dynamisierung als Alternative zu den säkularen Ordnungsmodellen des demokratischen Westens. Nicht säkulare Volkssouveränität, sondern eine kompromisslose Gottesordnung, basierend auf unbedingtem Gehorsam und Heilsversprechen, prägen diese Ordnungsvorstellung des „Islamischen Staats“, der auch für die wachsende intra-kulturelle oder besser intra-religiöse Radikalisierung zwischen Schiiten und Sunniten in der arabischen Welt verantwortlich zeichnet.

Doch blieben nach 1990 Weltordnungsüberlegungen nicht auf das Reich der Ideen beschränkt. Den ersten realpolitischen Schritt unternahm 1990 der amerikanische Präsident G. W. Bush.

Die Zeitenwende 1989/90 brachte **NEUE** Weltordnungsentwürfe hervor.

Nach der Invasion von Kuwait durch den irakischen Diktator begründete er die weltweite Anti-Kriegskoalition gegen Saddam Hussein ordnungspolitisch: „Es geht um mehr als um ein kleines Land, es geht um eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen sich um die Verwirklichung der universellen Hoffnungen der Menschheit kümmern: Frieden und Sicherheit, Freiheit und Ge-

setzlichkeit, wo Aggression auf kollektiven Widerstand stößt. Wir sind das einzige Land, das diese Riesenstreitkräfte zusammenbringen konnte.“ Präsident Bush war bestrebt, nach 1990 den unipolaren Moment zu nutzen, um die USA als wohlwollenden Hegemon zu etablieren. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums wollten die USA zunächst mit den Mitteln der Diplomatie verhindern, dass demokratiefeindliche Kräfte dort neue Machthohlräume auffüllen. Erst nach 9/11 wurde das Selbstverteidigungsrecht im Krieg gegen den Irak 2003 präventiv interpretiert. Jetzt wurde ein historischer Bruch in der amerikanischen Außenpolitik deutlich: „There is an initiative which the United States and her allies cannot seize – the initiative in aggression. It would violate the deepest moral convictions of the people and of their profound attachment to peace and justice under law. We must by our very nature be defenders, not offenders“¹⁰.

Die Kette der weltweiten militärischen Interventionen der USA nach 1990 und besonders nach 9/11 bleibt ordnungspolitisch umstritten: „Wir haben uns auf eine Form der Kriegsführung fixiert, die den massiven Einsatz amerikanischer Feuerkraft und einen schnellen Rückzug erforderlich macht. Sie gestattet uns, die Zerstörung, die wir anrichten, ohne ein Gefühl der Verantwortung hinter uns zu lassen. Sie schafft Anarchie und nennt diese Frieden. Im Namen von Ordnung wird Chaos angeordnet. Sie erlaubt es uns, in eine imperiale Rolle zu schlüpfen, ohne die klassischen Pflichten der imperialen Herrschaft ausüben zu müssen.“¹¹ Dean Achesons Warnung blieb ungehört. Die fatalen Folgen ließen nicht lange auf sich warten.

Machtpolitisch führten Amerikas Kriege gegen den Terror zu einer immensen Überdehnung der Kräfte. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 vertiefte die Strukturkrise der USA. Kein Wunder, dass seitdem die These vom Niedergang der USA die ordnungspolitische Debatte dominiert. Allerdings bleiben die USA wegen ihrer militärischen Übermacht und ihrer nach wie vor wirksamen zivilisatorischen Attraktivität die einzige Macht von globaler ordnungspolitischer Wirkung, falls sie ihre innenpolitische Strukturkrise überwinden und neo-isolationistischen Versuchungen widerstehen werden.

Fazit und Ausblick

25 Jahre nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums ist die Welt vom relativen Niedergang des Westens geprägt. Eine Kette von wohlmeinenden humanitären Interventionen vom Irak über Somalia, dem Balkan, Afghanistan bis hin zu Libyen und anderswo hat weitaus weniger Erfolg gezeitigt als ursprünglich erwartet. Dabei haben sich die Demokratien der westlichen Welt strategisch überdehnt und finanziell und materiell übernommen. Strukturkrisen im Inneren wie in den USA und der EU verweisen auf weitere Aspekte tiefer Erschöpfung und Enttäuschung. Zeitgleich wird die globale Entwicklung von einem fulminanten Aufstieg autoritärer Mächte und der wachsenden Attraktivität außer-europäischer Regionen geprägt.

Der langjährige hegemoniale Anspruch der USA auf globale Führung wird folglich durch eine Verschiebung der Machtbalance und die darauf folgende Entwicklung zu einem multipolaren System durchkreuzt. Ein unipolares System wird durch den Aufstieg der VR China und anderer

Mächte beschleunigt. In diesem neuen System wirken Russland und China als autoritäre Machtpole. Sie besitzen aber kein den USA gleichwertiges Ordnungspotenzial. EU-Europa und Japan bleiben potenzielle Machtzentren, haben im Zuge der Euro-Krise jedoch an Gestaltungskraft verloren. Es erstaunt, dass im Zuge der schweren Krise innerhalb der atlantischen Welt noch keine revolutionären Veränderungen eingetreten sind. Noch bleibt der relative Niedergang auf hohem Niveau begrenzt und kontrolliert. Die BRIC-Staaten konkurrieren mehr untereinander, als dass sie für regionale Ordnung sorgen würden. Indien führt im Vergleich zu Nehrus Weltordnungsiniciativen ein weltpolitisches Schattendasein.

Das ordnungspolitisch-ideengeschichtlich und wirtschaftlich wirkungsmächtige Motiv der Gegenwart ist allerdings der „Aufstieg Asiens“, insbesondere der der VR China. Doch auch Chinas autokratische Ordnungsvorstellungen stoßen bei den meisten asiatischen Staaten auf Misstrauen. Deshalb suchen nach wie vor viele asiatische Staaten den Schutz des sanften amerikanischen Hegemons, der den Trend zur regionalen Gegenmachtbildung auch für eigene ordnungspolitische Interessen zu nutzen versteht. Potenziell könnte deshalb regional ein komplexes asiatisches Gleichgewichtssystem entstehen, vielleicht sogar

Dem **NIEDERGANG** des Westens steht der **Aufstieg autoritärer Mächte** und **Asiens** gegenüber.

im Kontext bipolarer Machtrivalitäten zwischen den USA und der VR China.

Russland zeigt unter der Führung von Wladimir Putin, dass der persönliche Faktor auch in der Internationalen Politik nicht unterschätzt werden darf. Sein Machtprojekt „Eurasische Union“ kann den altbekannten russischen und sowjetischen Imperialismus kaum kassieren und wirkt deshalb wenig attraktiv. Aber Putin zeigt sich entschlossen, das militärische Machtpotenzial rücksichtsloser und raffinierter denn je einzusetzen. Im Krieg in und um die Ukraine entwickelt sich Russland unter Putin zum unberechenbaren Aggressor und damit zur Bedrohung der europäischen Ordnung.

Der Ausgang dieser ordnungspolitischen Rivalitäten ist regional und global offen, aber die Konfrontation nimmt weiter zu. Jeder sieht sich im Recht. Für Putin ist die Anbindung der Ukraine an den Westen unannehmbar, für den Westen Putins Annexion der Krim und seine Unterstützung der Rebellen im Osten der Ukraine. Obwohl diese Krise alle Beteiligten schwächt, scheint keiner kompromissbereit. Putin verstärkt seine Aggressivität, der Westen seine Sanktionen. Während Russlands Wirtschafts- und Finanzsystem schwere Einbußen hinnehmen muss und die Ukraine wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch weiter zerfällt, bleibt der Westen von der Ukraine-Krise ökonomisch noch relativ unberührt. Aber die Anziehungskraft des demokratischen Ordnungsmodells der EU hat im Zuge der Euro-Krise und darüber hinaus gelitten. Bislang wahrt die transatlantische „Gruppenhegemonie“¹² ihren globalen Einfluss, wenngleich die humanitären Interventionen seit 1990 zu Überdehnungen geführt haben und damit die ordnungspoliti-

schen Gestaltungsgrenzen enger werden. Doch zwingen neue globale Herausforderungen den Westen zu mehr Kooperation und Kohäsion.

Unübersehbar sind aber auch die Spaltungstendenzen: Europa und Amerika grenzen sich zum Zweck eigenständiger Krisenerholung und Neuausrichtung der Interessen zunehmend von einander ab. Wachsende Rivalitäten zwischen Demokratien und autoritären Regimen wiederum könnten die systemische Kohäsion auf beiden Seiten befördern. Folglich könnte für eine zukünftige Weltordnung dieser autoritär-demokratische Gegensatz zwischen den USA, der EU und Japan und der VR China und Russland relevant werden. In diesem pentagonalen Gleichgewichtssystem in der Tradition der Nixon-Doktrin¹³ haben sich die Machtgewichte dramatisch zugunsten der VR China auf Kosten amerikanischen und russischen Einflusses verschoben.

So bleibt es offen, ob im 21. Jahrhundert die USA gemeinsam mit den Partnern wieder erstarken und die globalen Gemeinschaftsinstitutionen entsprechend gestärkt werden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass „Soft Power“ und „Good Governance“ nicht nur stilbildend im Rahmen weltweiter Ordnungspolitik wichtig geworden sind, hat die EU partiell unter diesen Gesichtspunkten an Einfluss gewinnen können. Das vereinte Deutschland mag „Hard Power“ zu zurückhaltend anwenden, aber seine geschmeidige „Soft Power“ hat Deutschland zu außergewöhnlicher zivilisatorischer Attraktivität verholfen. Es ist nicht nur in Europa – auch Dank seiner Wirtschaftskraft – zu einem angesehenen ordnungspolitischen Faktor geworden. Selbst die drei Weltmächte USA, VR China und Russland können

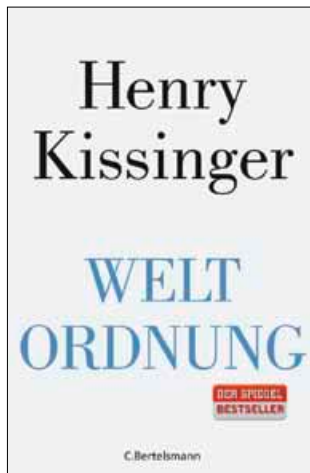
Der sich zunehmend entwickelnde **AUTORITÄR-DEMOKRATISCHE** Gegensatz wird sich auf die zukünftige Weltordnung auswirken.

sich Deutschlands Einfluss nicht entziehen. Und in der Ukraine-Krise hat sich gerade Deutschland umsichtig und deeskalierend um friedliche Lösungen bemüht, wenn auch bislang ohne sichtbaren Erfolg. Europas Friedensordnung ist zweifelsohne schwer erschüttert.

Global gesehen wird sich die zukünftige Ordnung pyramidenartig in einem komplexen Mit- und Gegeneinander von regionalen Großmächten entwickeln, wobei sie sich hierarchisch um die regionalen Machtkerne Ostasien, EU, USA und Russland strukturieren wird. Vor diesem Hintergrund gilt es, zwischen den zentralen Aspekten von Ordnung, Macht und Legitimität eine Balance zu finden. Machtpolitik ohne moralische Dimension kann zu unbegrenzter Aggression führen, moralische Kreuzzugsmentalität birgt die Gefahr von Arroganz und kann potenzielle Widersacher provozieren. Beide Extreme können die Stabilität der internationalen Ordnung gefährden.

Henry Kissinger diagnostiziert angesichts der aktuellen Herausforderungen vier ordnungspolitische Defizite:¹⁴

- Der Staat als wichtigster Akteur gerät unter Druck. Zum einen greift das Phänomen des „gescheiterten Staates“ in weiten Teilen der Welt um sich, wobei religiöse und ethnische Milizen



Kissinger, Henry: Weltordnung. München:
Verlag C. Bertelsmann 2014,
480 Seiten, € 24,99.

und Terroristen staatliche Strukturen gezielt angreifen und zu zerschlagen suchen. Zum anderen zeigt das Beispiel der Europäischen Union, dass staatliche Souveränität auf vielfältige Weise überwunden werden soll, aber zugleich die EU außer Stande ist, eine neue Staatlichkeit oder Geschlossenheit zu erlangen. War die EU für viele Jahre Problemlöser und Vorbild, so mutiert sie im Zuge der fast ungehemmten Erweiterung und der Euro-Krise selbst zum Problemfall. Ihre moralisierende und selbstgerechte Erweiterungspolitik hat nicht unerheblich dazu beigetragen, dass sich im Zuge der Ukraine-Krise Russland provoziert fühlt und auch deshalb eine mögliche geostrategische Verschiebung der Machtbalance im Herzen Europas nicht tatenlos hinnehmen wollte.¹⁵

Die politische und wirtschaftliche Organisation der Welt verläuft asynchron. Während das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem sich

globalisiert hat, funktioniert die politische Struktur der Welt nach wie vor auf der Basis des Nationalstaats. Die negative Dynamik der Serie von Finanzkrisen, die sich in Eskalationsstufen von der Krise in Lateinamerika in den 1980er-Jahren, in Asien 1997, in Russland 1998, in den USA 2001 und 2007 und in Europa ab 2010 verschärft, verweist auch auf gewisse Verluste des Primats der Politik über die Wirtschaft. Staatskunst sieht sich der Herausforderung gegenübergestellt, undurchsichtige Finanzinstrumente und -transaktionen effizienter zu kontrollieren.

- Globale Gemeinschaftsinstitutionen wie UNO, NATO, EU, G-7 oder APEC sind den gestiegenen Gemeinschaftsaufgaben immer weniger gewachsen, auch
- weil die Führungsrolle der USA und damit das Prinzip der „Hegemonialen Stabilität“ an Bedeutung verliert. Der sanfte Hegemon bleibt unverzichtbar, aber er überzeugt nicht mehr.

Trotz allem bleibt die Verknüpfung von Ordnung mit sanfter Hegemonie unverzichtbar, damit die Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit als normative Momente nicht verlorengehen. Mehr Kooperation mit den weiteren Zentren von Macht und Legitimität sind dabei zwingend notwendig. Nur gemeinsam mit den anderen Akteuren und Regionen kann der Westen die neuen globalen Probleme wie Krieg, Terror, Fanatismus, aber auch Klimaschutz, Umwelt und organisiertes Verbrechen ordnungspolitisch unter Kontrolle bringen. „Good Governance“, verstanden als ein Ordnungskonzept von innen heraus, wird vielleicht zur wichtigsten Voraussetzung für gelungene Weltordnungsentwürfe für das 21. Jahrhundert. Sie können sich nicht mehr allein auf Macht und Interesse gründen, sondern müssen sich verstärkt auf Frieden und Wohlstand konzentrieren. Dabei gilt es, auch die materiellen Lebensgrundlagen einer rasant wachsenden Weltbevölkerung und Staatengemeinschaft zu sichern: „Neben eine militärische Sicherheitsordnung muss eine ökologische Solidarordnung treten“¹⁶.

Der Westen muss den neuen globalen Herausforderungen mit mehr Kooperation, Kohäsion und einer „GOOD GOVERNANCE“ begegnen.

Ob in dieser Perspektive die USA als sanfter Hegemon und der Westen als zivilisatorisches Ordnungsmodell weiter als Spinne im Netz die Fäden der Weltpolitik ziehen werden, kann erst die Zukunft zeigen. Derzeit ist jedenfalls keine Macht in Sicht, die an Stelle des Westens eine entsprechend umfassende Ordnungsfunktion ausfüllen könnte.

Alle Staaten müssen mehr als bisher über die eigenen nationalen Interessen hinaus sich eine globale Verantwortungskultur aneignen, – eine Perspektive, die über den nationalen Tellerrand hinaus reicht. Nur so kann das Grundprinzip des Westfälischen Systems modernisiert und den neuen Herausforderungen angepasst werden.

/// PROF. DR. CHRISTIAN HACKE
ist Prof. em. für Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn, Hammoor bei Ahrensburg.

Anmerkungen

- ¹ Kissinger, Henry: Weltordnung, München 2014, S. 427.
- ² Ebd., S. 416.
- ³ Osterhammel, Jürgen: Weltordnungskonzepte, in: Dimensionen internationaler Geschichte, hrsg. von Jost Dülffer, München 2012, S. 409.
- ⁴ Triepel, Heinrich: Die Hegemonie, Stuttgart / Berlin 1938, S. 125 ff.
- ⁵ Ebd., S. 189 und 283.
- ⁶ Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung, Baden-Baden 2003, S. 142.
- ⁷ Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte, München 1992, S. 26 ff.
- ⁸ Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs 70/1, S. 23-33; Wolforth, William C.: The Stability of a Unipolar World, in: International Security 24/1, 1999, S. 5-41.
- ⁹ Mearsheimer, John: Back to the Future, Instability in Europe after the Cold War, in: International Security Nr. 15, 1990, S. 5-56; Huntington, Samuel: Der Kampf der Kulturen, München 1997.
- ¹⁰ Acheson, Dean: This Vast External Realm, New York 1973, S. 35.
- ¹¹ Tucker, Robert / Hendrickson, David: The Imperial Temptation, New York 1992, zit. nach Hacke, Christian: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush, München 2005, S. 510.
- ¹² So Rode, Reinhard: Noch ist der Westen nicht verloren, in: WeltTrends Nr. 86, September / Oktober 2012, S. 58.
- ¹³ Vgl. hierzu Dallek, Robert: Nixon and Kissinger – Partners in Power, New York 2007; Bundy, William: A Tangled Web – The Making of Foreign Policy in the Nixon Presidency, New York 1998; Hacke, Christian: Die Ära Nixon-Kissinger. Konservative Reform der Weltpolitik, Stuttgart 1983.
- ¹⁴ Kissinger: Weltordnung, S. 418 f.
- ¹⁵ Hacke, Christian: Der Westen und die Ukraine-Krise: Plädoyer für Realismus, in: APuZ 47-48/2014, S. 40 ff.



Said, Behnam T.: Islamischer Staat. IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigaden. München: C.H. Beck-Verlag 2014, 239 Seiten, € 14,95.

/// Terrorgruppen in Syrien

WARUM AUCH DEUTSCHE IN DEN JIHAD ZIEHEN

Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ verunsichert durch ihre rasche Ausbreitung und brutale Vorgehensweise. Inzwischen sind erste deutsche Jihadisten zurückgekehrt und nähren die Angst vor terroristischen Anschlägen in Deutschland. Das 2014 im C. H. Beck-Verlag erschienene Buch „Islamischer Staat. IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigaden“ von Behnam T. Said, Referent des Verfassungsschutzes in Hamburg, ist ein gelungener Versuch, den komplexen Konflikt in Syrien zu entwirren und den Bann des Jihadismus zu entzaubern.

Bereits zu Beginn wird deutlich, dass der sunnitische Terror kein plötzliches Phänomen darstellt. Eine Ursache sieht Said in den Nachwirkungen des erfolgreichen syrischen Staatsstreiches von 1963. Mit der Machtübernahme der religiösen Minderheit der Alawiten, zu der auch die bis heute herrschende al-Asad-Familie gehört, wurde die ehemalige sunnitische Elite schlagartig aus der Spitze der Politik und des Militärs verdrängt. Mit dem politischen und gesellschaftlichen Strukturwandel ging die Bildung von gewaltbe-

reiten Gegenbewegungen einher. Diese ersten syrischen Widerstände wurden im Bürgerkrieg 1982 zwar zerschlagen, die Unzufriedenheit auf sunnitischer Seite jedoch blieb.

Bekanntlich ist der gesamte Nahe und Mittlere Osten ein Krisenherd. Verfolgte Terrorgruppen in ihren Formierungsphasen ursprünglich „nahe“ Ziele wie den Sturz nationaler Regime, änderte sich dies, laut Said, mit der Einmischung der USA in den Zweiten Golfkrieg gegen den Irak. Unter Bin Laden begann eine globale Ausrichtung gegen den „fernen“ Feind, die mit dem Schrecken des 11. Septembers 2001 in den USA eingeleitet wurde. Aufgrund neuer innerer und äußerer Umstände wickelte sich diese Ausrichtung jedoch dem Fokus auf den „nahen“ Feind. Zum einen habe al-Qaida durch die Schwächung ihrer Kernstruktur und dem Verlust ihres Rückzugsgebietes in Afghanistan seit 2001 ihren globalen Führungsanspruch verloren, zum anderen war die Terrororganisation auf das plötzliche Aufbegehren der arabischen Völker im Zuge des Arabischen Frühlings ab 2010 nicht vorbereitet.

In Syrien begann ab 2011 ein Bürgerkrieg, welcher bis heute andauert. Dies bildet den idealen Nährboden für Terrorgruppen, wie Said in seinem zweiten Kapitel beleuchtet. Mit vielen Details und Gegenüberstellungen gibt er Auskünfte über die Terrororganisationen „Jabhat al-Nusra“ (JaN) und „Islamischer Staat“ (IS). Beide verfolgen nur auf den ersten Blick das gleiche Ziel. JaN fungiert seit 2013 offiziell als syrischer Ableger al-Qaidas. Dessen Richtlinie folgend sind der Sturz Assads und die Errichtung eines islamischen Staates Said zufolge nur Etappen

des globalen Gefechtes gegen den Westen und seine Verbündeten. Ihre Strategie, durch militärische Fähigkeiten sowie Geld- und Sachspenden die syrischen Oppositionellen und die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, ist laut Said erfolgreich, wenngleich nicht die Ideologie ausschlaggebend ist. Auch der IS hat in seiner Anfangszeit 2004 al-Qaida die Treue geschworen. Er handelte jedoch früh selbstständig und entband sich 2013 vollends von dem Terrornetzwerk. Anders als al-Qaida bzw. die JaN setzt IS seinen Fokus auf den nicht-muslimischen Einfluss in den muslimischen Gesellschaften selbst. Demnach ist Gewalt gegen Schiiten oder andere angeblich „abtrünnige“ Glaubensbrüder legitim, was al-Qaida in ihrem Streben nach Einheit unter den Muslimen ablehnt. Der IS setzt auf die Strategie des Aufbaus staatsähnlicher Verwaltungsstrukturen. IS und JaN konkurrieren daher nicht nur ideologisch, sondern auch um territorialen und politischen Einfluss in Syrien. Der Konflikt zwischen IS und JaN wird öffentlich ausgetragen. Said sieht al-Qaida in der Rolle des Zuschauers. Abschließend fragt der Autor, wer Oberhand habe. Der IS könne einerseits mit der Errichtung seines Kalifats beachtliche Tatsachen vorweisen, er stoße jedoch aufgrund seiner Brutalität im Gegensatz zu JaN auf Unverständnis in der Bevölkerung.

Die vielen Nicht-Syrier in den Reihen des IS lassen sich laut Said dem Phänomen der internationalen Mobilisierung zuordnen. So wie internationale Kämpfer im Spanischen Bürgerkrieg freiwillig den globalen Kampf der Demokratie gegen den Faschismus ausfochten, fühlen sich auch viele Moslems nun dem Jihad, dem globalen

Kampf um (islamisches) Recht gegen Unrecht verpflichtet. Nach dem ersten Afghanistankrieg und dem US-Einmarsch in den Irak bietet nun auch der Syrien-Konflikt Schubkraft.

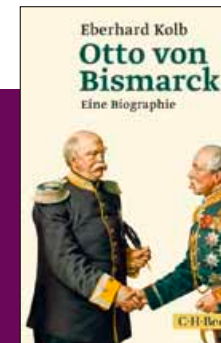
In seinem dritten Kapitel geht Said auf die Motive deutscher Jihadisten ein. Am Beispiel des Netzwerkes Millatu-Ibrahim erklärt er, wie sich junge Menschen auf der Suche nach religiöser Heimat radikalisieren. Sie hegen die Hoffnung, in Syrien einen Ort der Sicherheit anzutreffen, an dem der Islam frei praktiziert werden kann. Dabei wird eine Pflicht zum Auswandern und zugleich zur Verteidigung dieses islamischen Staates vermittelt. Said belegt seine Analyse eindrucksvoll mit vielen Quellen wie Botschaften und Interviews, die authentische Einblicke hinterlassen. Radikale Prediger nutzen Emotionen, die an das Leid der Bevölkerung erinnern und so Moslems zum Widerstand auffordern. Wer nicht selbst kämpft, muss durch Sach- und Geldspenden helfen. Auch Soziale Medien werden genutzt. Eine besondere Herausforderung sieht der Autor im Umgang mit Rückkehrern aus Syrien. Es müsse individuell geprüft werden, ob es sich um enttäuschte und traumatisierte oder radikalisierte Menschen handle. Zwei Instrumente stehen den Behörden hier zur Verfügung: Anti-Terror-Gesetze sowie Einzelklagen aufgrund von begangenen Straftaten im Ausland. Ehrlich gibt Said dabei zu, dass die bisher fehlende einheitliche Gesetzgebung auf europäischer Ebene ein Dilemma darstellt.

Die Debatte um Rückkehrer ist jedoch nur der Versuch einer Linderung der Symptome. Die Lösung des eigentlichen Problems, die Instabilität in Syrien, bewertet Said skeptisch. In sei-

nem letzten Kapitel geht er auf die geopolitischen Einzelinteressen der Kriegakteure ein. Demnach treffen im syrischen Stellvertreterkrieg zwei Blöcke aufeinander: der Iran und Russland einerseits sowie die USA, die Türkei und die Golfmonarchien andererseits, die entweder das Assad-Regime oder die syrische Opposition unterstützen. Um der Ausbreitung des radikalen Jihadismus entgegenzutreten, erfordere es jedoch eine Zusammenarbeit, die Said momentan noch nicht erkennen kann. Der Autor sieht den Jihad vor den Toren Europas bereits angekommen. Ob dem so ist, muss jeder für sich selber entscheiden. Das Buch hilft durch seine Informationsfülle und geschichtlichen Bezüge dabei, einen guten ersten Eindruck zu gewinnen.

DINAH ELISA KHWAIS

Kolb, Eberhard: *Otto von Bismarck: Eine Biographie*. München: C.H. Beck-Verlag 2014, 208 Seiten, € 14,95.



Nachdem bereits eine wahre Flut von Bismarck-Biographien vorliegt, war sich der Beck-Verlag zum 200. Geburtstag des epochalen und unzerstörbar legendären Reichskanzlers ein weiteres Werk dieser Art schuldig. Also wurde der relativ kurze Text des renommierten Spezialisten, des seit 1998 emeritierten Professors der Geschichte, Eberhard Kolb, der in der verdienstvollen Reihe „Wissen“ des Verlages herausgekommen war, überarbeitet, erheblich erweitert, mit Nachweis der Zitate versehen und dergestalt erneut auf den Markt gebracht. Das Ergebnis ist gut lesbar, nicht mit Einzelheiten überfrachtet und leistet einen Beitrag für „konsequente Historisierung“ des Reichsgründers, für die gemäß dem Epilog die Zeit gekommen sei.

Dabei kommt Bismarck auch als Persönlichkeit durch sorgfältig ausgewählte Einzelzüge plastisch zum Vorschein. Das erste Kapitel, das ihn von der Geburt bis zu seinem Eintritt in den Vereinigten Preußischen Landtag von 1847 darstellt, erzeugt gerade in seiner Gerafftheit den zwingenden Eindruck, dass da ein unbändiges politisches Temperament heranwuchs, von dem kaum vorstellbar ist, dass es seinen Weg

zu größerer Bedeutsamkeit wegen irgendwelcher Karriere-Knicke nicht gefunden hätte.

In den weiteren Kapiteln werden die internationalen Zusammenhänge außerordentlich verkürzt oder gar nicht dargestellt, was dem Format des Buches geschuldet ist, zweifelsohne nicht der Kompetenz des Autors. Vor allem ist nicht die Problematik vertieft, die in dem Widerstreit der von Bismarck durchgesetzten kleindeutschen Lösung zur deutschen Einheit mit der großdeutschen liegt, die Österreich mit eingeschlossen hätte. Die subtilen Erwägungen Bismarcks, die dem außenpolitischen Spiel gerne diverse Optionen offen ließen, die je nach Möglichkeit am Ende eine eindeutige Entscheidung generierten, fallen oft ebenfalls dem vorgegebenen Format des Buches zum Opfer.

Der Autor hat schon früher überzeugend der These widersprochen, dass Bismarck durch die Hohenzollernsche Thronkandidatur in Spanien Frankreich zum Krieg drängen wollte, um damit die (Klein-)Deutschen gegen den „Erbfeind“ definitiv zusammenzuführen. Da Napoleon III. schwer krank und in seiner Entschlussfähigkeit behindert war, hätte er gegen diese Kandidatur durchaus nicht mit der alten und nicht mehr stichhaltigen Furcht einer Einkreisung Frankreichs, wie sie im 16. und 17. Jahrhundert durch die deutschen und spanischen Habsburger hervorgerufen worden war, reagieren müssen. Es war eher ein nicht unbedingt vorhersehbares Ergebnis seiner bedrängten innenpolitischen Lage, dass er der nationalistischen Aufgeregtheit, die sich in Paris angesichts der Kandidatur erhob, die Zügel schießen ließ. Auch andere Kabinette in Europa verwunderten sich darüber, dass Frankreich dieses versuchte Aus-

greifen der Hohenzollern-Dynastie als mit der eigenen Ehre unvereinbar erklärte.

Der Autor gibt damit den aktuellen Forschungsstand wieder, der im Gegensatz zu Versuchen der bisherigen deutschen Historiographie steht, mit Beflissenheit eine Kontinuität besonderer deutscher Aggressivität von womöglich auch noch Martin Luther über Friedrich den Großen und eben auch Bismarck bis Hitler zu konstruieren, wobei besonders Bismarck die Franzosen im Sommer 1870 mit besonderer Perfidie (Emser Depesche!) in den nationalen Krieg hinein gelockt hätte. Die Friedensbemühungen Bismarcks nach dem durch die Schlacht von Sedan bedingten Zusammenbruch des französischen Kaiserreichs kommen in diesem Text zu kurz, der Name des Marschalls Bazaine, der hoffte, die in Metz eingeschlossene Armee dafür als Verhandlungspfand einsetzen zu können, taucht nicht einmal auf.

Dafür wird die Problematik der Abtrennung von Elsaß-Lothringen auf den, wohl tragisch zu nennenden, Punkt gebracht: Frankreich hätte nach Revanche gedürstet auch ohne jeglichen Gebietsverlust; Verletzungen der nationalen Ehre, wie sie der verlorene Krieg gegen Deutschland gebracht hatte, wären durch Milde des Siegers nicht ausgeglichen worden. Also hatte Bismarck keinen Anlass, den nationalen und militärischen Forderungen nach der Abtretung von Metz und Straßburg entgegenzutreten. Damit war allerdings auch das Handicap des nach 1871 von Bismarck unermüdlich als „saturiert“ erklärten Deutschen Reiches gegeben, nämlich die Einschränkung seiner diplomatischen Operations-Möglichkeiten in Europa dadurch, dass Frankreich keinen Bündnispartner bekommen durfte, mit

dem es die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen hätte betreiben können. Allein wäre es dazu nämlich nicht in der Lage gewesen.

Die Schuld für den Ausbruch des Krieges von 1866 wird überwiegend auf österreichischer Seite gesehen, letztlich herrührend aus den Versuchen Wiens, nach der Überwindung der Revolution von 1848/49 im Deutschen Bund ein Übergewicht zu erlangen – wobei zu fragen wäre, in diesem Buch aber nicht gefragt wird, ob diese Tendenz nicht auch schon vor 1848 bestanden hat, damals allerdings, ohne die beiden deutschen Großmächte in einen Krieg gegeneinander zu führen.

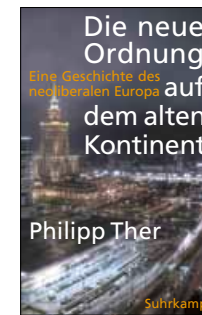
Sehr behutsam geht der Autor an das Phänomen des „Kulturkampfes“ heran. Zwei Hauptgründe nennt er dabei für Bismarcks Verhalten: die Abneigung gegen die konfessionell gebundene Zentrums-Partei, denn die engagierte sich, zum Schaden der deutsch-italienischen Beziehungen, für die Wiederherstellung des päpstlichen Kirchenstaates und ferner die Gleichsetzung von Katholizismus mit polnischem Nationalismus und die Befürchtung der klerikal vermittelten Polonisierung in Oberschlesien, Posen und Westpreußen. Doch stimmt der Autor mit Thomas Nipperdey darin überein, dass Bismarck, bei allen protestantischen Vorurteilen, die ihm nicht fremd waren, den Kampf gegen die katholische Kirche nicht als Staatszweck oder gar als kulturelle Mission ansah.

Breit wird auch auf die sonstige Innenpolitik eingegangen, in der der Reichskanzler eine weniger glückliche Hand als in der Außenpolitik hatte. Als er sich 1884 plötzlich der deutschen kolonialen Expansion annahm, war das nicht eigentlich auch Innenpolitik? Denn es gibt die These, damit hätten

Schwierigkeiten mit den für Bismarck allzu liberalen England heraufbeschworen werden sollen, die es dem Kronprinzen, der mit der Tochter der Queen Victoria verheiratet war, unmöglich gemacht hätten, einen anti-konservativen, sich an britischen Vorbildern ausrichtenden liberalen Kurs in der Innenpolitik durchzusetzen. Nein, antwortet der Autor, diese These sei als allzu kompliziert abgetan.

Der Abgesang dieses überreichen Lebens (Kapitel VII: Nach dem Abschied von der Macht, 1890-1898) fällt bei aller Knappheit doch berührend aus. Mit den Worten des im Text und im Anhang sonst nicht weiter erwähnten Eberhard Gothein entlässt uns der Autor: „Man wird mit Bismarck wie mit Friedrich dem Großen und Goethe nie fertig“. Zu einem allerersten Einstieg allerdings taugt die vorliegende Darstellung auf solidem Niveau allemal.

BERND RILL



Ther, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa.
Berlin: Suhrkamp Verlag
2014, 431 Seiten, € 26,95.

25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, dem Zerfall des Ostblocks und dem Umbau in Osteuropa schrieb der 1967 geborene Wiener Historiker Philipp Ther ein Buch über die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Er befasste sich mit dem Thema, als ob es für viele noch ein „unbekanntes Gebiet“ sei. Wirtschaftliche Analysen gab es bisher nicht oder selten, und auch die sowjetischen Satellitenstaaten schrieben kaum darüber. So war 1989 eine Stunde Null.

Ther umreißt die ökonomisch-politischen Tendenzen der Oststaaten. Wichtig sind Zahlen wie Einkommen, BIP, Staats- und Steuerquoten. Auch Schattenseiten und Problemfelder kommen zur Debatte.

Der Westen glaubte nicht, dass die Sowjetunion und die Vasallenstaaten zerfallen würden. Die Ölkrise ließ Brüche im Ostsystem erkennen und zeigte dessen Fragilität. Das Tempo des Westens konnte kaum gehalten werden. Für Investitionen in eine moderne Wirtschaft fehlte das Geld. Der Wandel in den Ostblockländern war fällig. Die Menschen gingen 1989 auf die Straße. So wurden Gesellschaft und Wirtschaft salonfähig. Ther schreibt von einer „verhandelten Revolution“.

Was hat es mit dem Wandel in allen Lebensbereichen in Ländern, deren Produktion im Vergleich zu einem westlichen Land ein Bruchteil betrug, auf sich? Ab 1990 stand ein neoliberaler Umbaukurs auf dem Programm. Durch die Währungsunion wurde die DDR-Wirtschaft wettbewerbsunfähig. Es gab keinen anderen Weg, nur die Transformation. Man stellt fest, dass ein demokratieloser Wandel denkbar ist. Als Beispiele dienen China oder auch Russland. Interessant ist das autokratische Orban-Regime in Ungarn. Dass der EU die Hände gebunden sind, ist eine eigene Geschichte.

Spannend wird das Buch, wenn der Autor Vergleiche zu Großstädten und Staaten zieht. Warschau, Prag, Budapest und Preßburg haben nun zu ihren deutschen Hauptstadtkollegen aufgeschlossen. Bei Berlin dauerte es länger, bis man sich von der Wende erholte.

Ther erkennt im neuen Europa ein grenzenloses mit schematischem Denken. So gibt es Leute, die meinen, dass es ein Europa der Zweigleisigkeit gibt. Es sind 25 Jahre ins Land gezogen, und wenn die Menschen im Osten das Regime stürzten und die Demokratie erstrebten, kann man bestimmte Denkweisen im Westen nicht verstehen. Dachten jene, die für ein besseres Leben und eine freie Marktwirtschaft auf die Straße gingen, an den Neoliberalismus?

Der Neoliberalismus fußt auf schlechten Erfahrungen mit dem Liberalismus des Laissez-faire im 19. Jahrhundert, als der Staat die Wirtschaft dem freien Spiel der Marktkräfte überließ. So konnten die Staatshaushalte nicht mehr gehalten werden; die Wirtschaft brach ein. Ther weist nach, dass alle Oststaaten gezwungen wurden, die Zutaten des neoliberalen Kuchens zu

verwenden. Der ungleiche Gebrauch mit den Zutaten zeigte, dass der Kuchen gelingen konnte. Die Transformation betonte, dass ein Land autonom entscheiden konnte, wenn es um Investitionen und eine konkurrenzfähige Wirtschaft ging. Auch im Osten war man zweigleisig unterwegs.

Ist der neoliberale Wandel in der Wirtschaft gelungen? Diese Frage ist gestattet, denkt man an die Finanzkrise 2008. Die Rezession war da, und der Vergleich mit Südeuropa zeigt auf, wie Europa mittlerweile verbunden ist. Die südeuropäischen Sorgenkinder versuchen, auf osteuropäische Rezepte zurückzugreifen.

Selbst wenn Deutschland an der Agenda 2010 von Gerhard Schröder zu knabbern hatte, senkte man das Lohnniveau, um sich den Markt im Osten anzuschauen und Profit zu schlagen. Westeuropa lechzte nach Östlichem und wurde fündig. So kann man sagen, dass Europas Osten anders ist als der Süden des Kontinents. Die Rezepte des Ostens wirken im Süden nicht. Die Entwicklung war und ist eine andere. Der Druck liegt auf dem Westen. Reformen können den schwachen Staaten helfen, man spricht von einer Kontransformation.

Putin geht einen anderen Weg. Sein Ziel ist eine Autokratie mit Zugriff auf die rohstoffeigene Industrie ohne Demokratie. China ist das Vorbild. Dabei ist die Frage, ob ein Mindestniveau garantiert werden kann, spannend. Russland war ab 1991 auf einem guten Kurs, ehe man den Weg eines Entwicklungslandes durchlief und noch durchläuft.

Ther versteht es, die 25 Jahre neoliberaler Experimente im Osten mit Erkenntnissen zu untermauern. Der „schlanke Staat“ ist nicht das Gelbe vom Ei, eine Elite im Schul- und Hoch-

schulwesen und die „Stärkung des Humankapitals“ sind förderlich. Der Sozialstaat hat nicht ausgedient, er ist eine stabile Basis. Die Mittelschicht ist leistungskräftiger als eine kleine Elite.

Europa kann die Probleme lösen. Wenn man verhandelt und sich an einen Tisch setzt, fällt es dem Sozialstaat leichter, als solcher weiterhin zu bestehen. Neoliberale Denkmuster können Planwirtschaften auf die Beine bringen. Doch Vorsicht: Man kann sich nicht auf das Großkapital und dessen Laune zur Investition verlassen.

ANDREAS RAFFEINER

Bertl, Johann: Vom korporativen zum marktwirtschaftlichen Denken. Der „Mittelstand“ in der bayerischen Wirtschaftspolitik zwischen 1947 und 1974. Kallmünz: Verlag Laßleben 2014, 285 Seiten, € 39,00.



Wohl sehr bedacht setzt der Autor den zentralen Gegenstand seiner gewichtigen Studie – sie umfasst trotz Verwendung eines kleinen Schrifttyps und engen Zeilenabstands über 280 Seiten – in Anführungszeichen, denn tatsächlich ist kaum ein Begriff so unscharf und vieldeutig wie der des „Mittelstandes“. Gleichzeitig wird jedoch auch kein Teil der Gesellschaft von der Politik so heftig umworben wie gerade dieser. So hat kürzlich selbst Gregor Gysi, der derzeitige

ge Vorstand der Fraktion der „Linken“ im Bundestag, seinen Parteigenossen erklärt, dass man zur Umsetzung bestimmter politischer Ziele die Unterstützung des Mittelstandes gewinnen müsse. Tatsächlich würde heute wohl jeder deutsche Politiker, der es unterließe, dem Mittelstand seine Reverenz zu erweisen oder es gar wagen sollte, dessen Rolle kritisch zu hinterfragen, Gefahr laufen, als Gegner der Sozialen Marktwirtschaft oder gar der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abqualifiziert zu werden. Denn ohne Zweifel vertritt der Autor der vorliegenden Studie die Auffassung der großen Mehrheit der Gesellschaft, wenn er im Mittelstand den „maßgebliche[n] Garant einer freiheitlich-demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ erblickt. Wie aber schon ein flüchtiger Blick in die deutsche Geschichte zeigt, hat sich diese Gesellschaftsschicht in der Vergangenheit – zurückhaltend formuliert – nicht gerade durch ein besonderes Engagement für Demokratie und eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ausgezeichnet. Als zentrales Ziel seiner Untersuchung hat sich Bertl deshalb die Klärung der Frage gestellt, wie es dazu kam, dass gerade jener Teil der Gesellschaft, in dem noch bis in die Nachkriegszeit hinein „zünftlerisch-sozialprotektionistische Einstellungen“ verbreitet gewesen seien und der als besonders anfällig für antidemokratisches und nationalistisches Gedankengut gegolten habe, diese Funktion übernommen hat (S. 4).

In dem kompaktem Aufriss des Forschungsstandes, mit dem er seine Untersuchungen eröffnet, zeigt er zunächst auf, dass der Mittelstand und dessen Bedeutung für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bereits Gegenstand einer umfangreichen Forschung waren. Wie

er in diesem Zusammenhang darlegt, bewegt er sich mit seiner Untersuchung auch insofern innerhalb des von dieser Forschung vorgegebenen Rahmens, als er unter „Mittelstand“ die Schicht der Selbständigen in Gewerbe, Handwerk und Handel und in den freien Berufen versteht, womit er die im Bereich der Landwirtschaft ausklammert. Diese Eingrenzung ist die gebräuchliche und sie ist auch sehr gut nachvollziehbar. Nicht zuletzt auch angesichts der Tatsache, dass die Landwirtschaftspolitik gerade in dem Zeitraum, den die vorliegende Untersuchung abdeckt, einen eigenen und sehr gewichtigen Teil der Politik der Bayerischen Staatsregierung bildete. Dennoch ist diese Eingrenzung des Untersuchungsobjektes „Mittelstand“ nicht unproblematisch, denn mit ihr wird ein besonders in Bayern sehr wichtiger – wenn auch gerade im Untersuchungszeitraum rasch und stark schwindender – Teil jener Gesellschaftsschicht, die dem Mittelstand zuzurechnen ist, ausgeklammert. Um so mehr ist es zu begrüßen, dass der Verfasser im letzten Hauptabschnitt der Untersuchung eine Einordnung der Mittelstandspolitik in die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge vornimmt, denn damit wird zumindest in Umrissen deutlich, dass es nicht allein der hier erfasste gewerbliche Mittelstand war, der sich einer besonderen Zuwendung der Politik erfreuen konnte.

Sein Hauptaugenmerk richtet Bertl jedoch erklärtermaßen zunächst „auf die bayerische Mittelstandspolitik als eigenständigen Bereich der politischen Kommunikation zwischen konservativen Akteuren und kleinen und mittleren Unternehmern“, wovon er sich auch „neue Erkenntnisse über ungebrochene ordnungspolitische Traditionen und ge-

dankliche Neuansätze in der Wirtschaftspolitik“ sowie Antworten auf die Frage, „wie der Mittelstand von der Politik mentalitätsgeschichtlich in der Marktwirtschaft verortet wurde“, erwartet. Konkret habe sich die „vorliegende Studie zur Aufgabe gemacht, auf einer archivalisch breiten Grundlage die Grundzüge einer solche Mittelstandspolitik bis zu ihrem fraglosen Höhepunkt, dem von der CSU initiierten Mittelstandsförderungsgesetz, herauszuarbeiten“ (S. 26).

Dieser Aufgabe hat sich der Verfasser in der Tat mit großer Akribie unterzogen. Er gliedert seine Darstellung in drei Hauptabschnitte, in denen er die Entwicklung des Zeitraumes, der die Jahre 1947 bis 1974 umfasst, jeweils aus einer anderen Perspektive betrachtet, und einem abschließenden Kapitel, in dem er die wesentlichen Resultate dieser Entwicklungen zusammenfasst. Im ersten Abschnitt werden unter der Überschrift „Mittelstandspolitik in Bayern. Grundzüge der historischen Entwicklung“ vor allem die Entstehung der die Wirtschaft tangierenden Verfassungsbestimmungen, die Entwicklung der grundlegenden wirtschaftlichen Strukturen sowie der Parteien und Wirtschaftsverbände geschildert. Im zweiten Kapitel, überschrieben „Von korporativen zu marktwirtschaftlichen Denkmustern“, steht der Wandel jener gesellschaftspolitischen Überzeugungen im Mittelpunkt, welche die Basis dafür bilden, dass der Mittelstand von Staat und Gesellschaft eine besondere Berücksichtigung seiner Interessen einfordern kann. Das dritte Kapitel schließlich setzt sich mit der bayerischen „Mittelstandspolitik im ethisch-ökonomischen Zielkonflikt“ auseinander. Hier geht es vor allem um die Frage,

welchen Stellenwert die Bayerische Staatsregierung und die sie tragende CSU dem Mittelstand nicht nur verbal, sondern in der politischen Praxis eingeräumt haben, welche Motive und Zielsetzungen damit verbunden waren und welche Resultate mit dieser Politik schließlich erzielt wurden.

Den wesentlichen Erfolg dieser Politik, die 1974 im Erlass des Mittelstandsförderungsgesetzes gegipfelt habe, sieht Bertl darin, dass durch sie die „Vermittlung der mittelständischen Denktraditionen mit den ökonomischen, rechtlichen und ethischen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft“ gelungen sei. Auch wenn die „kurzfristig eigeninteressierten, partei- und wahltaktisch motivierten Aspekte dieser Symbolpolitik“ nicht zu übersehen seien, so sei deshalb „den Mittelstandspolitikern der CSU ein Verdienst um die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns und Deutschlands zuzusprechen“ (S. 252).

Folgt man Bertl, so nimmt der Mittelstand damit im demokratischen Staat letztlich die gleiche staatstragende Funktion wahr, die man ihm einst im monarchischen Staat zugeschrieben hat. Nun ist aber bekannt, dass er dessen Untergang nicht nur nicht verhindert, sondern in gewisser Weise mit herbeigeführt hat. Vor diesem Hintergrund kann man als Bürger eines demokratischen Staates nur hoffen, dass der Mittelstand dank der besonderen Berücksichtigung seiner Interessen, die ihm dieser Staat seit Jahrzehnten gewährt, tatsächlich zu einem zuverlässigen „Garant[en] einer freiheitlich-demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ (siehe zuvor) geworden ist.

DIRK GÖTSCHMANN



Daase, Christopher / Engert, Stefan / Kolliarakis, Georgios (Hrsg.): Politik und Unsicherheit. Strategien einer sich wandelnden Sicherheitskultur. Frankfurt: Campus Verlag 2014, 329 Seiten, € 29,90.

Politik und Unsicherheit sind zwei Begriffe, die in turbulenten Zeiten zusammengehören. Der Staat als Garant der Sicherheit seiner Bürger wird in immer neuen Formen von verschiedenen Quellen einer objektiven wie auch einer wahrgenommenen Unsicherheit gefordert. Sicherheit, ein Begriff der traditionell schlicht die Abwesenheit von Gefahr für die Integrität des Staates oder höchstens noch für Leib und Leben seiner Einwohner insgesamt bedeutete, verändert sich. Im wissenschaftlichen Diskurs wird heute mehr und mehr auf Sicherheit im Sinne der sogenannten „Human Security“ abgestellt. Human Security ist ein weiter gefasster Begriff. Er beinhaltet die Grundbedürfnisse der Menschen und damit auch den Wunsch nach individuell gefühlter Sicherheit.

Christopher Daase, Stefan Engert und Georgios Kolliarakis haben den vorliegenden dritten Band einer Reihe von Aufsätzen und Essays zur Kultur der Sicherheit als Herausgeber zu verantworten. Die Publikationsreihe untersucht den Wandel der Sicherheitskultur sowohl national als auch auf internationaler Ebene und sie entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „Gesellschaftswissenschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ des Bundesministeriums für Bildung und

Forschung und der Stiftung Wissenschaft und Politik. In den ersten beiden Bänden, erschienen 2012 beziehungsweise 2013, wurden Ursachen dieses Wandels untersucht sowie die Folgen und Konsequenzen dargestellt.

In dem vorliegenden dritten Band, erschienen 2014, diskutieren die Autoren nun die strategischen Konsequenzen, die durch eine sich wandelnde Sicherheitskultur für die Politik entstehen. Der Band widmet sich dabei besonders dem großen Paradoxon der aktuellen Sicherheitsdebatten. Obwohl objektiv die Sicherheit für die Bürger stetig wächst, nimmt gleichsam auch das Gefühl von Unsicherheit zu. Als eine der wesentlichen Ursachen für diese gefühlte Unsicherheit verweisen gleich mehrere Autoren auf die zunehmende Komplexität. Klare Freund-Feind-Schemata sind seltener geworden und Lösungen für bestehende Problemlagen sind noch nicht einmal theoretisch offensichtlich zu erkennen.

Die Aufsätze besprechen die Funktionen verschiedener Institutionen und gehen auch auf Fallbeispiele ein. Immer wieder wird beim Lesen deutlich, wie heterogen die unterschiedlichen Felder der Sicherheit sind und wie verschieden die Ansätze, mit der Wissenschaft und Praxis an die gestellten Fragen heranzugehen. Eine Reihe von Grundlinien zieht sich aber doch durch die insgesamt 22 Aufsätze auf rund 300 Seiten. Da ist zum einen der Bedarf nach Erkenntnis. Rationale und auf Fakten basierende Evaluation der Lage statt Übertreibung zum Zwecke der eigenen Politik. Autor Stefan Engert zum Beispiel zeigt auf, wie wichtig Wissen über die tatsächliche, also objektive Sicherheitslage ist, um auch die subjektive Sicherheitslage entsprechend positiv beeinflussen zu können. In verschiedenen Beiträgen wird

dabei auch auf den Einfluss der Digitalisierung abgestellt. Sowohl die digitalen sozialen Netzwerke als auch die rasante Entwicklung der Technik haben Auswirkungen auf unsere Sicherheit, für die bisherige Konzepte mitunter noch keine ausreichenden Antworten bieten.

Zweitens wird in den Beiträgen immer wieder auf die Herausforderung einer effektiven Sicherheitskommunikation abgestellt. Das Kapitel von Julian Junk und Philipp Offermann trägt den vielsagenden Titel „Sicherheitskommunikation zwischen Alarmismus und Verharmlosung“. Die dritte Hauptlinie, die sich durch den Sammelband zieht, ist die Frage nach Strukturen und prinzipiellen Erwägungen der Sicherheit. Ist eine immer weiter zunehmende Zentralisierung der Sicherheitsbehörden der richtige Weg oder würde mehr Föderalismus der Gesellschaft besser nützen? Ralf Poscher stellt im Kapitel „Sicherheitsverfassungsrecht im Wandel“ dar, wie auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Auswirkungen auf unser Verständnis von Sicherheit und den Funktionen des Staates hat.

Das große inhaltliche Fazit des Sammelbands findet sich letztlich schon in seinem Vorwort. Eine demokratische Sicherheitspolitik erfordert es, dass die Öffentlichkeit in den Prozess der Bewertung und Analyse von Gefahren mit einbezogen wird. Zusätzlich muss durch einen breiten und sachlichen öffentlichen Diskurs – hier sind besonders die Medien gefragt – die demokratische Legitimation für all jene Maßnahmen gefunden werden, die nötig sind, um Sicherheit objektiv und subjektiv zu verbessern.

Insgesamt ist der Sammelband eine ausgezeichnete Lektüre, um einen Einblick in verschiedene Felder der Sicherheitskultur zu bekommen. Auch wenn

einige Beiträge sehr technisch oder auf einem hohen, theoretischen Abstraktionsniveau sind, trägt die Mischung der Schwerpunkte doch zu einem guten Überblick bei. Verschiedentlich weckt die Lektüre das Interesse an den vorangegangenen beiden Bänden. Gelesen haben muss man diese aber nicht, um aus „Politik und Unsicherheit“ persönliche Erkenntnisse zu ziehen.

DAVID ERMES



Whaley, Joachim: Das Heilige Römische Reich deutscher Nation, 2 Bände: 1493-1648 und 1648-1806. Darmstadt: Verlag Philipp von Zabern 2014, 1670 Seiten, € 149,00.

Das Werk mit seinen fast 1700 Seiten Text ist ein monumentales Zeugnis profunder Gelehrsamkeit, die einen unendlich erscheinenden Stoff mit souveräner Nüchternheit in übersichtlichen Kapiteln bündigt. Vergleichbar ist es in seinem umfassenden Zugriff nur mit den drei Bänden Karl Otmars von Aretin zum halben Zeitraum: „Das Alte Reich 1648-1806“. Denn auch dort waltet sou-

veräne Nüchternheit. Whaley setzt sich natürlich auch mit Aretins Buch auseinander, mitunter ist er auf fundierte Weise anderer Auffassung.

Dabei muss die politische Geschichte den Vorrang haben. Doch ihr zur Seite läuft ein sehr breites Band an Kultur- und Geistesgeschichte, wobei nur die Schönen Künste recht kurz ausfallen, nicht nur, weil sie die Darstellung noch weiter aufgebläht hätten, sondern auch, weil sie mit dem Hauptthema überwiegend nicht in Zusammenhang stehen – herausgehoben seien als auf diese Weise legitimierbare Fehlbestände die deutsche Barock-Lyrik und der literarische Sturm und Drang. Mitunter wird es erforderlich, zur Grundierung des eigentlich Politischen die Gedankengebäude wichtiger Akteure zu referieren, z. B. in der Geschichte der Reformation die religiöse Entwicklung Luthers, die eschatologische Denkweise des Radikal-Reformators Thomas Müntzer und das Ringen um eine evangelische Orthodoxie nach dem Augsburger Religionsfrieden. Hier skizziert der Autor die theologischen Schwerpunkte auf musterhaft verständliche und knappe Weise, ohne der Schwere der jeweiligen Thematik etwas zu vergeben. Der Universalist Leibniz ist wegen seiner vielen politischen Stellungnahmen nicht zu umgehen, aber für seine zum Mystizismus hin offene Denkweise lässt es der Autor zu Recht bei einem kurzen Hinweis bewenden. Auch die Abgründe des komplizierten Reichsrechts, sofern sie für die Darstellung unverzichtbar sind, erfahren eine punktgenaue Erläuterung.

Dass der Autor in Großbritannien beheimatet ist, kommt nicht im Text selbst zum Ausdruck, sondern vielleicht darin, dass sein Literaturverzeichnis fast ausschließlich englische und deutsche Literatur benennt, aber von franzö-

sischer, italienischer und spanischer fast frei ist – obwohl man doch in Paris, Rom, Neapel und Madrid eine Menge mit diesem deutschen Reichskörper zu tun hatte. Reichs-relevante Entwicklungen im Ausland werden kaum berührt. Der Name Mazarin taucht auf einmal auf, wobei man erst aus dem folgenden Text erschließen muss, um wen es sich da handelt. Dass Friedrich der Große die Zarin Katharina 1764 zu einem Bündnis überredete, erfahren wir natürlich, aber nichts von den dahinter liegenden Überlegungen in St. Petersburg.

Eben weil dem Geistesgeschichtlichen neben den politischen Abläufen so großer Raum gewährt wird, entsteht die Gefahr des ausgekippten Zettelkastens und des „name dropping“, wo viele Persönlichkeiten auftauchen, die auch dem gebildeten Zeitgenossen nichts mehr sagen. Aber der Autor bündigt diese Gefahr, indem er wesentliche Größen in Zusammenfassung besonders hervorhebt, zum Beispiel Samuel Pufendorf, der in keinem Leitfaden der deutschen Rechtsgeschichte fehlen darf, mit seinem, für damalige akademische Verhältnisse fast übermütigen Essay „Über die Verfassung des Deutschen Reichs“ von 1667. Dieser Essay lebt bekanntlich durch sein Schlagwort weiter, das Reich sei in seiner Verfassung „monstro simile“. Doch der Autor beruhigt uns, mit „monstrum“ sei nur die Unvergleichbarkeit der deutschen staatsrechtlichen Verhältnisse mit dem klassischen, aus der Lehre des Aristoteles heraus gewissermaßen kanonisierten Schematismus der Einordnung eines Staates als Demokratie, Aristokratie (Oligarchie) oder Monarchie gemeint. Keinesfalls folgte für Pufendorf aus der Monstrosität des Reiches, dass es keine Existenzberechtigung habe. Das gemahnt schon fast an

das Kunststück des Bundesverfassungsgerichts, die Europäische Union in beherztem juristischem Neologismus als Staatenverbund zu bezeichnen.

Das Reich hatte also durchaus politische Lebensfähigkeit. Obwohl der Westfälische Frieden eine gründliche Niederlage des Kaisers bedeutete, haben die folgenden Übergriffe des Frankreichs Ludwigs XIV. und der Widerstand gegen den aggressiven Schwung der Osmanen den Kaiser zum ganz natürlichen Kristallisationspunkt eines defensiven, desto lebendigeren Reichsgefühls gemacht. Von der Souveränität der deutschen Fürstentümer stand in den Friedensverträgen von Münster und Osnabrück nichts, und konnte es auch nicht, da man dann die Kompetenzen der Fürsten und des Kaisers säuberlich voneinander hätte trennen müssen. Das war damals aber politisch unmöglich. Deswegen sind die vielfachen aktuellen Berufungen auf 1648 als den Anfang eines geordneten, modernen, vorbildgebenden Staatensystems bei näherem Hinsehen schief.

Auch der ab 1740 manifeste Dualismus zwischen Österreich und Preußen hat die Institutionen des Reiches nicht gesprengt, schon allein deswegen nicht, weil Berlin und Wien sich gegenseitig viel zu sehr misstrauten, um sich jemals über eine Aufteilung des Reiches in Einflussgebiete einigen zu können, und weil König Friedrich am Ende seiner Herrschaft erkannte, dass er mit Berufung auf das Reichsrecht dem österreichischen Expansionsbedürfnis wirkungsvoll Paroli bieten konnte. Wenn das auch Zynismus war, denn er selbst hatte mit seinem Einfall in Schlesien (Dezember 1740) eben dieses Reichsrecht mit Füßen getreten, so war es doch erfolgreich (Bayerischer Erbfolgekrieg 1778/79 und Fürstenbund 1785).

Noch etwas zu Schlesien 1740: Während deutsche Historiker daraus den Präzedenzfall für die Missachtung des Rechts heraus stilisieren, der die deutschen Entscheidungsträger fortschwährend bis in den 2. Weltkrieg hinein vergiftete, bemerkt Wahley, dass die Absichten Österreichs auf Bayern nicht weniger tadelnswert waren, ganz zu schweigen von der Unverfrorenheit der drei polnischen Teilungen bis 1795, aus denen auch noch Russland seinen Vorteil zog. Ein Historiker kommt am Ende um Gedanken zu Theoziee und Schuld und Sühne kaum herum, weil seine Darstellung bei allem Bemühen um Objektivität untrennbar ist von seinen persönlichen Wertungen. Doch gibt Wahley ein erfrischendes Muster dafür ab, dass der Historiker dabei nicht übertreiben sollte.

Häufig bemüht er sich um neue Ansatzpunkte, etwa zur Beurteilung Kaiser Leopolds II. (1790-92): „Es ist wohl müßig zu spekulieren, ob dieser höchst fähige Mann das Reich retten oder es so reformieren und umwandeln hätte können, dass es das 19. Jahrhundert überstanden hätte. Das Ausmaß dessen, was er erreichte (nämlich, ‚das Reich wieder auf sicheren Kurs zu steuern‘), lässt diese Frage dennoch aufkommen und macht es schwer, seine Herrschaft als irrelevant für den unaufhaltsamen Ablauf der Ereignisse zu erachten, der so oft als charakteristisch für die Entwicklung des Reiches zu seinem angeblich unausweichlichen und unrühmlichen Untergang herangezogen wird.“

Die so ausgedrückten Zweifel an einem die Zeitalter überspannenden Determinismus betreffen auch die gängigen Interpretationen darüber, was das Alte Reich uns noch zu sagen habe. Lehnt der Autor dementsprechend die preußisch-kleindeutschen Sinngebungen ab, so auch

die Relevanz für eine „postnationale Zukunft der Europäischen Union“. Wünschen wir der Geschichtswissenschaft also, anstelle von flächigen Deutungsmustern mehr oder weniger unkontrollierbarer Art, besser weitere Untersuchungen vergleichbarer Luzidität zu den Aspekten des frühneuzeitlichen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, denn der Autor weiß: „Die Wiederentdeckung ist noch lange nicht abgeschlossen.“

BERND RILL



Luft, Stefan / Schimany, Peter (Hrsg.): 20 Jahre Asylkompromiss. Bilanz und Perspektiven. Bielefeld: transcript Verlag 2014, 332 Seiten, € 29,99.

Seit Jahrzehnten steht die Asyl- und Flüchtlingspolitik im Zentrum politischer Diskussionen. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellte der „Asylkompromiss“ dar, den CDU / CSU und SPD am 6. Dezember 1992 vereinbarten und der am 26. Mai 1993 von Deutschem Bundestag und Bundesrat beschlossen wurde. Dieser führte zu einer Änderung des deutschen Asylgrundrechts. In der Neufassung des Grundgesetzartikels 16 blieb das Asylrecht für politisch Verfolgte zwar erhalten, wurde aber stark eingeschränkt. Kein Asyl erhält demnach, wer aus einem als verfolgungsfrei eingestuftem Herkunftsland stammt oder über einen „sicheren Drittstaat“ nach Deutschland ein-

gereist ist. Die „Flughafenregelung“ besagt, dass der Transitbereich eines Flughafens als exterritoriales Gebiet gilt und das Asylverfahren hier bereits vor der Einreise durchgeführt werden kann.

Dem Asylkompromiss von 1992/1993 war eine höchst polemische, emotionale und folgenreiche Auseinandersetzung vorausgegangen. Grund hierfür waren die stark kontroversen asylpolitischen Ziele und Wertvorstellungen der verschiedenen Akteure. Auch heute – rund 20 Jahre danach – gilt der Asylkompromiss in seinen Auswirkungen auf die Asylummigration immer noch als umstritten. Die Universität Bremen widmete im Wintersemester 2012/2013 dem Thema „20 Jahre Asylkompromiss. Bilanz und Perspektiven“ eine öffentliche Ringvorlesung. Die dortigen Vorträge und Diskussionen wurden nun von Stefan Luft (Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen) und Peter Schimany (Referatsleiter beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und apl. Professor für Soziologie an der Universität Passau) in einem Sammelband herausgegeben.

Die Veröffentlichung enthält fünf Kapitel: Das erste informiert über die Asylummigration nach Deutschland zwischen 1953 und 2012 und über die bisherigen Änderungen im Asylrecht. Die Autoren von Kapitel II befassen sich mit den Akteuren, Interessenlagen und dem zeitgeschichtlichen Kontext des Asylkompromisses sowie mit der Entwicklung der Aussiedlerpolitik. Kapitel III widmet sich den damaligen politisch-parlamentarischen und öffentlich-medialen Debatten um Asyl und Zuwanderung in Deutschland. Leider mussten die Herausgeber bei den Beiträgen der politischen Zeitzeugen improvisieren, weil die Diskussionsrunde mit am Asylkompromiss beteiligten Politikern aufgrund gewalttätiger Stö-

rungen linksautonomer Gruppen abgebrochen werden musste. Auch war eine öffentliche Fortsetzung dieser Diskussionsrunde wegen anhaltender Proteste und Bedrohungen der Podiumsteilnehmer nicht möglich. In Kapitel III werden daher die nicht gehaltenen politischen Statements von Günther Beckstein (CSU) und Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), ein nachträglich geführtes Interview mit Dieter Wiefelspütz (SPD) sowie ein Artikel von Konrad Weiß (Bündnis 90 / Die Grünen) wiedergegeben. Seitens der Medien kommen Jasper von Altenbockum (FAZ) und Roland Preuß (SZ) zu Wort. In Kapitel IV wird die Weiterentwicklung des Asylrechts aus sozialpolitischer und rechtsphilosophischer Sicht diskutiert. Im Schlusskapitel V werden die Europäisierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik, das Grenzmanagement der Europäischen Union (EU) sowie Asyl und Flüchtlingsschutz aus internationaler Perspektive beleuchtet. Stefan Luft zeichnet z. B. die europapolitische Entwicklung vom Schengener Abkommen bis zur Dublin-III-Verordnung nach und unterstreicht, dass die aktuelle Migrationspolitik der EU nicht auf Abschottung, sondern auf Migrationssteuerung zielt. Die EU verhalte sich damit wie „klassische“ Einwanderungsländer, so Luft (S. 265).

Im vorliegenden Sammelband wird ein weiter Bogen der Asylthematik gespannt: von den Anfängen der Asylummigration in den 1950er-Jahren über den Asylkompromiss von 1992/1993 bis zur Situation im Jahre 2013. Politikwissenschaftler (Stefan Luft, Ursula Münch), Juristen (Winfried Kluth), Historiker (Ulrich Herbert, Jannis Panagiotidis), politische Zeitzeugen und Journalisten analysieren die damaligen Entscheidungsprozesse und deren Umsetzung. Vertreter von Amnesty International (Inga Mor-

genstern), der UNO-Flüchtlingshilfe UNHCR (Henrike Janetzek), des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Manfred Schmidt, Peter Schimany) sowie der Bundesagentur für Arbeit (Rudolf Bünte) zeigen die aktuellen Herausforderungen und mögliche Zukunftsperspektiven des politischen Asyls in Deutschland und Europa auf. Weitergehende Fragen zu Einwanderung, Fachkräftemangel und Integration gilt es, in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen.

Diese chronologisch und inhaltlich klar geordnete Sachpublikation bietet

eine gelungene Übersicht über eine bis in die Gegenwart ungelöste Frage. Die Zusammenstellung relevanter Fakten und Argumente dürfte dazu beitragen, die wiederaufgekeimte Asyl- und Migrationsdebatte zu versachlichen. Sie läuft sonst Gefahr, zwischen „Moralismus“ und Realismus zerrieben zu werden. Das Buch ist all jenen zu empfehlen, die sich einen breiten und fundierten Überblick in prägnanter und gut lesbarer Form verschaffen möchten.

SUSANNE SCHMID

LESEEMPFEHLUNG



Böhr, Christoph / Hildmann, Philipp W. / Koecke, Johann Christian (Hrsg.): Glaube, Gewissen, Freiheit. Lord Acton und die religiösen Grundlagen der liberalen Gesellschaft. Heidelberg: Springer VS Verlag 2015, 324 Seiten, € 49,99.

John Emerich Edward Dalberg Acton (1834 bis 1902) war Historiker und Publizist. Er zählt zu den bedeutendsten Liberalen in Europa. Als Geschichtsschreiber der Freiheit beschäftigte ihn zeit seines Lebens die Frage nach dem philosophischen und politischen Leitbild im Denken und Handeln der Europäer. Fragen, die er als Politiker und Publizist stellte, sind heute erneut in den Mittelpunkt gerückt: Wie lässt sich die

Freiheitlichkeit liberalen Denkens mit der Überzeugung christlichen Glaubens vereinbaren? In welcher Beziehung steht die Freiheit des Denkens zu einer Bindung im Glauben? Auf welchen religiösen Grundlagen ruht die liberale Gesellschaft? Der Band versammelt Reflexionen auf Antworten, zu denen Lord Acton im 19. Jahrhundert fand. Ihre überraschende Modernität verdient eine erneuernde Präsenz im Denken heute.

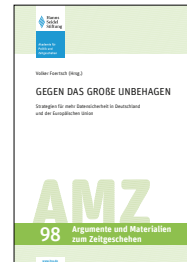
Der Inhalt: Politische Freiheit und religiöse Bindung · Geschichtsschreibung der Freiheit · Freiheit – und wie wir sie begreifen · Freiheit und Ordnung – Mensch und Gesellschaft · Liberalität und Religiosität

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**

Nr. 97: Arm dran im ländlichen Raum? Soziale Gemeinden und ein Tabu-Thema



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**

Nr. 98: Gegen das große Unbehagen – Strategien für mehr Datensicherheit in Deutschland und der Europäischen Union



AKTUELLE ANALYSEN

Nr. 63: Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche: Vom Gegeneinander zum Miteinander



SONSTIGES

Ausstellung (24.4.-2.8.2015) und Ausstellungskatalog „Franz Josef Strauß – Die Macht der Bilder“ in Zusammenarbeit mit dem Münchner Stadtmuseum

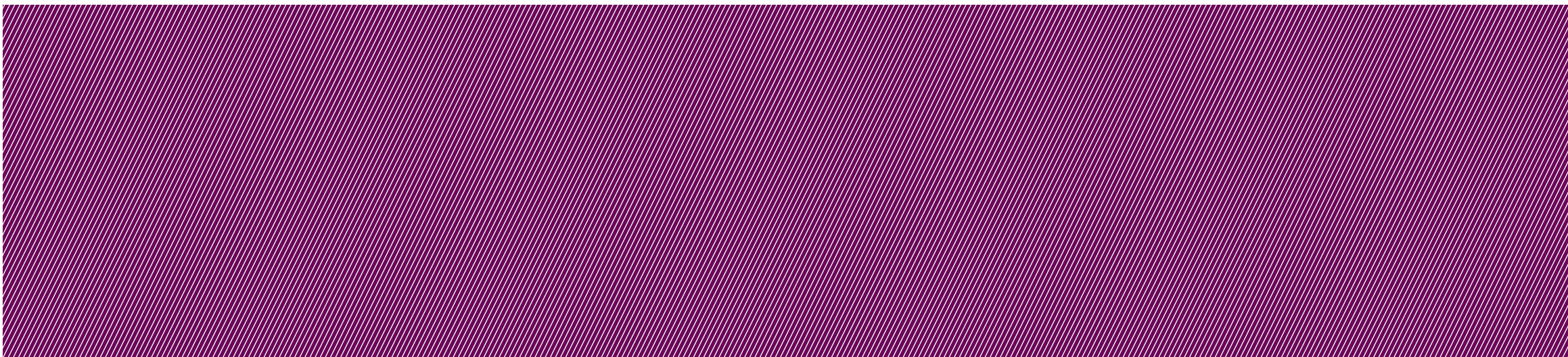
(hrsg. von Renate Höpfinger, Henning Rader und Rudolf Scheutle, München: Allitera Verlag, 2015, ISBN: 978-3-86906-745-2, € 19,90)



VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 462: „Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz? Zehn Jahre Zuwanderungsgesetz“ mit Beiträgen von Herbert Brücker, Serap Güler, Kay Hailbronner, Stefan Luft und Stephan Mayer



POLITISCHE STUDIEN

6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!

THEMENHEFTE

POLITISCHE STUDIEN
Erleuchtung durch Informationen und Dialog

66. Jahrgang | Mai-April 2015 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

INTEGRATION DURCH SPORT

Mit Beiträgen von
Michael Altmeyerger | Jonathan Herrmann | Günther Lammner



Mit Beiträgen von
// BRITZ KOEHL: Politische Studien-Zeitschrift: Ich gebe nicht auf
// MATTHIAS FRIED: Wie führt die Ethik die Politik?
// BENEDIKT HILL: Warum Kompetenzschulden für unsere Politik? 2014

www.hss.de

POLITISCHE STUDIEN
Erleuchtung durch Informationen und Dialog

66. Jahrgang | Januar-Februar 2015 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

MIGRATION – EINE EUROPÄISCHE HERAUSFORDERUNG

Mit Beiträgen von
Saskien Neeleman | Michael Gröschel | Markus Grottel



Mit Beiträgen von
// ANNO THOMAS: Politische Studien-Zeitschrift: Über 50 Millionen wohnen auf der Flucht
// ANDRÉ KREJCI: Die EU-Sanktionen gegen Syrien
// DENNIS PRANGE: Hygiene-Krisen

www.hss.de

POLITISCHE STUDIEN
Erleuchtung durch Informationen und Dialog

65. Jahrgang | November-Dezember 2014 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

FREI ODER SICHER – BRAUCHEN WIR DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG?

Mit Beiträgen von
Saskien Neeleman | Gerald Spyrka | Rudolf Strasser



Mit Beiträgen von
// LUTZ GÖLLNER: Politische Studien-Zeitschrift zum TTP
// ANDRÉ KREJCI: WIR FÜRHEBEN FREIHEIT DER POLITISCHEN ÜBERSICHT
// SEBASTIAN PRANGE: Die von BRIC-Club

www.hss.de

POLITISCHE STUDIEN Themenheft
Erleuchtung durch Informationen und Dialog

66. Jahrgang | Februar 2015 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

KRISENREGIONEN ZWISCHEN GEWALT UND ENTWICKLUNG

Aus dem Inhalt:
 Entwicklungspolitik als Stabilitätspolitik | Europäische Verantwortung | Konfliktprävention | Staatszerfall als Herausforderung | Armutsbekämpfung in Afrika



www.hss.de

POLITISCHE STUDIEN Themenheft
Erleuchtung durch Informationen und Dialog

64. Jahrgang | Juli 2013 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

DIE RENAISSANCE DES CHRISTLICH-SOZIALEN

Aus dem Inhalt:
 200. Geburtstag von Adolph Kolping | Zukunft der Christlichen Sozialbewegung | Politik für Chancengerechtigkeit | Soziale Marktwirtschaft



www.hss.de

POLITISCHE STUDIEN
Erleuchtung durch Informationen und Dialog

65. Jahrgang | September-Oktober 2014 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

DIE ERDGASVERSORGUNG IN DEUTSCHLAND UND DER EU

Mit Beiträgen von
Michaela Sauer | Stefanus Buhald | Frank Dierbach



Mit Beiträgen von
// HANSEL SCHMIED: Politische Studien-Zeitschrift zur Lage in der Ukraine
// FLORENTIN WIEBER: Kommunisten 2014? Warum?
// MARCO VON STOR: Wie werden wir uns verhalten?


www.hss.de

POLITISCHE STUDIEN
Erleuchtung durch Informationen und Dialog

64. Jahrgang | Mai-August 2013 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

CHRISTEN IN SYRIEN UND DIE NEUORDNUNG DES NAHEN OSTENS

Mit Beiträgen von
Dr. G. Ali Raza Sheikh Akbar | Philipp W. Höfmann | Hans-Joachim Lauth | Jürgen Meißner | Stephan Meyer | Shuhui Malay



Mit Beiträgen von
// URSULA WANKER: Politische Studien-Zeitschrift zum Flüchtlingsproblem in der Nahen Osten-Lösung
// GERTHARD ZAHN: Schiedsgericht: Die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs
// SEBASTIAN PRANGE: Die politische Situation in der Arabischen Welt

www.hss.de

POLITISCHE STUDIEN
Erleuchtung durch Informationen und Dialog

65. Jahrgang | Mai-Juni 2014 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

DAS FREIHANDELSABKOMMEN, DIE EU UND DIE USA

Mit Beiträgen von
Dr. G. Ali Raza Sheikh Akbar | Karl H. Paj | Martin Huber | Werner Wenzel | Peter Wittenlauf



Mit Beiträgen von
// GUIDO STEINBERG: Politische Studien-Zeitschrift zum Handelsabkommen in Deutschland
// CHRISTOPH FRIEDRICH: Wirtschaft und Ethik
// BENJAMIN DREICHEL: Infotext zur EU – unter Wert gehalten

www.hss.de

Herausgeber:

© 2015, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)
Graphik: Publishers Factory, München
Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme

verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis:

Einzelhefte € 5,50
Jahresabonnement € 30,00
Schüler / Studenten bei Vorlage einer Bescheinigung kostenfreies Semester-Abonnement
Keine Versandkosten

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind über die Redaktion und den Buchhandel möglich.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel:
Sean Gallup/Getty Images

